

16. Wahlperiode

1. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 26. Oktober 2006

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Konstituierung		Wahl	
Ansprache des Alterspräsidenten		der weiteren Mitglieder des Präsidiums	
Dr. Uwe Lehmann-Brauns	3	Drs 16/0004	12
Berufung der Beisitzer	5	Ergebnis	44
Feststellung der Beschlussfähigkeit	5	Einsetzung des Ältestenrats	
Beschlussfassung		Drs 16/0005	13
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Beschluss	44
der 16. Wahlperiode (einschließlich der Anlagen)		Einsetzung des Hauptausschusses	
Drs 16/0001	5	Drs 16/0006	13
Sebastian Kluckert (FDP)	5	Beschluss	44
Dirk Behrendt (Grüne)	6	Einsetzung des Petitionsausschusses	
Christian Gaebler (SPD)	7	Drs 16/0007	13
Uwe Goetze (CDU)	8	Beschluss	44
Uwe Doering (Linksfraktion)	9	Einsetzung des Kuratoriums	
Wahl		“Louise-Schroeder-Medaille”	
der Präsidentin/des Präsidenten		Drs 16/0010	13
Drs 16/0002	10	Beschluss	44
Ergebnis	44	Erklärung des Regierenden Bürgermeisters	
Glückwünsche des Alterspräsidenten	11	Jetzt erst recht – Berlin muss es alleine schaffen	
Ansprache des Präsidenten Walter Momper	11		
Wahl			
der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten			
Drs 16/0003	12		
Ergebnis	44		

Antrag**Nach dem Karlsruher Urteil: Senat muss umfassende Konsolidierungsmaßnahmen einleiten und einen Nachtragshaushalt 2007 vorlegen!**

Drs 16/0016	14
Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit	14
Dr. Friedbert Pflüger (CDU)	19
Michael Müller (SPD)	25
Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)	29
Carola Bluhm (Linksfraktion)	34
Dr. Martin Lindner (FDP)	36

Antrag**Gesetz zur Einführung eines Ladenöffnungsgesetzes**

Drs 16/0014	40
-------------------	----

I. Lesung**Berliner Ladenöffnungsgesetz**

Drs 16/0015	40
Volker Ratzmann (Grüne)	40
Christian Gaebler (SPD)	41
Oliver Schruoffeneger (Grüne)	42

Wahl**Vertrauensleute und Vertreter für den bei dem Finanzgericht Berlin-Brandenburg zu bestellenden Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und ehrenamtlichen Richter**

Drucksache 16/0008	42
Ergebnis	45

Vorlagen – zur Beschlussfassung –**Entlastung wegen der Einnahmen und Ausgaben des Rechnungshofs von Berlin im Haushaltsjahr 2005**

Drs 16/0009	42
-------------------	----

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2005 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Hauptverwaltung

Drs 16/0012	43
-------------------	----

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns eröffnet die Sitzung um 11.01 Uhr.

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu dieser konstituierenden Sitzung der 16. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Besonders gern begrüße ich unsere Ehrengäste – in- und ausländische –, Mitglieder des Deutschen Bundestages, den ehemaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Reinhard Führer sowie weitere altgediente Parlamentarier, den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs, Prof. So- dan, anwesende Stadtälteste von Berlin und alle Zuschauer und Zuhörer in Berlin und außerhalb, vor allem auch die Medienvertreter, die auf der Tribüne Platz genommen haben.

Bis zur Beschlussfassung über die Geschäftsordnung, die das Abgeordnetenhaus der 16. Wahlperiode unter Punkt 3 der heutigen Tagesordnung beschließen wird, verfahren wir noch nach den Regeln der 15. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses. Ich nehme an, Sie sind damit einverstanden. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch.

Nach Artikel 54 Abs. 5 Satz 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 10 Abs. 1 der jetzigen Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin tritt das Abgeordnetenhaus unter dem Vorsitz des ältesten Mitglieds zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen.

Mein Name ist Uwe Lehmann-Brauns. Ich wurde am 28. August 1938 in Potsdam geboren. Ich frage die anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier: Gibt es jemanden von Ihnen, der noch älter ist als ich?

[Heiterkeit]

– Das ist offenbar nicht der Fall. Dann werde ich das Amt des Alterspräsidenten – und zwar sehr gern – ausüben und eröffne hiermit die 1. Sitzung der 16. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Wie Sie vielleicht wissen, hat ein Alterspräsident das Recht, sich mit einer Rede an Sie zu wenden. Von diesem Recht mache ich sehr gern Gebrauch.

Wer den Preußischen Landtag betritt, vorbei an dem Freiherrn vom Stein, trifft im Erdgeschoss auf Fotografien und Texte, die sich mit der Geschichte des Hauses befassen. Eine abenteuerliche Geschichte! Berlin hatte in den vergangenen hundert Jahren viel auszustehen. Von der sogenannten guten alten Zeit bis in den Ersten Weltkrieg, in Jubel, Tod, Hunger, Demütigung. Ein gnädiges Schicksal bewahrte uns vor dem, was Moskau und St. Petersburg blühte. Es kamen die Zwanzigerjahre, es kam der Bruch mit der alten Zeit, es kam die Zigarren rauchende Marlene Dietrich, die Künste triumphierten, und Walter Rathenau, Friedrich Ebert und Gustav Stresemann schrieben demokratische Geschichte für die Nation. Berlin wurde Weltstadt, so lange, bis 1933 die Nazis die Stadt in den Griff

nahmen, allerdings ohne die Wahlen gewonnen zu haben. Es folgte der Mord, ein Selbstmord, an den deutschen Juden, an ihrer/unserer Kultur, ihrem Menschentum, es folgten die Wannsee-Konferenz, Auschwitz, die Hölle brach an, ergänzt durch die Bombennächte und den Kampf um Berlin.

Die Befreiung von jenen Teufeln wurde nur als kurzes Glück empfunden, denn die Stadt war fast ausgelöscht, ausgebrannt, missbraucht, bewohnt von armen Leuten, Waisen und Witwen, die über die Ruinen stolperten und Zigarettenstummel sammelten. Allein die Trümmerfrauen, Ernst Reuter, General Clay hielten zu diesem stromlosen, blockierten Berlin, das – als wäre all das nicht schlimm genug – zusätzlich gespalten wurde.

Es folgte die Diktaturzeit mit demütigenden Folgen für Berlin, das seine Hauptstadtfunction in der einen Hälfte verlor und von der größten deutschen Industriestadt zur steuer- und investitionsbegünstigten Werkbank mutierte. In Mitte und den östlichen Bezirken ließ sich die Zentrale der zweiten deutschen Diktatur nieder, ohne die Bürger um ihr Einverständnis gefragt zu haben. Dort entfaltete sich ein Doppelleben: ein offizielles und ein privates. Trotz totaler Überwachungsversuche gelang es der offiziellen Seite weder, das private Leben zu zerstören, noch, den aufkommenden Widerstand zu ersticken. Es ist und bleibt die große Leistung der Ostdeutschen, sich am Ende unblutig selbst befreit zu haben.

Warum erwähne ich das? – Weil wir als Zeitzeugen und Nachgeborene Befangene dieser Zeiten bleiben. Wir werden jene Vergangenheit – selbst wenn naive oder dumpfe Geister es wollten – nicht loswerden. Sie ist Teil unserer politischen Maßstäbe und auch der Grund für unsere ökonomische Situation.

Die Stadt steht jetzt in den Schuhen, die für sie von der Geschichte gemacht wurden: Hauptstadt ohne Mauer und Diktatur, mit Bundestag und -regierung, Bundesrat, Botschaften, Verbänden, Medien und – wie wir hoffen – bald mit allen Bundesministerien. Sie ergänzen Berlins Reichtum an Kultur, wissenschaftlichen Einrichtungen, seine alten und jungen Stadtquartiere, seine idyllischen Außenbezirke, seinen guten Ruf im Ausland. Anders als die großen europäischen Metropolen, anders, als Rom, Paris und London in ihrer Weltläufigkeit in sich ruhen, muss Berlin als Labor der Gegenwart täglich neu um seine Position im europäischen und im globalen Wettbewerb kämpfen.

Mit einem „Eastpak“ voller Schulden hofften wir auf Erleichterung durch das Bundesverfassungsgericht. Ich betreibe keine Urteilsschelte, wenn ich sage: Berlin hat einen anderen Hintergrund als Hamburg, München, Bonn Stuttgart und Frankfurt am Main. Dort hat man kaum die Spaltung Deutschlands, kaum das komplizierte Zusammenwachsen beider Teile mitbekommen, geschweige denn durchlebt. Es war Berlin, das die Last der Teilung für die ganze Nation geschultert und getragen hat und

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns

nicht nur Pfeffersäcke. Aus der größten deutschen Industriestadt – ich habe das schon erwähnt – verschwanden seit Kriegsende die meisten Industrieunternehmen, im Ostteil der Stadt noch nach 1990.

Nur mit hauchdünner Mehrheit votierte der Bundestag 1991 für Berlin aus Hauptstadt, trotz aller Lippenbekenntnisse zuvor. Es dauerte dann Jahre, bis sich die Westrepublik bequeme, die Hauptstadtentscheidung auch zu vollziehen. Diese jahrelange Verzögerung führte zu Einbrüchen des prognostizierten Wachstums. 16 Jahre nach dem Mauerfall werden der Hauptstadt noch immer die kompletten Bundesministerien verweigert.

Das sind keine hausgemachten Tatbestände. Die Republik darf ihre Hauptstadt deshalb nicht in dieser ökonomischen Knielage belassen, eine Lage, in die sie am wenigsten durch eigenes Verschulden geraten ist. Ich empfand die strahlenden Gesichter der reichen Ministerpräsidenten in Bad Pyrmont und die Beifall klatschenden Bundeshaushaltspolitiker als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts als eine unsolidarische, ja eigentlich schäbige Distanzierung von ihrer Mitverantwortung für diese Stadt.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts taugt nur bedingt als Alibi, denn es urteilte nur über Rechtsfragen. Schon gar nicht sagt es etwas über Patriotismus gegenüber einer Stadt, die – wie ich geschildert habe – 1989 nicht aus einer Poleposition heraus starten konnte. Sich diese Vorgänge bewusst zu machen, heißt nicht, zu resignieren, sondern heißt, den Kampf um die Achtung Berlins als Hauptstadt der Deutschen fortzusetzen. Jetzt erst recht! Wir haben ganz andere Herausforderungen überstanden.

Diese Stadt ist auch mehr als eine Feier-Metropole. Feiern, locker sein, sich privat und öffentlich ausleben ist etwas Selbstverständliches und Unpolitisches – Privat- und Geschmacksache in einer freien Gesellschaft. Die Stadt, auch mancher Politiker hat sich in dieser Beziehung nichts vorzuwerfen.

Mit Recht fordert FU-Präsident Dieter Lenzen aber, dass Berlin auch als Wissenschaftsstandort wahrgenommen wird, übrigens auch als Sportstadt, als Gesundheitsstadt, als Kulturstadt sowieso, auch als Stadt der Jugend.

Ich empfinde es als einen schwer erträglichen Mangel, dass wir sechs von sieben Studenten, die hier studieren wollen, abweisen müssen. Es wäre gerade auch unter ökonomischen Aspekten verhängnisvoll, wenn wir daran gingen, unseren Reichtum an Kultur, Wissenschaft und Forschung abzurüsten. Ich persönlich glaube, der Regierende Bürgermeister verdient wegen vergleichbarer Formulierungen Zustimmung, denn dieser Reichtum bringt uns nicht nur die Aufmerksamkeit Europas, sondern auch Touristen, Steuern und Wirtschaftsansiedlung.

Wir haben während der Fußballweltmeisterschaft in Berlin eine Gesellschaft erlebt, deren Fröhlichkeit sich mit dem Erlebnis von Zusammengehörigkeit verbunden hat. Dieser Fußballpatriotismus hat kurzfristig das Gezerre um materielle Vorteile, den Hickhack und Interessenausgleich, den Restfrust zwischen Ost und West einen Sommer lang verscheucht und Aufbruchstimmung verbreitet. Wir haben wieder gelernt, was Sport auch kann: den Idealismus einer Gesellschaft entzünden, Kräfte freisetzen und Selbstbewusstsein schaffen, ohne auf andere herabzublicken. Auch das gewonnene Fußballendspiel 1954 in Bern hatte damals mehr erreicht als ein 3:2 gegen Ungarn. Das „Wunder von Bern“ half der Nation, ihre zerknirschte Selbstversunkenheit zu verlassen.

Berlin braucht deshalb nicht nur die Erinnerung an dieses „Sommermärchen“, sondern Aufbruchenergien darüber hinaus. Auch wenn wir nicht mehr im Jahre 1947 oder 1954 leben, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unser Wirtschaftswachstum z. B. weit hinter dem Sachsens zurückhängt. Trotz Hauptstadtstatus bleiben wir ökonomisch die Vorletzten. Was machen wir falsch? – Diese Frage zu beantworten, wird im Zentrum dieser 16. Legislaturperiode stehen. Wir müssen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ernstnehmen, vor allem aber die Ratschläge der Berliner Wirtschaftsunternehmer und Wirtschaftsforscher, denn nur ein Mehr an Wirtschaftswachstum gewährleistet soziale und Generationengerechtigkeit. Nur Wirtschaftswachstum beseitigt Arbeitslosigkeit und Armut, minimiert unsere Schulden.

Apropos Patriotismus: Mir liegt angesichts rechter Ränder an einer Klarstellung. Patriotismus hat mit Nationalismus nicht das Geringste zu tun, hat nichts zu tun mit kleinen Großkotzen, deren Deutschtum sich in Brutalität und Einäugigkeit verkrümmelt hat. Rational betrachtet ist Nationalismus in seiner blinden Egomane ein verwesendes Unikum, zumal in dieser globalisierten, technologisch funktionierenden Welt. Den Nationalisten fehlt die Neugier auf das andere, das Fremde, das Bewusstsein von Zugehörigkeit zu Europa, zur westlichen Welt und ihren Werten. Diese verantwortungslose Spezies sind die wahren Fremdkörper dieser Nation. Ich sehe in Nationalismus den Gegenbegriff zu Patriotismus und Bürgerlichkeit – einer Bürgerlichkeit, deren Funktion es ist, wie der Nobelpreisträger Imre Kertész sagt, zu modernisieren, zu mäßigen und zu zivilisieren.

Erlauben Sie abschließend, zweier Persönlichkeiten zu gedenken, die in diesem Herbst 70 Jahre alt geworden sind bzw. werden. Ich denke zunächst an Václav Havel. Wenn es eine Persönlichkeit gibt, die jenes brutale 20. Jahrhundert überstrahlt, dann ist es der Mensch, der Künstler, der Menschenrechtler, der Politiker Václav Havel: fünf Jahre lang unter z. T. verschärften Bedingungen in den tschechischen Diktaturgefängnissen eingelocht und krank gemacht, 1989 aus der Gefängniszelle in die Präsidentschaft des befreiten Landes entlassen. – Erlauben Sie, dass ich ihm den respektvollen, herzlichen Glückwunsch dieses Parlaments übermittele.

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns

[Allgemeiner Beifall]

Auch Wolf Biermann wird in ein paar Wochen 70 Jahre alt. Seine Biographie ist vielsagend: sein Vater in Auschwitz umgekommen, er selbst als junger Mann und idealistischer Kommunist in die DDR gelangt, schon bald von ihrem Diktaturverhalten abgestoßen, gereift zum Künstler, gedrängt zum Widerstand. Wolf Biermann hat mit seinen Gedichten und Liedern diese Stadt, ihre Wunden, ihre Kraft, ihren Geist wie kein anderer besungen. Wenn die Metapher vom aufrechten Gang einer Personifikation bedarf, dann ist es dieser preußische Ikarus. Viele Menschen aus allen politischen Lagern wünschten sich, dass er Ehrenbürger dieser Stadt würde.

Ein Alterspräsident kann Probleme nur ansprechen. Wir alle, wo wir politisch auch stehen, sind dieser großen, freien Stadt tief verbunden. Ihre Probleme veranlassen uns erst recht, ihr zu dienen und zusammenzustehen, auch in dem Bewusstsein – ich zitiere Camus –, dass die Freiheit keine Daseinsberechtigung hätte, wenn es nur eine einzige Wahrheit gäbe. Nutzen wir also unsere Freiheit! – Vielen Dank!

[Allgemeiner Beifall]

Zurück zum Geschäftlichen: Ich rufe auf

lfd. Nr. 2:**Konstituierung des Abgeordnetenhauses von Berlin der 16. Wahlperiode**

verbunden mit

Namensaufruf und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bevor ich die Beschlussfähigkeit des Hauses feststelle, berufe ich die vier an Jahren jüngsten Mitglieder des Abgeordnetenhauses in das amtierende Präsidium. Ich bitte folgende Abgeordnete, neben mir Platz zu nehmen: die Jüngste, eine Abgeordnete der Fraktion der Grünen, Frau Clara Herrmann, und den Jüngsten, Herrn Sebastian Czaja von der Fraktion der FDP, dann Herrn Benedikt Lux von der Fraktion der Grünen sowie Frau Ellen Haußdörfer von der Fraktion der SPD. Seien Sie willkommen!

[Allgemeiner Beifall]

Ich werde nun die Beschlussfähigkeit des Hauses durch Namensaufruf feststellen lassen. Die aufgerufenen Kolleginnen und Kollegen bitte ich, auf den Namensaufruf jeweils mit Ja zu antworten und sich dabei vom Platz zu erheben. Ich bitte Frau Herrmann, mit dem Aufruf zu beginnen.

[Aufruf der Namen]

Haben Sie vielen Dank! – Meine Damen und Herren! Damit stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Ich komme nunmehr zu

lfd. Nr. 3:**Beschlussfassung****über die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin der 16. Wahlperiode (einschließlich der Anlagen)**

Antrag der SPD, der CDU, der Linksfraktion, der Grünen und der FDP Drs 16/0001

Hierzu liegen folgende Änderungsanträge vor:

- Drucksache 16/0001-1 – neu –: Änderungsantrag der Fraktionen der FDP, der CDU und der Grünen, Stichwörter: „Vorsitz des Hauptausschusses“
- Drucksache 16/0001-2 – neu –: Änderungsantrag der Fraktionen der FDP, der CDU und der Grünen, Stichwörter: „Bearbeitung der den Ausschüssen überwiesenen Anträge“
- Drucksache 16/0001-3: Änderungsantrag aller Fraktionen, Stichwörter: „Zusammensetzung des Ältestenrates“
- Drucksache 16/0001-4: Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion, Stichwörter: „Reihenfolge der Fraktionen“
- Drucksache 16/0001-5: Änderungsantrag aller Fraktionen, Stichwort: „Missbilligung“

Es liegen insgesamt vier Wortmeldungen vor. Ich darf die Kolleginnen und Kollegen bitten, sich an eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zu halten, wie dies im Ältestenrat vereinbart worden ist. Es beginnt die Fraktion der FDP.

Sebastian Kluckert (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass eine Geschäftsordnung von einem neu gewählten Parlament im Großen und Ganzen unverändert übernommen wird, ist sicherlich keine Bequemlichkeit, sondern Ausdruck dafür, dass sich eine alte Geschäftsordnung im Großen und Ganzen bewährt hat. Deswegen sollten wir trotzdem für Veränderungen und insbesondere für Verbesserungen offen sein. Wenn es Fehlentwicklungen im parlamentarischen Bereich gibt, wird eine Veränderung der Geschäftsordnung sogar zum Gebot.

Unser erster Geschäftsordnungsantrag auf Drucksache 16/0001-1 fällt unter das Stichwort „Verbesserung“, nämlich Verbesserung der Parlamentskultur im Berliner Abgeordnetenhaus. Wir schlagen Ihnen vor, die Geschäftsordnung dahin gehend zu verändern, dass der Vorsitz im Hauptausschuss der Opposition zusteht.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Das bedeutet praktisch: sicherlich der größten Oppositionsfraktion. Wir Liberalen reden hier nicht pro domo. Diese angestrebte Geschäftsordnungsregelung entspricht einem langgeübten Parlamentsbrauch im Deutschen Bundestag und in vielen Landesparlamenten, für den es sehr gute Gründe gibt. Das Budgetrecht des Parlaments ist eines der vornehmsten Rechte des Parlaments. Mit diesem Recht sind umfangreiche Kontrollbefugnisse verbunden. Gerade in der jetzigen prekären Haushaltssituation ist es von besonderer Wichtigkeit. Es ist so wichtig wie noch

Sebastian Kluckert

nie, eine effektive Haushaltskontrolle in diesem Hause auszuüben.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Jedoch ist das Kontrollbedürfnis der Regierungsfractionen oftmals weniger ausgeprägt als das Schutzbedürfnis dieser Fraktionen ihrer Regierung gegenüber. Koalitionsvertreter sind daher oftmals geneigt, den über den Ausschussvorsitz vermittelten Einfluss auf die Verhandlungsführung im Hauptausschuss zu nutzen, um Kontrollbemühungen der Opposition zu schwächen. Das kann sich Berlin nicht leisten. Wer keinen Sparkommissar von außen will, der muss größtmögliche Haushaltskontrolle im Parlament sicherstellen. Das geht nur durch und mit der Opposition.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Vielen Abgeordneten der PDS wird dieser Antrag sicherlich bekannt vorkommen. Ich kann Ihnen dazu nur sagen: Ja, es ist genau der gleiche Antrag, den Sie hier an dieser Stelle vor fünf Jahren gestellt haben.

[Vereinzelter Beifall bei der FDP und der CDU –
Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne): Genau! –
Uwe Doering (Linksfraktion): Und den
Sie abgelehnt haben! –
Heiterkeit]

Zuvor hatten diesen Antrag schon die Grünen zu Beginn der 13. Wahlperiode gestellt. Ja, meine Damen und Herren von der PDS! Ihr Vertreter, Herr Dr. Nelken, hat damals auch genau die gleiche Begründung gegeben, die ich jetzt gerade vorgetragen habe. Ich darf Ihnen vorlesen, was Herr Dr. Nelken damals in Richtung Grüne sagte:

Ich denke, dass den Grünen auch jetzt in der Regierung ihre alten Vorsätze nicht abhandengekommen sind.

[Zurufe von den Grünen]

Ich sagen Ihnen, meine Damen und Herren von der PDS: Sie haben heute Gelegenheit, zu beweisen, dass Ihnen Ihre Grundsätze und Vorsätze nicht abhandengekommen sind, wo Sie selbst in den Senatsesseln sitzen.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Unser zweiter Änderungsantrag auf Drucksache 16/0001-2 fällt unter das zweite Stichwort, nämlich „Korrektur von Fehlentwicklungen“. In den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses werden vielfach bestimmte Anträge nicht auf die Tagesordnung gesetzt, oder sie werden, wenn sie auf der Tagesordnung stehen, mit Mehrheit abgesetzt. Das hat zu einer Praxis geführt, dass oftmals Oppositionsanträge in diesem Hause gar nicht mehr beraten werden. Sie „versacken“ in den Ausschüssen – ohne Beratung – und fallen inhaltlich dann der Diskontinuität zum Opfer. Diese Praxis ist nicht nur respektlos, sondern auch verfassungswidrig. Das Antragsrecht der Abgeordneten und Fraktionen begründet einen Anspruch darauf, dass sich das Parlament mit einem Antrag befasst, dass es einen Antrag berät und darüber durch Annahme oder Ablehnung einen Beschluss fasst. Wir beantragen daher, die Geschäftsordnung dahin gehend zu ändern, dass Anträge

spätestens nach einem halben Jahr im federführenden Ausschuss abschließend beraten werden müssen, wenn dies die antragstellende Fraktion wünscht.

[Beifall bei der FDP]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen!

Sebastian Kluckert (FDP):

Abschließend noch ein Wort zum Änderungsantrag von SPD und PDS: Ihr Antrag ist inhaltlich nicht zu beanstanden, aber für uns gilt das, was Herr Dr. Lindner auch bereits vor fünf Jahren an dieser Stelle gesagt hat:

Wir akzeptieren nicht, dass man an einer konkreten parlamentarischen Situation einen Geschäftsordnungsantrag festmacht, nämlich daran, wie jetzt gerade die Mehrheitsverhältnisse aussehen und welche Koalitionen möglicherweise entstehen.

Deshalb werden wir Ihren vom Eigennutz geprägten und gegen die Grünen gerichteten Antrag ablehnen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Das Wort hat jetzt Herr Behrendt von den Grünen. – Bitte!

Dirk Behrendt (Grüne):

Herr Alterspräsident! Meine Damen und Herren! Kurz zu mir – Sie erlauben mir zwei Sätze: Mein Name ist Dirk Behrendt. Ich bin neu in diesem Haus – direkt gewählt im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg 2 – und von Hause aus Richter, zuletzt am Verwaltungsgericht in Berlin. Daher hat mich meine Fraktion ausersehen, zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Zunächst zu dem Antrag, den wir eingebracht haben – Stichwort „Missbilligungen“: Nicht dass wir heute schon die Regierung missbilligen wollten, sondern hierbei handelt es sich eine Folgeänderung. Sie erinnern sich, dass die Wahl der Senatsmitglieder verändert worden ist. Das – wie wir finden – schöne Recht des Parlaments, nämlich jeden einzelnen Senator und jede einzelne Senatorin zu wählen, ist abgeschafft worden. Es wird nur noch der Regierende Bürgermeister gewählt. – Das geschieht wahrscheinlich im November. Wir sind gespannt. – Aber auch bei der Abwahl hat es eine Änderung gegeben. Wir hatten versucht, in den betreffenden Verhandlungen durchzusetzen, dass zumindest noch die Abwahl einzelner Senatorinnen und Senatoren ermöglicht wird. Bei der Verfassungsänderung konnten wir uns damit aber nicht durchsetzen. Deswegen wollen wir jetzt zumindest die Möglichkeit eröffnen, dass missbilligt werden kann. Das bezieht sich auf die Amtsführung bzw. die Verantwortlich-

Dirk Behrendt

keit für eigene Fehler oder für Fehler der Mitarbeiter. Das wird wohl auch breit getragen.

Wir wollten zusätzlich noch, dass eine geheime Abstimmung über die Missbilligungsanträge stattfindet, damit man feststellen kann, wie hoch und wie weit die guten Pferde springen. Damit konnten wir uns jedoch nicht durchsetzen, und deswegen verzichteten wir vorerst darauf. Der jetzt vorliegende Antrag sieht also eine offene Abstimmung über die Missbilligungsanträge vor. Wir werden sehen, ob sich dieses Verfahren bewährt. Man kann die Geschäftsordnung ja auch noch während der laufenden Legislatur ändern. Wir haben keinen Zweifel, dass wir trotz der guten Dagmars und der guten Michaels und all der anderen, die im Gespräch sind, Anlass haben werden, von diesem Instrument womöglich Gebrauch zu machen. Wir hoffen im Interesse des Wohles der Stadt, dass wir das nicht allzu häufig nutzen müssen.

[Beifall bei den Grünen]

Zum Vorsitz im Hauptausschuss hat der Kollege von der FDP dankenswerterweise schon vieles Richtige gesagt. Auch ich hatte mir die Rede des ehemaligen Kollegen Nelken herausgesucht, wo er dies begründet hat. Es wurde auch schon richtigerweise gesagt, dass es ursprünglich ein Antrag der Grünen war – vor zwei Legislaturperioden –, dass die Opposition den Vorsitz stellen sollte. Damit wäre nach dem Zugriffsrecht die CDU dran, den Hauptausschussvorsitz zu stellen. Es ist ein vornehmes Recht der Opposition, den Hauptausschussvorsitz zu übernehmen, um das Haushaltsrecht des Parlaments auch verfahrensrechtlich abzusichern. Wir bedauern außerordentlich, dass die Linke sich nicht mehr daran erinnert, dass sie diesen Antrag, solange sie noch Opposition war, gut fand und dass sie ihn jetzt plötzlich nicht mehr so gut findet. Wir appellieren an Einzelne – Sie kennen die Mehrheitsverhältnisse in diesem Haus –, sich daran noch zu erinnern und die Legislaturperiode mit einem Entgegenkommen in Richtung der Oppositionsfaktionen zu eröffnen.

[Beifall von Volker Ratzmann (Grüne)]

Noch kurz zu den anderen Anträgen, die vorliegen: Die Bearbeitungsfrist von sechs Monaten für Anträge halten wir für eine gute Regelung. Wir werden den betreffenden Antrag der FDP unterstützen.

Dann gibt es noch einen weiteren Geschäftsordnungsantrag zur Zusammensetzung des Ältestenrates. Der soll wie das Präsidium zusammengesetzt sein. Es geht um die Frage, wie man die Präsidenten und die Vizepräsidenten anrechnet. Wir halten das für eine sinnvolle Regelung und unterstützen das.

Es bleibt der Antrag von Linkspartei und SPD. Der Kollege der FDP sagte schon etwas dazu, wie damit umzugehen sei, dass wir nun 23 Sitze haben und die Linkspartei ebenfalls. In der letzten Legislaturperiode war die Lage ähnlich. Da waren die FDP und wir gleich stark. Wir finden die Entwicklung, die sich mit der letzten Wahl ergeben hat, positiv.

[Christoph Meyer (FDP): Das wird nicht allzu lange anhalten!]

– Wir werden sehen. – Die Frage ist, wie man bezüglich der Reihenfolge damit umgeht. Die bisherige Regelung sah einen Losentscheid vor. Ein Fraktionskollege sagte, diesen solle man beibehalten, weil es im Parlament davon so wenige gibt. Die Linkspartei schlägt nun plötzlich vor, man solle dies anhand der Zweitstimmen regeln. Da liegt die Linkspartei noch vor uns. – Aber auch das kann sich noch ändern. – Das ist offensichtlich eine interessengeleitete Regelung. Wir wundern uns, dass plötzlich diese Idee geboren wurde und nicht bereits beim letzten Mal, als Ihre eigene Fraktion nicht betroffen war. Man kann das so regeln. Es gibt Landesparlamente, die das tun, aber auch andere. Es wird Sie nicht wundern, dass wir an der alten Regelung festhalten wollen und deshalb den Antrag ablehnen werden. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Behrendt! – Nun hat der Kollege Gaebler von der SPD-Fraktion das Wort. – Bitte!

Christian Gaebler (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immer schön, die neue Legislaturperiode mit einer Geschäftsordnungsdebatte zu beginnen. Die Geschäftsordnung ist wichtig, weil sie unser Miteinander in den nächsten Jahren regelt. Deshalb fand ich es als Einstieg nicht so gut, dass der Kollege von der FDP offensichtlich Zweifel an der Arbeit der SPD als eigenständige Fraktion hat. Alle Fraktionen in diesem Parlament haben zunächst einmal gleiche Rechte und Pflichten. Dabei ist es völlig egal, ob sie in der Regierung oder in der Opposition sind. Insofern ist es nicht hilfreich, der SPD-Fraktion zu unterstellen, sie kontrolliere den Senat nicht richtig und unterstütze im Hauptausschuss nur Mauscheleien, insbesondere in Form des Vorsitzenden Ralf Wieland. Das ist kein guter Einstieg. Solche Argumente können Sie sich sparen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Zum Grundsatz: Alle Fraktionen haben, wie gesagt, die gleichen Rechte und Pflichten. Es ist in der Geschäftsordnung nun einmal festgelegt, dass die stärkste Fraktion den ersten Zugriff auf die Ausschussvorsitze hat. Das hat die CDU in der Zeit, als sie noch stärkste Fraktion war, immer in Anspruch genommen und sich den Hauptausschussvorsitz gegriffen. Das haben auch wir so gemacht, und das werden andere, wenn sie in die Lage kommen – Herr Kluckert, bei Ihnen wird das wohl nicht der Fall sein –, auch tun. Es ist unser gutes Recht. Wir haben uns das gründlich überlegt und die Verfahren in anderen Landesparlamenten angeschaut, aber wir sind zu der Entscheidung gekommen, dass es nach wie vor unser Recht ist und auch bleiben muss. Wir werden deshalb Ihren Vorschlag ablehnen. Wir finden nicht, dass die Fraktionen

Christian Gaebler

– auch wenn sie Regierungsfraktionen sind – in ihren Rechten eingeschränkt werden sollten.

Zu dem Antrag von SPD und Linkspartei hinsichtlich der Reihenfolge der Fraktionen: Herr Behrendt, Herr Kluckert! Es besteht das Problem, dass sich die Frage bisher nicht gestellt hat, weil es zu Beginn der Legislaturperiode noch keine Gleichheit der Sitze von zwei Fraktionen gegeben hat. Man muss sich überlegen, ob man das tatsächlich per Losentscheid regeln und damit das Wahlergebnis quasi verändert will. Das kann auch nicht im Interesse der Oppositionsfraktionen sein. Es ist nicht sinnvoll, fünf Jahre lang mit einem verfälschten Wahlergebnis zu arbeiten.

[Zuruf von Volker Ratzmann (Grüne)]

– Wir hatten das in der letzten Legislaturperiode nicht, Herr Ratzmann. Wir hatten es seinerzeit innerhalb der Legislaturperiode. Da soll die Regelung nicht geändert werden, wenn Sie den Antrag genau lesen. – Die Linkspartei hat nun einmal ein stärkeres Zweitstimmenergebnis als die Grünen. Das sollte sich in der Redereihenfolge und im Zugriff auf die Ausschussvorsitze niederschlagen. Darüber darf nicht das Los entscheiden. Ich bitte Sie – bei allem Verständnis dafür, dass Ihnen das momentan nicht gefällt –, die grundsätzliche Idee zu unterstützen.

[Zuruf von Dr. Martin Lindner (FDP)]

– Ich habe Sie nicht richtig verstanden, Herr Dr. Lindner. Stellen Sie doch bitte eine Zwischenfrage, auf die ich eingehen kann.

Zum Thema Missbilligungsanträge: Es ist richtig, dass wir uns hinsichtlich der Verfassungsreform und der Abschaffung der Direktwahl der Senatsmitglieder durch das Abgeordnetenhaus darauf verständigt hatten, das Thema Missbilligung als eigenen Geschäftsordnungspunkt festzuhalten. Es handelt sich dabei formal um einen Antrag wie andere Anträge auch. Er wird hier nur noch einmal ausdrücklich benannt. Dass über Anträge offen im Parlament abgestimmt wird, ist eine gute, wichtige und demokratische Tradition. Ich finde es gut, dass Sie sich diesbezüglich unseren Argumenten angeschlossen haben. Wir können zumindest das in großer Einmütigkeit beschließen.

Ich bitte Sie, uns in der Frage Hauptausschussvorsitz unsere Rechte nicht zu nehmen. Bezüglich der Reihenfolge sollten Sie das Wählervotum akzeptieren. Die anderen Anträge können wir gemeinsam beschließen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Gaebler! – Das Wort hat jetzt Herr Goetze von der CDU-Fraktion. – Bitte!

Uwe Goetze (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwei Anträge hinterlassen heute einen etwas schalen Beigeschmack. So soll der Opposition wieder einmal das Recht abgesprochen werden, den Vorsitz im Hauptausschuss zu stellen. Weiterhin soll die Redereihenfolge der Fraktionen im Parlament ganz nach den Vorstellungen und Wünschen der Mehrheitsfraktionen geändert werden.

Gerade der letztere Sachverhalt hat deswegen einen besonders schalen Beigeschmack, weil es die Möglichkeit, die Größe der Fraktionen, die Redeabfolge und viele andere Dinge mehr zu regeln, seit Jahrzehnten in der Geschäftsordnung gibt. Sie sagt aus, dass dies durch eine Auslosung erfolgt. Da man nun offenbar den Einfluss in unserem Parlament seitens der SPD und der Linksfraktion weiter sichern will, möchte man sich von dieser alten Regelung verabschieden.

Das macht einen sehr unerfreulichen Eindruck. Soweit ich das mitbekommen habe, haben die Grünen sogar angeboten, auf das Losverfahren zu verzichten und – was die Redereihenfolgen angeht – innerhalb der Legislaturperiode, etwa nach der Halbzeit, zu wechseln. Auch darauf ist man nicht eingegangen. Deshalb ist dieses ebenso wie der zweite Antrag etwas, was die Frage aufwirft, wovor Sie Angst haben. Haben Sie Angst davor, dass Sie zu schlecht wegkommen in diesem Parlament? – Dann kann das ja bestenfalls nur an den Argumenten, aber nicht an der Redereihenfolge liegen. Haben Sie davor Angst, dass Ihnen der Hauptausschuss mit den Finanzthemen aus dem Ruder läuft und Sie deswegen unbedingt den Vorsitz haben wollen? – Sie haben doch überall Mehrheiten und behaupten doch auch, dass Sie eine Idee für die Zukunft dieser Stadt haben! Dann müssen Sie doch der Opposition nicht diese marginalen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Ihnen beschneiden.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Seien Sie doch an dieser Stelle ein wenig großzügig und erinnern Sie sich an das, was Sie vor fünf Jahren hier formuliert haben! Da hat Ihr Redner, Herr Dr. Nelken, formuliert, er hoffe, dass den anderen Fraktionen ihre alten Vorsätze nicht abhandengekommen seien und man deswegen dringend darum bitte, den Hauptausschuss den Oppositionsfraktionen zuzubilligen.

Aber auch hier haben wir es offenbar mit fehlender Kontinuität zu tun. Sie haben Ihre Grundsätze verraten. Das ist ausgesprochen bedauerlich. Ich kann nur hoffen, dass dieser sehr schlechte Einstand in der Arbeit dieses Parlaments einen Denkprozess auslöst und sich das nicht wiederholen wird.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Goetze! – Zuletzt hat der Kollege Doering von der Linkspartei das Wort. – Bitte!

Uwe Doering (Linksfraktion):

Herr Alterspräsident! Meine Damen und Herren! Sprechen wir doch einmal in Richtung FDP, Grüne und CDU über Grundsätze.

[Oh! bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Sicher können sich noch alle diejenigen, die am 29. November 2001 an der konstituierenden Sitzung teilgenommen haben, an die Debatte zur Geschäftsordnung erinnern.

[Dr. Sibyll-Anka Klotz (Grüne): Ja!]

Sie haben auf die Rede von Herrn Dr. Nelken verwiesen, der zu unserem Antrag gesprochen hat, der besagte, dass künftig die Opposition den Vorsitz im Hauptausschuss stellen soll. Wie jedoch war damals die Konstellation? – Zu diesem Zeitpunkt befanden sich SPD, FDP und Grüne in Koalitionsverhandlungen. Dementsprechend haben Sie sich auch verhalten.

[Volker Ratzmann (Grüne): Und was war in den Ausschüssen?]

– Ich komme gleich zum Protokoll. Aber Sie mögen es ja nicht so gern, wenn man aus dem Protokoll zitiert und Sie daran erinnert, wie Sie sich verhalten haben. – Solange die CDU stärkste Fraktion gewesen ist, hat sie immer den Hauptausschussvorsitz innegehabt und wäre nie auf die Idee gekommen, diesen freiwillig abzugeben. Genau aus diesem Grund ist in der Vergangenheit eine Änderung der Geschäftsordnung an dieser Stelle nicht möglich gewesen. Wenn Sie das Protokoll der Sitzung vom 29. November 2001 über die Rede des Kollegen Nelken hinaus gelesen hätten, hätten Sie festgestellt, dass die Position der Grünen eine abwartende war – nach dem Motto: Muss man das jetzt regeln? Kann man das nicht in den Ausschüssen regeln? Warten wir doch erst einmal ab! –

[Volker Ratzmann (Grüne): Und was war in den Ausschüssen? – Weitere Zurufe von den Grünen]

– Die Frage ist doch: Weshalb haben Sie damals, als Sie sich in Koalitionsverhandlungen befunden haben, nicht selbst einen entsprechenden Antrag gestellt?

[Özcan Mutlu (Grüne): Ach!]

Jetzt zur FDP! Herr Dr. Lindner hat zu Recht darauf hingewiesen, dass Dr. Nelken auf einen Brauch dieses Parlaments aufmerksam gemacht hat, nämlich auf den Vorsitz im Hauptausschuss. Sie haben damals gesagt:

Die FDP wird diesem Brauch folgen. Aber wenn es übliche Praxis ist,

– der Hauptausschussvorsitz –

dann verstehen wir nicht, weswegen wir dazu eine Neuregelung einführen müssen und man es nicht einfach beim parlamentarischen Brauch belässt.

So damals Herr Dr. Lindner und so viel zu Ihren Grundsätzen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Ja, und Sie haben uns dann eines Besseren belehrt! – Zuruf von Özcan Mutlu (Grüne)]

Herr Kluckert hat darauf hingewiesen, dass wir heute eine Geschäftsordnung vorliegen haben, die wir gemeinsam abstimmen wollen. Sie können es nicht wissen – Herr Dr. Lindner hat es Ihnen bestimmt nicht gesagt –, dass diese Geschäftsordnung in der letzten Legislaturperiode diverse Veränderungen erfahren hat. So gab es unter anderem an vielen Stellen eine Stärkung der Opposition. In diesem Zusammenhang haben wir in der letzten Wahlperiode § 27 Abs. 4 eingeführt, der genau die Frage aufgreift, die heute auch in einem Änderungsantrag aufgegriffen wird: die Frage, wie mit Anträgen der Opposition im Ausschuss umzugehen ist. In der Geschäftsordnung ist geregelt: Wenn ein Antrag nicht behandelt wird, kann nach einem halben Jahr verlangt werden, dass es einen Zwischenbericht aus dem Ausschuss gibt. Die antragstellende Fraktion kann zudem darauf bestehen, den Antrag hier im Plenum zu diskutieren. So die Regelung der letzten Wahlperiode. Da diese Regelung im Konsens getroffen worden ist, sagt Ihnen das, dass es keine Mehrheit für andere Regelungen gegeben hat. Weder ist solch ein Ansinnen von der CDU-Fraktion noch von anderen Fraktionen eingebracht worden.

Jetzt zu unserem Antrag zur Reihenfolge der Fraktionen. Herr Kluckert, ich möchte zunächst richtigstellen, dass mit unserem Antrag nicht die Mehrheitsverhältnisse hier im Abgeordnetenhaus verändert werden. Sie bleiben so, wie sie sind. In der Vergangenheit war es in der Tat so, dass durch Losverfahren bei gleich starken Fraktionen die Reihenfolge der Fraktionen bestimmt worden ist. Nun haben wir die Situation, dass wir zu Beginn einer Legislaturperiode zwei gleich starke Fraktionen haben, die Grünen haben dazu gewonnen, wir haben verloren, das ist die Situation. Auch wenn es nur 5 000 Stimmen Differenz gibt, bleiben wir vom Wählerwillen her die drittstärkste Fraktion. Das sollten wir auch hier im Parlament dokumentieren, so wie es in acht anderen Landtagen üblich ist. Deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank Herr Doering! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, sodass wir jetzt zur Abstimmung über die Anträge und nachher über die Geschäftsordnung kommen.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir die Abstimmung nach Fraktionsstärke vornehmen. – Ich höre keinen Widerspruch. Das bedeutet, dass es keine einzelnen Auszählungsverfahren gibt. Findet das Ihre Zustimmung?

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns

[Joachim Eßer (Grüne): Wollt ihr alle Bier trinken gehen, oder was soll das?]

– Gut, ich bin noch nicht lange Alterspräsident. Deshalb weiß ich nicht, wie wir verfahren wollen. Ich lasse jetzt über das Abstimmungsverfahren abstimmen. Wer ist dafür, dass wir in Fraktionsstärke abstimmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Da keiner dafür ist, müssen wir durch Handaufheben abstimmen.

Ich komme jetzt zu den einzelnen Abstimmungen. Zunächst die Drucksache 16/0001-1 – neu –, der Änderungsantrag der Fraktion der FDP, der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen – Stichworte: Vorsitz des Hauptausschusses. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. –

[Frank Henkel (CDU): Das fängt ja schon gut an!]

Wer ist gegen diesen Antrag? – Das ist schwer abzuschätzen.

[Heiterkeit]

Wir werden im Präsidium eine Entscheidung treffen. – Das Präsidium hat erkannt und beschlossen: Wir sehen eine knappe Mehrheit bei den Regierungsfractionen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Ich komme damit zur Drucksache 16/0001-2, Änderungsantrag der Fraktion der FDP, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen – Stichworte: Bearbeitung der den Ausschüssen überwiesenen Anträge. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist gegen diesen Antrag? – Das ist dieselbe Konstellation. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

[Christoph Meyer (FDP): Gibt es auch Enthaltungen?]

– Gut, da haben Sie Recht. Wer enthält sich? – Ich gehe davon aus, dass auch bei der ersten Abstimmung keine Enthaltung vorgelegen hätte.

[Heiterkeit]

Ich komme jetzt zur Abstimmung über die Drucksache 16/0001-3, einem Änderungsantrag aller Fraktionen – Stichworte: Zusammensetzung des Ältestenrats. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das gefällt dem Präsidium. Der Antrag ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen damit zum Antrag Drucksache 16/0001-4, dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Die Linke – Stichworte: Reihenfolge der Fraktionen. Ich bitte um das Handzeichen, wer für diesen Änderungsantrag ist. – Wer ist dagegen? –

[Christoph Meyer (FDP): Jetzt haben wir aber eine knappe Mehrheit!]

– Nach dem bisherigen Verfahren ist das Präsidium einig, dass die Ja-Stimmen die Mehrheit sind. Der Antrag ist damit angenommen. Gibt es Enthaltungen? – Keine, wie erwartet.

Ich komme zum fünften Änderungsantrag, Drucksache 16/0001-5, einem Antrag aller Fraktionen – Stichwort: Missbilligungen. Wer ist für den Antrag? – Wer ist gegen diesen Antrag? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich lasse jetzt über die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin der 16. Wahlperiode einschließlich der Anlagen gemäß Drucksache 16/0001 unter Berücksichtigung der soeben angenommenen Änderungsanträge abstimmen. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank! Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Geschäftsordnung ist damit einstimmig angenommen und Grundlage der weiteren parlamentarischen Arbeit. – Ich danke Ihnen dafür!

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Ich rufe auf

lfd. Nr. 4:**Wahl der Präsidentin/des Präsidenten**

Wahlvorlage Drs 16/0002

Vorschlagsberechtigt für die Wahl ist die stärkste Fraktion. Von der Fraktion der SPD wird für die Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin der 16. Wahlperiode Herr Abgeordneter Walter Momper vorgeschlagen.

Ich frage Sie, ob in der Aussprache zum Wahlvorschlag das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall.

Gemäß § 11 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin wird der Präsident des Abgeordnetenhauses mit der Mehrheit der Stimmen des Abgeordnetenhauses gewählt. Das sind mindestens 75 Ja-Stimmen.

Interfraktionell hat man sich darauf verständigt, die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln – also geheim – durchzuführen. Ich möchte Ihnen das Wahlverfahren erläutern, insbesondere deshalb, weil wir neue Kolleginnen und Kollegen unter uns haben, die das Verfahren noch nicht kennen.

Für die von mir aus gesehen rechten Kabinen erfolgt der Namensaufruf für die Buchstaben A bis K. Für den Rest der Buchstaben stehen die linken Kabinen zur Verfügung. Jedem Abgeordneten wird erst vor Eintritt in die Wahlkabine nach Namensaufruf der Stimmzettel ausgehändigt. Nach Ausfüllen des Stimmzettels in der Kabine ist dieser noch in der Wahlkabine zu falten und unmittelbar danach in die entsprechende Wahlurne zu werfen.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Abgeordnete nach § 74 Absatz 2 der Geschäftsordnung zurückgewiesen werden müssen, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten.

Wer dem Wahlvorschlag der SPD – Walter Momper – zustimmen will, der muss unter dem Namen ein Kreuz in

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns

das Kästchen mit Ja setzen. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, mit Nein zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Ein leerer, nicht mit einem Kreuz versehener Stimmzettel gilt als ungültiger Stimmzettel genauso wie anders gekennzeichnete Stimmzettel oder Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken.

Nun bitte ich die vier jüngsten Mitglieder des Hauses jeweils zu zweit an den Wahlkabinen bzw. Wahlurnen Aufstellung zu nehmen, um die Ausgabe der Stimmzettel vorzunehmen und deren Abgabe zu kontrollieren.

Herrn Abgeordneten Lars Oberg bitte ich als nächstjüngsten Abgeordneten, die Namen der Abgeordneten zu verlesen.

Ich weise darauf hin, dass die Fernsehkameras nicht auf die Wahlkabinen ausgerichtet werden dürfen. Alle Plätze direkt hinter den Wahlkabinen und um die Wahlkabinen herum bitte ich freizumachen.

Ich bitte um Aufruf der Namen und um Ausgabe der Stimmzettel.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Meine Damen und Herren! Hat jeder seine Stimme abgegeben? – Das ist offenbar der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und bitte um die Auszählung der Stimmen. Die Sitzung wird so lange unterbrochen.

[Unterbrechung der Sitzung von 12.12 Uhr bis 12.19 Uhr]

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Wir wollen das Ergebnis der Abstimmung bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 149. Keine Stimme ist ungültig. Ja-Stimmen: 104. Nein-Stimmen: 31. Enthaltungen: 14. – Herr Momper! Sie sind damit gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

Walter Momper (SPD):

Ja!

[Beifall]

Alterspräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Momper! Damit sind Sie ordnungsgemäß gewählter Präsident dieses Hauses. Ich bitte Sie, nach der Gratulationscour diesen Platz zu übernehmen. – Herzlichen Glückwunsch!

Präsident Walter Momper:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die mich gewählt haben, für das bewiesene Vertrauen. Ich werde mich bemühen, auch das Vertrauen derjenigen zu erringen, die mich dieses Mal nicht gewählt haben oder nicht wählen konnten. Ich bin mir der Aufgabe bewusst – das habe ich beim letzten Mal schon gesagt –, das ganze Parlament

nach außen vertreten zu müssen, das Haus und Berlin zu repräsentieren und nach innen unparteiisch und gerecht gegenüber allen Fraktionen und jedem einzelnen Abgeordneten zu handeln.

Ich bedanke mich bei dem Kollegen Alterspräsidenten. Ich nehme gleich die Gelegenheit wahr, auch einen Dank an die scheidenden Vizepräsidenten, Frau Michels und Herrn Prof. Stölzl, zu sagen. – Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit!

[Beifall]

Ich danke auch den scheidenden Präsidiumsmitgliedern, die das Haus gut vertreten haben. Frau Herrmann sehe ich auf der Tribüne. – Herzlichen Dank, Frau Herrmann und auch alle anderen Kolleginnen und Kollegen!

[Beifall]

Herzlichen Dank auch den Kirchen und der St.-Lukas-Gemeinde, dass sie heute Morgen wieder einen Ökumenischen Gottesdienst für uns alle ausgerichtet haben.

[Beifall]

Der ehemalige Präsident Führer, mein Vorgänger im Amt, wurde bereits begrüßt. Ich ergänze noch die Begrüßung und heiße auch die anwesenden Stadtältesten, die früheren Alterspräsidenten und früheren Vorsitzenden des Hauptausschusses herzlich willkommen. Schön, dass Sie da sind! Wir arbeiten heute unter Ihrem erfahrenen und wachsamen Auge.

[Beifall]

Auch die Kolleginnen und Kollegen vom Brandenburger Landtag begrüße ich. Herzlich willkommen bei uns im Hause, Nachbarn!

[Beifall]

Ein herzliches Willkommen auch den Kollegen vom Deutschen Bundestag! Unter Umständen kann man hier noch etwas lernen.

[Beifall]

Ich erinnere mich, vor fünf Jahren gesagt zu haben, wir stehen vor der größten finanzpolitischen Herausforderung, vor der Berlin jemals in der Geschichte stand. Der Alterspräsident hat etwas dazu gesagt. Die Situation ist, wenn auch auf einem anderen Niveau, immer noch so. Wir alle – jeder an seiner Stelle, als einzelner Abgeordneter, als Regierungs- oder als Oppositionsfraktion – werden dazu beitragen müssen, diese Herausforderung auch zu meistern. Ich denke, dass das klappen wird. Es wird schwierig genug werden, aber Politiker sind Optimisten, deshalb arbeiten sie auch in der Politik. In diesem Sinne sage ich wieder: An die Arbeit für Berlin! Ich freue mich, dass ich dabei mitmachen darf.

Ich habe noch einen technischen Hinweis zu geben. An Ihren Tischen stecken bereits die neuen persönlichen Lochkarten, die in der neuen Wahlperiode den technischen Hinweis für die Mikrofonfreigabe geben. Diese Karten müssen Sie aufbewahren und jeweils in die Ple-

Präsident Walter Momper

narsitzung mitbringen. Die Lochkarten aus der abgelaufenen Wahlperiode mögen an die Haustechnik zurückgegeben werden.

Wir kommen zu der

lfd. Nr. 5:**Wahl der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten**

Wahlvorlage Drs 16/0003

Nach der Verfassung von Berlin und nach § 12 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung sind zwei Vizepräsidentinnen bzw. Vizepräsidenten zu wählen. Die Fraktionen haben für die Wahl das Vorschlagsrecht in der Reihenfolge ihrer Stärke. Von der Fraktion der CDU wird der Kollege Dr. Uwe Lehmann-Brauns und von der Fraktion der SPD die Frau Kollegin Karin Seidel-Kalmutzki vorgeschlagen. Wird zu den Wahlvorschlägen die Aussprache gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Gemäß § 11 der Geschäftsordnung werden die Vizepräsidenten mit der Mehrheit der Stimmen des Abgeordnetenhauses gewählt. Das sind wieder 75 Ja-Stimmen. Auch hierbei hat man sich interfraktionell darauf verständigt, die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln, also geheim, durchzuführen. Wir wählen beide Vizepräsidenten gemeinsam in sogenannter verbundener Einzelwahl. Es bleibt ansonsten beim selben Wahlverfahren wie bei der vorherigen Wahl.

Ich bitte die Beisitzer, Aufstellung an den beiden Wahlurnen zu nehmen. Wer dem Wahlvorschlag der CDU-Fraktion, Dr. Uwe Lehmann-Brauns, zustimmen will, der muss unter dem Namen ein Kreuz bei dem Kästchen mit Ja machen. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, mit Nein zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Das Gleiche gilt für den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD, Frau Karin Seidel-Kalmutzki.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass die Fernsehkameras nicht auf die Wahlkabinen ausgerichtet werden dürfen. Alle Plätze direkt hinter den Wahlkabinen und um die Wahlkabinen herum bitte ich freizumachen.

Ich bitte jetzt den Abgeordneten Lars Oberg, die Namen der Abgeordneten zu verlesen, sowie um die Ausgabe der Stimmzettel.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Meine Damen und Herren! Hatten alle anwesenden Abgeordneten Gelegenheit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Der Wahlgang wird dann geschlossen, und ich bitte um Auszählung. Die Sitzung wird so lange unterbrochen.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich gebe Ihnen die Abstimmungsergebnisse bekannt, und zwar in der Reihenfolge der Vorschläge nach Fraktionsstärke: Für Herrn Dr. Uwe Lehmann-Brauns wurden 143 Stimmen abgegeben, 2 Stimmen waren ungültig, 104

Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen. Damit ist der Kollege Lehmann-Brauns gewählt.

Herr Dr. Lehmann-Brauns, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU):

Ich nehme die Wahl an und bedanke mich!

[Allgemeiner Beifall]

Präsident Walter Momper:

Damit sind Sie der ordnungsgemäß gewählte Vizepräsident dieses Hauses. Herzlichen Glückwunsch und gute Zusammenarbeit!

Dann kommen wir zur Wahl von Frau Seidel-Kalmutzki: 143 Stimmen wurden abgegeben, 1 Stimme war ungültig, 120 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen.

Frau Seidel-Kalmutzki, ich frage auch Sie, nehmen Sie die Wahl an?

Karin Seidel-Kalmutzki (SPD):

Ich nehme die Wahl an und bedanke mich!

[Allgemeiner Beifall]

Präsident Walter Momper:

Dann gratuliere ich auch Ihnen als neugewählte Vizepräsidentin dieses Hauses. Herzlichen Glückwunsch und gute Zusammenarbeit!

Da die Gratulationscoureun nunmehr beendet sind, rufe ich auf

lfd. Nr. 6:**Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums**

Wahlvorlage Drs 16/0004

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass das Präsidium des Abgeordnetenhauses einschließlich des Präsidenten und der zwei Vizepräsidenten in der 16. Wahlperiode aus 15 Mitgliedern bestehen soll. Wer diesem Vorschlag gemäß Drucksache 16/0004 seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen und Enthaltungen. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren stehen der SPD vier weitere Mitglieder zu, der Fraktion der CDU drei, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jeweils zwei und der Fraktion der FDP ein Mitglied. Von der Fraktion der SPD wurden vorgeschlagen:

Präsident Walter Momper

Frau Abgeordnete Burgunde Grosse,
 Frau Abgeordnete Anja Hertel,
 Herr Abgeordneter Andy Jauch,
 Frau Abgeordnete Christa Müller.

Von der Fraktion der CDU wurden vorgeschlagen:

Frau Abgeordnete Marion Kroll,
 Frau Abgeordnete Cornelia Seibeld,
 Herr Abgeordneter Oliver Scholz.

Von der Fraktion Die Linke wurden vorgeschlagen:

Frau Abgeordnete Martina Michels,
 Frau Abgeordnete Dr. Steffi Schulze.

Von der Fraktion der Grünen wurden vorgeschlagen:

Frau Abgeordnete Claudia Hämmerling,
 Frau Abgeordnete Alice Ströver.

Von der Fraktion der FDP wurde vorgeschlagen:

Frau Abgeordnete Mieke Senftleben.

Wir haben verabredet – und ich denke, dass das Ihre Zustimmung finden wird –, über die gesamte Liste gemeinsam abzustimmen, und zwar in einfacher Abstimmung durch Handaufheben gemäß § 74 Abs. 1 Satz 1 unserer Geschäftsordnung. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Wer die Genannten wählen möchte, den bitte ich nunmehr um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen sehe ich nicht. – Dann sind alle Beisitzerinnen und Beisitzer einstimmig so gewählt. Ich wünsche allen eine gute Arbeit im Präsidium des Abgeordnetenhauses. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den bewährten Kräften, aber auch mit den neuen Kräften. Herzlichen Glückwunsch!

[Allgemeiner Beifall]

Nun danke ich den vier jüngsten Abgeordneten – es ist nett, hier in Ihrer Mitte zu sitzen – Frau Clara Herrmann, Herrn Sebastian Czaja, Herrn Benedikt Lux und Frau Ellen Haußdörfer sowie Herrn Lars Oberg, dass Sie so vortrefflich als Beisitzer Ihres Amtes gewirkt und das Parlament vorangebracht haben. Schönen Dank! – Dann bitte ich Frau Claudia Hämmerling und Frau Anja Hertel, als Beisitzerinnen neben mir Platz zu nehmen, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können.

Dann rufe ich auf

lfd. Nr. 7:

Einsetzung des Ältestenrats

Drs 16/0005

Der Ältestenrat der 16. Wahlperiode soll auf Vorschlag der Fraktionen wie das Präsidium ebenfalls aus 15 Mitgliedern bestehen. Wer so gemäß Drucksache 16/0005 beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Ich bitte, mir gemäß § 17 Absatz 1 Satz 3 der Geschäftsordnung die übrigen Mitglieder des Ältestenrats möglichst bald und schriftlich zu benennen, soweit mir die Namen nicht schon vorliegen. Der Verteilerschlüssel ist der gleiche wie für das Präsidium.

Ich bitte, mir gemäß § 17 Absatz 1 Satz 3 der Geschäftsordnung die übrigen Mitglieder des Ältestenrats möglichst bald und schriftlich zu benennen, soweit mir die Namen nicht schon vorliegen. Der Verteilerschlüssel ist der gleiche wie für das Präsidium.

Dann rufe ich auf

lfd. Nr. 8:

Einsetzung des Hauptausschusses

Drs 16/0006

Wer der Einsetzung des Hauptausschusses gemäß Drucksache 16/0006 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke! Die Gegenprobe! – Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist das auch einstimmig. Damit ist der Hauptausschuss mit insgesamt 29 Mitgliedern eingesetzt. Der Verteilerschlüssel nach dem Höchstzahlverfahren ist den Fraktionen bekannt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 9:

Einsetzung des Petitionsausschusses

Drs 16/0007

Der Petitionsausschuss soll nach interfraktioneller Vereinbarung aus 13 Mitgliedern bestehen. Wer mit dieser Mitgliederstärke und unter Berücksichtigung der Drucksache 16/0007 beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist auch das einstimmig so beschlossen, und der Petitionsausschuss ist eingesetzt und kann mit seiner wichtigen Arbeit nach der Konstituierung beginnen.

Dann kommt

lfd. Nr. 10:

**Einsetzung des Kuratoriums
 „Louise-Schroeder-Medaille“**

Drs 16/0010

Wer der Einsetzung des Kuratoriums Louise-Schroeder-Medaille auf der Basis des Beschlusses vom 12. September 2002 unter Berücksichtigung der Drucksache 16/0010 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen zu sehen. Dann ist auch das einstimmig beschlossen.

Ich bitte auch hier um schnellstmögliche Benennung der Kuratoriumsmitglieder sowie der Stellvertreter, weil das dringlich ist. – Herzlichen Dank!

Ich rufe auf

lfd. Nr. 10 A:

Präsident Walter Momper

- a) Erklärung des Regierenden Bürgermeisters

Jetzt erst recht – Berlin muss es alleine schaffen

Hierzu gab es bereits mit Schreiben vom 19. Oktober von der Fraktion der Grünen den Antrag, eine Aktuelle Stunde zum Thema „Karlsruher Urteil und Folgen für Berlin“ auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses zu setzen.

Weiterhin rufe ich auf

- b) Dringlicher Antrag

Nach dem Karlsruher Urteil: Senat muss umfassende Konsolidierungsmaßnahmen einleiten und einen Nachtragshaushalt 2007 vorlegen!

Antrag der FDP Drs 16/0016

Der Dringlichkeit wird offensichtlich nicht widersprochen.

Zur Regierungserklärung erhält nunmehr der Regierende Bürgermeister das Wort. – Bitte schön, Herr Wowereit!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zur Regierungserklärung komme, möchte ich Herrn Momper, Herrn Dr. Lehmann-Brauns, Frau Seidel-Kalmutzki und den übrigen Mitgliedern des Präsidiums herzliche Glückwünsche des Senats zu ihrer Wahl übermitteln. Auf eine gute Zusammenarbeit!

Ich danke Herrn Dr. Lehmann-Brauns ausdrücklich für seine Rede als Alterspräsident. Es war eine sehr hervorragende Rede. Herr Dr. Lehmann-Brauns, Sie wissen, dass ich nicht alle Ihre Reden so ausgezeichnet finde. Aber es hat sich gezeigt – und das wird sicherlich der Tenor sein, der sich durch viele Reden zur Regierungserklärung ziehen wird –, Sie haben etwas ausgedrückt, das diese Stadt auch fühlt. Deshalb werden viele Passagen, die Sie in Ihrer Rede hatten, wiederholt werden, auch in meiner Regierungserklärung. Ich bin dankbar, weil Sie damit demonstriert haben, dass es Themen für Berlin gibt, die weit über eine parteipolitische Betrachtungsweise hinausgehen. – Recht herzlichen Dank für diese herausragende Rede!

[Beifall bei der SPD, der CDU und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen und der FDP]

Der 19. Oktober 2006 ist ein Einschnitt in der Berliner Politik. Das Bundesverfassungsgericht hat Berlin bescheinigt, sich nicht in einer extremen Haushaltsnotlage nach dem Grundgesetz zu befinden. Berlin kann nach diesem Richterspruch keine Sonder-Bundesergänzungszuweisungen oder andere Sanierungshilfen zur Haushaltssanierung geltend machen. Das ist bitter, aber wir müssen uns der Realität stellen. Berlin muss sich damit abfinden. Und ich sage dazu: Die Berlinerinnen und Berliner hatten in der jüngeren Geschichte schon einige schwere Prüfungen zu bestehen, und ich glaube, sie haben

gen zu bestehen, und ich glaube, sie haben sie auch bestanden.

Wir sind nach Karlsruhe gegangen, um Hilfe einzuklagen. Wir haben damit unser gutes Recht wahrgenommen. Die Hilfe des Bundes und der Solidargemeinschaft der Länder ist kein Almosen, und wir haben in den vergangenen fünf Jahren immense Eigenanstrengungen unternommen, um den Anspruch zu untermauern.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Zu wenig!]

Das Urteil sieht nun anders aus. Es gibt keine Hilfe. Ein hartes, ein klares Urteil. Das Verfassungsgericht hat Berlin auf sich selbst zurückgeworfen. Und es hat mit seinen Maßstäben auch für andere Länder so große Hürden aufgebaut, dass bundesstaatliche Sanierungshilfe auf rechtlischem Wege in Zukunft kaum mehr zu erwarten ist. In dieser Klarheit liegt auch etwas Positives. Wir wissen jetzt, woran wir sind. Wir sind autonom in unseren Entscheidungen und an keine wie auch immer gearteten Auflagen gebunden. Wir allein sind es, die jetzt die Balance wahren müssen zwischen finanzpolitischen Notwendigkeiten einerseits und wirtschafts- und sozialpolitischer Vernunft andererseits. Berlin hat in der zurückliegenden Legislaturperiode gezeigt, den Haushalt zu sanieren und den sozialen Frieden zu wahren, ist möglich.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wirft die Frage auf, wo Berlin und wo unsere Republik heute, 17 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, stehen. Die Menschen in Ost und West waren im Herbst 1989 überglücklich, sich nach 28 Jahren Trennung wieder begegnen zu können. Mehr noch: Es gab einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass nun die Stunde der Solidarität gekommen war, um in ganz Deutschland gleiche Lebensbedingungen herzustellen. Die Solidarität war groß und die Hauptstadt Berlin wurde zum Symbol der zusammenwachsenden Nation.

Wenn man dagegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Ende denkt, bedeutet das: An die Stelle des Solidaritätsgedankens unseres bündischen Föderalismus tritt ein klarer Wettbewerbsföderalismus. Vom Fall der Mauer und den Folgen der Teilung Deutschlands ist im Urteil wenig zu lesen.

[Zuruf von Michael Braun (CDU)]

Sonderbelastungen, die Berlin durch die jahrzehntelange Teilung bis heute drücken, zählen nicht mehr, nicht die Verlagerung der Industrie nach Westdeutschland während der Teilung, in den Stunden der höchsten Not dieser Stadt, nicht der rasante Prozess der Deindustrialisierung nach der Wende mit dem Verlust Hunderttausender von Arbeitsplätzen, sowohl durch das Zusammenbrechen der Kombinate im Ostteil der Stadt als auch durch das Scheitern der hoch subventionierten Westberliner Unternehmen, nicht die aus dieser Geschichte resultierende geringe Steuer- und Wirtschaftskraft des Landes Berlin. Wir hatten erwartet, dass das Gericht die Belastungen, die Berlin wegen seiner Geschichte bis heute zu tragen hat, berücksichtigt. Das ist nicht geschehen.

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

[Dr. Martin Lindner (FDP): Was soll denn das Gejammer?]

Und ein zweiter Aspekt taucht nicht auf: Die Bedeutung der Hauptstadt für die Republik. In den meisten Ländern Europas und der Welt ist die Hauptstadt jeweils auch das wirtschaftliche Zentrum. Für Berlin gilt das nicht. Dies ist historisch bedingt. Berlin ist nicht nur die Hauptstadt für die Berlinerinnen und Berliner, sondern aller Deutschen. Die Hauptstadt ist das Aushängeschild der Republik. Kann sich eine reiche Republik eine arme Hauptstadt leisten?

[Dr. Martin Lindner (FDP): Berlin kann sich Rot-Rot nicht mehr leisten!]

Auch die Anstrengungen der letzten Jahre und die Belastungen, welche die Berlinerinnen und Berliner schon in den letzten Jahren getragen haben, zählen nicht: Solidarität im öffentlichen Dienst mit Gehaltseinbußen von 8 bis 12 %, Ausstieg aus der sozialen Wohnungsbauförderung und aus der Anschlussförderung, kontinuierlicher Personalabbau seit 1991, viele andere Maßnahmen, die die Berlinerinnen und Berliner tragen mussten, mehr als es der Rest der Republik tun musste. All das zählt nicht.

Im Gegenteil: Das Gericht weist auf angebliche Überausstattungen in den Bereichen Bildung, Soziales, Wissenschaft, Forschung und Kultur hin und verkennet, dass es gerade diese Bereiche sind, die Berlin attraktiv machen,

[Christoph Meyer (FDP): Soziales!]

so attraktiv, dass wir erneut Tausende Bewerber aus allen Teilen des Landes für die Berliner Unis abweisen mussten. Trotzdem bilden wir weit über unseren Bedarf hinaus aus. Und vielfach profitieren davon Jugendliche aus allen Ländern, die noch heute vom Berliner Aderlass nach der Teilung profitieren und aus denen nun erfreute bis erleichterte – man kann auch sagen: hämische – Kommentare zur Berliner Situation kommen. So ist die Welt, und es gehört zu den Wahrheiten, die wir zur Kenntnis nehmen müssen: Nicht Solidarität und Heilung von Wunden der Teilung ist der Leitgedanke des Karlsruher Urteils, sondern Eigenverantwortung und knallharter Wettbewerb.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Eine ganz larmoyante Rede!]

Damit wir uns richtig verstehen: Eigenverantwortung und Wettbewerb können Antriebsfedern für eine erfolgreiche Entwicklung sein, aber bitte unter fairen und gleichen Ausgangsbedingungen. Die Folge wird ein hemmungsloser Darwinismus sein.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Quatsch!]

Das Urteil haben wir hinzunehmen, und was ich eben ausführte, ist keine Richterschelte,

[Dr. Martin Lindner (FDP): Das macht dann der Herr Biolek! – Zurufe von den Grünen]

sondern die Analyse einer anderen Auffassung des Zusammenlebens in unserem Bundesstaat. – Herr Lindner! Es wäre angemessen für jemanden, der ein flottes Wort

führt, in so einer Stunde einmal zuzuhören, auch wenn es schwerfällt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Beifall von Benedikt Lux (Grüne) –
Zuruf von Dr. Martin Lindner (FDP)]

Ich werde Ihnen, Herr Lindner, aufmerksam zuhören, obwohl ich weiß, was Sie sagen werden.

Das Gericht war – auch juristisch – in einer sehr schwierigen Lage. Das wissen wir, und ich habe Verständnis dafür, dass das Gericht grundsätzlich urteilen musste, weil andere Klagen des Saarlandes und Bremens anhängig sind. Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein stehen bestimmt schon vor der Tür. Deshalb musste es auch grundsätzlich sein. In dem komplexen System der bundesstaatlichen Finanzen weiß auch jeder, wie viele Länder dann einen ähnlichen Weg wie Berlin gegangen wären.

Die Klarheit dieses Urteils lässt Berlin allein. Aber wir in Berlin kennen dieses Gefühl des Alleingelassenseins. Die Älteren haben einschneidende Ereignisse wie die Blockade Berlins oder den Mauerbau noch persönlich erlebt. Und sie erinnern sich, wie nach dem 13. August 1961 der amerikanische Vizepräsident Johnson von jenseits des Atlantik schneller an der Spree war als Adenauer, der erst noch den Rhein überqueren musste.

[Zuruf von der CDU: Unfassbar!]

Natürlich ist die Lage heute anders, aber das Gefühl ist ein bisschen wie damals: Außerhalb Deutschlands – von New York über London, Paris und Warschau bis Moskau, Peking und Tokio – gilt Berlin als attraktiv, als spannende und dynamische Metropole mit Zukunft. Im eigenen Land dagegen tut man sich schwer mit der eigenen Hauptstadt. Nur so kann ich manch schadenfrohe Reaktion auf das Urteil interpretieren.

Berlin antwortet darauf nicht mit Larmoyanz,

[Gelächter bei der CDU und der FDP –
Dr. Martin Lindner (FDP): Was machen Sie denn gerade?]

sondern mit Selbstbewusstsein und im Wissen wirklich erfahrener Geschichte. – Herr Lindner! Eine Rede hat einen Anfang und ein Ende. Hören Sie bitte bis zum Ende zu.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir wissen, dass hier die Konflikte deutscher Geschichte mehr zu spüren waren. Wir wissen auch, dass die Probleme der Gegenwart hier früher und deutlicher zu bemerken sind und daher auch früher gelöst werden müssen.

Die Debatte um die Rütli-Schule war keine Diskussion nur über ein Berliner Problem. Hier wurde exemplarisch etwas diskutiert, was unser ganzes Land angeht. Und deswegen sind wir mit der Problemlösung auch weiter als andere. Mit unserem neuen Schulgesetz haben wir als erstes Land die Konsequenz aus der PISA-Studie gezogen.

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

[Unruhe bei der CDU]

Oder denken wir an die Kitareform und das Quartiersmanagement: Niemand hat so viel getan wie wir. Es gibt keinen Grund, sich demütig der Arroganz von außen zu beugen: Schauen wir auf uns selbst und auf das, was wir können und was wir selbst tun!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Natürlich kann man die Ausstattung an Kitaplätzen als „Überausstattung“ bezeichnen, wie es das Gericht mit seinem Verweis auf Hamburg getan hat. Ich finde, wir können stolz darauf sein, dass wir in puncto Kita-Angebot in der Republik vorne liegen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Es wäre doch geradezu widersinnig, wenn wir uns jetzt von diesem Kurs verabschieden würden, da andere Länder und der Bund gerade damit beginnen, dem Berliner Vorbild zu folgen. Wie sagte die Familienministerin von der Leyen an die Adresse der Länder? – Ich zitiere:

Habt den Mut zu neuen Prioritäten! Senkt die Kita-Gebühren – oder noch besser: Schafft sie ganz ab!

Das hat die CDU-Ministerin von der Leyen gefordert, und Sie hat recht!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Stichwort Wissenschaft: Auch da kann man sehen, wie paradox das Karlsruher Urteil ist. Die Verfassungsrichter sprechen auch hier von einer „Überausstattung“. Gleichzeitig wissen wir alle, dass wir als rohstoffarmes Land noch sehr viel mehr in Bildung und Wissenschaft investieren und noch mehr Hochschulabsolventen hervorbringen müssen. Auf der Bundesebene wird gerade auf der Kultusministerkonferenz darüber diskutiert, 90 000 neue Studienplätze zu schaffen.

Wir bilden aus für andere. Wir zahlen für andere, weil sie ihre Kontingente nicht erfüllen, vor allem die reichen Länder wie Bayern und Baden-Württemberg. Denen soll jetzt 50 % gegeben werden – für Versäumnisse. Wir hingegen sollen keine Finanzierung für das bekommen, was wir schon überproportional ausgebildet haben. Das muss in der Republik zur Kenntnis genommen werden: Wo wir eine Überausstattung haben, leisten wir auch etwas für andere Länder.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Stichwort Kultur: Auch da sprechen die Verfassungsrichter von Überausstattung. Da werden wieder Vergleiche mit anderen Städten oder Ländern angestellt. Das kann man ja von außen vielleicht auch so sehen. Aber wir haben diese drei Opernhäuser nicht nur zu unserem eigenen Vergnügen, sondern auch, weil es dem Renommee unseres Landes dient. Auch da leistet die Hauptstadt eine Aufgabe für die gesamte Republik. Ich darf daran erinnern: Es heißt Staatsoper und nicht Stadtoper, und als solche ist sie damals auch gegründet worden.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Beifall von Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) und Dr.

Martin Lindner (FDP) –

Dr. Martin Lindner (FDP): Das ist das erste Richtige!]

Es steht fest, dass uns niemand bei der Bewältigung unserer Schuldenlast helfen wird. Berlin muss es aus eigener Kraft schaffen. Es wäre verfrüht, in der heutigen konstituierenden Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses schon fertige Lösungen auf den Tisch zu legen. Aber wir sehen schon in den ersten Reaktionen, wie schwer diese politische Prüfung für die ganze Stadt werden wird.

Was uns nicht weiterhilft, ist ein radikaler Kürzungsma-sochismus nach dem Motto: Jetzt aber ran, koste es, was es wolle – und sei es das Leben! Ebenso wenig können wir uns jetzt eine „Nützt ja doch alles nichts“-Haltung erlauben und vor dem Schuldenberg kapitulieren.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

– Bitte ein bisschen lauter bei den Grünen. Die sind ja die Sparkommissarinnen und -kommissare. Das habe ich allerdings von den Sondierungsverhandlungen anders in Erinnerung.

[Volker Ratzmann (Grüne): Wir haben Ihren
Kurs auch anders in Erinnerung!]

Ich denke, dass es in Berlin die alte Subventionsmentalität, die uns in mancher Äußerung von außen noch immer unterstellt wird, in dieser Form schon lange nicht mehr gibt. Dieser Senat hat in den letzten fünf Jahren einen Mentalitätswechsel geschafft.

[Oh! von der CDU]

Wir haben vieles verändert, was uns niemand zugetraut hätte. Dabei haben uns viele unterstützt. Die Opposition nicht so richtig, aber viele Organisationen, Institutionen und Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Unser Kurs in den vergangenen Jahren war richtig, und er bleibt auch nach dem Urteil richtig. Gescheitert ist die Klage, nicht unsere Politik.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Das ist ja lächerlich!]

Was ist nun zu tun? – Eine große Wegstrecke bei der Konsolidierung unseres Haushalts haben wir schon zurückgelegt. Das wird ja in diesen Tagen manchmal vergessen. Verglichen mit dem Jahr 2002 konnten wir die Neuverschuldung halbieren. Wir haben die Primärausgaben um über eine Milliarde Euro abgesenkt und die Steuereinnahmen sind um eine halbe Milliarde Euro seit 2002 gestiegen. Die aktuelle konjunkturelle Entwicklung wird uns helfen, und auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer im nächsten Jahr bringt zusätzliche Einnahmen in den Haushalt. Gott sei dank werden wir auch in diesem Jahr zusätzliche Steuereinnahmen haben. Die brauchen wir auch dringend.

Wir werden den eingeschlagenen Weg der Konsolidierung konsequent weitergehen und alles tun, um die Neuverschuldung so gering wie möglich zu halten. Nur klar ist auch, dass der Weg nicht einfacher, sondern steiniger geworden ist. Der Schlüssel ist eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und damit die

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

rung der wirtschaftlichen Lage und damit die Verringerung von Arbeitslosigkeit und Transferzahlungen. Ohne diese bessere Entwicklung, die sich abzeichnet, werden wir uns selber nicht helfen können. Das bleibt auch eine Wahrheit und eine Erkenntnis, die wir bereits vor Karlsruhe hatten.

Wir werden in dem einen oder anderen Bereich trotz Karlsruhe investieren und mehr ausgeben müssen als andere Länder. Zum Teil, weil wir dies aufgrund bundesgesetzlicher Vorgaben tun müssen. Ein Beispiel sind mit 820 Millionen € die höheren Ausgaben bei Hartz IV im Vergleich zu Hamburg, die man uns vorgehalten hat. Diese Ausgaben tätigen wir doch nicht, weil wir glauben, dass die Menschen etwas zusätzlich bekommen müssen, sondern weil es zur Lebenserhaltung notwendig ist, dass diese Sozialhilfesätze gezahlt werden.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zuruf von der CDU und der FDP]

Ein Vergleich mit dem reichen Hamburg, das eine deutlich niedrigere Arbeitslosigkeit hat, ist etwas merkwürdig – vorsichtig ausgedrückt. Hier können wir keine Kürzungen vornehmen. Es wäre fatal, wenn man glaubte, man könne in diesem Bereich den Bundesgesetzgeber auffordern, seine Minimalsätze noch weiter zu senken. Das würde nicht nur Berlin, sondern die gesamte Republik nicht verkraften.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir müssen auch dort, wo es politisch nötig und gut begründbar ist, Mehrausgaben machen.

Natürlich gehört im Lichte der Karlsruher Entscheidung alles noch einmal auf den Prüfstand. Wir werden in den nächsten Jahren harte Haushaltsberatungen haben, aber es ist kein Trotz, wenn wir an bestimmten Entscheidungen festhalten, auch wenn Karlsruhe etwas anderes meint. Das Urteil ist wichtig, aber keine Bibel, aus der jede Politik abzuleiten wäre.

Politik bleibt auch nach Karlsruhe die Kunst des Möglichen. Wir müssen abwägen, was für unsere Stadt das Beste ist: Einerseits wollen wir unseren Kindern nicht nur Schulden hinterlassen, andererseits müssen wir sie aber auch so ausbilden, dass sie mithalten können. Einerseits sind unsere Ausgaben für Wissenschaft und Forschung hoch, andererseits liegt da die Chance für künftige Arbeitsplätze.

In den laufenden Koalitionsverhandlungen haben wir zum Haushalt einige Weichen gestellt. Wir standen und stehen vor der Aufgabe, Einnahmen zu verbessern und Ausgaben zu senken, ohne die Zukunftschancen der Stadt zu beeinträchtigen. Also: Intelligenter Ressourceneinsatz und Abwägung im Einzelfall, statt mit der großen Sense alles niederzumähen! Das ist die Devise, und dazu stehen wir auch, und zwar auch dann, wenn andere etwas anderes wollen. Wir verteidigen auch das, was in dieser Stadt sozial gerechtfertigt und notwendig ist und was Zukunftsin-

vestitionen für diese Stadt ermöglicht. Dies müssen wir auch bei dieser Haushaltssituation gewährleisten.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Der Weiterbau der U 5 wird aufgeschoben. Hierüber werden wir mit dem Bund verhandeln müssen. Grunderwerbssteuer und Grundsteuer werden maßvoll erhöht. Bei der Gewerbesteuer – Herr Lindner, das haben uns im Übrigen auch die Karlsruher Richter nahegelegt –

[Dr. Martin Lindner (FDP): Ich komme darauf!]

– Sie kommen bestimmt darauf und werden es für falsch halten, was uns die Karlsruher Richter nahegelegt haben. Und da haben Sie recht. Wir haben das abgewogen, ob die Gewerbesteuererhöhung sinnvoll ist oder eher dem Wirtschaftsstandort schadet.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Gegen den
Wirtschaftssenator!]

Wir wissen alle, dass die Faktoren bei der Gewerbesteuer nicht allein den Ausschlag geben. Aber psychologisch wäre es bei Neuansiedlungen ein Argument unserer Standortkonkurrenten gegen den Standort Berlin, wenn wir dieses Signal setzen würden. Deshalb haben wir in dieser Verantwortung gesagt: Die Gewerbesteuer wird nicht erhöht. – Dazu stehen wir genauso wie zu einer Politik gegen einen Kahlschlag im sozialen Bereich.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Abwägen mussten wir auch die Hinweise zur Vermögensaktivierung bzw. zum Verkauf von Landesvermögen.

[Mario Czaja (CDU): Hört, hört!]

Wir haben beschlossen, über den Verkauf der Gewerbesiedlungsgesellschaft ernsthaft zu reden und Entscheidungen zu treffen.

[Zuruf von Joachim Eßer (Grüne) –
Weitere Zurufe]

– Ja, darüber zu reden, und zwar aus einem einfachen Grund: Es nutzt uns nichts, wenn die IBB die Gewerbesiedlungsgesellschaft verkauft und dabei für den Landeshaushalt nichts herauskommt. Dann macht das keinen Sinn, und deshalb müssen die Dinge vorher geklärt werden. Wir werden also den Vorschlag gewissenhaft prüfen und dann entscheiden.

Hinsichtlich der Wohnungsbaugesellschaften sind sich beide Koalitionspartner einig: Wir haben die GSW in der letzten Legislaturperiode verkauft, jetzt wollen wir den verbleibenden Bestand an städtischen Wohnungen erhalten. Das ist eine klare politische Entscheidung. Das haben wir im Wahlkampf gesagt, und das sagen wir auch jetzt. Dazu stehen wir, und das werden wir auch durchsetzen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Dr. Martin Lindner (FDP): Und Mieterhöhungen! –
Weitere Zurufe von der CDU und der FDP]

Und auch bezüglich der anderen Felder öffentlicher Daseinsvorsorge gehen wir mit einer klaren Ansage in die neue Koalition: Die Wasserversorgung, die Gesundheits-

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

versorgung, die Stadtreinigung und den öffentlichen Personennahverkehr sicherzustellen, das bleibt eine originäre Aufgabe der öffentlichen Hand. Auch da gehen wir nicht den Weg des Kahlschlags. Wir sagen nicht, dass es nur um der Ideologie willen eine Privatisierung um jeden Preis geben soll, sondern wir wollen, dass in dieser Stadt ein Einfluss der Politik auf die Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge da ist – im Interesse der sozialen Gerechtigkeit. Deshalb halten wir unser Eigentum an diesen Unternehmen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zurufe von den Grünen und der FDP]

Das Verfassungsgericht verneint die Notwendigkeit einer Sanierungshilfe für Berlin, und doch bleibt die Frage, der sich niemand entziehen kann: Was ist der Republik die Hauptstadt wert, und was für eine Hauptstadt will sie sich leisten?

[Zuruf von Michael Schäfer (Grüne)]

Wir werden in den nächsten Wochen detailliert klären müssen, auf welchen Feldern der Bund und die anderen Länder Berliner Leistungen in Anspruch nehmen, ohne dafür eine Gegenleistung bzw. die volle Gegenleistung zu erbringen. Berlin gibt 106 Millionen € pro Jahr für die Sicherheit der Hauptstadt aus und bekommt vom Bund dafür nur 38 Millionen € erstattet: Wenn es bei uns nach knallharten Businessprinzipien gehen soll, dann muss hier eben die Rechnung gestellt werden. Wir haben auch in dem Bereich nichts zu verschenken. Wer uns Verschwendung vorwirft, muss auf der anderen Seite auch sicher sein, dass in Rechnung gestellt wird, wo Berlin für andere Leistungen erbringt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Berlin geht nicht nur alle etwas an, sondern Berlin hat der Republik auch eine Menge zu bieten. Das ist inzwischen Gemeingut und wird durch die neue Hauptstadtklausel im Grundgesetz anerkannt. Jetzt wird es darum gehen, die Klausel mit Leben zu erfüllen und die zusätzlichen Hauptstadtkosten auf eine solide, auskömmliche Basis zu stellen.

Ich sage auch hierzu ausdrücklich – und Herr Pflüger als ehemaliges Mitglied der Bundesregierung weiß das ganz genau –: Es wird nicht leicht sein – egal, bei welcher der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien –, dafür eine Sensibilisierung zu erreichen. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein: Es wird die Aufgabe aller Parteien dieses Hauses sein, bei ihren Bundesparteien dafür zu werben, dass die Mehrkosten, die durch die Hauptstadtfunktion bedingt sind, auch erstattet werden.

Ein Hinweis: Bonn hat jahrelang Subventionen bekommen, ohne dass einer mit der Wimper gezuckt hat. Wenn Berlin etwas bekommen soll – das weniger ist, als jene Subventionen –, wird das grundsätzlich infrage gestellt. Auch dieses Bewusstsein muss sich verändern.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Beifall von Frank Henkel (CDU) –
Zuruf von Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)]

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zeigt wieder einmal mit aller Schärfe, dass die eigentliche Reform des deutschen Föderalismus noch aussteht. Wir haben die Föderalismusdebatte I hinter uns gebracht. Für einige war das zu wenig, für andere war das schon wieder zu viel, was dort vereinbart worden ist. Sie muss allerdings auch mit der neuen Gegenrichtung bei Vorstößen der Geberländer rechnen, wenn eine Diskussion über einen neuen Finanzausgleich geführt wird.

Denn das Urteil zeigt: Allen Ländern, die finanziell nicht gut dastehen, weht inzwischen ein rauer Wind ins Gesicht. Das betrifft nicht nur Berlin. Es wird daher nicht nur um die Verlagerung von Zuständigkeiten und die Vereinfachung des Systems gehen können, sondern um den Grundsatz der Gerechtigkeit, um den Zusammenhalt in der Republik und darum, dass die Gleichheit der Lebensbedingungen auch in Zukunft Maßstab einer vernünftigen, modernen bundesstaatlichen Ordnung ist. Deshalb setzen wir uns im Rahmen der Föderalismusreform II für ein solidarisches System ein, in dem auch mit den schwächeren Gliedern des Bundesstaates fair umgegangen wird. Einen hemmungslosen Wettbewerbsföderalismus werden wir nicht unterstützen. Der ist mit uns nicht zu machen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Dr. Martin Lindner (FDP):
Alles nicht – nicht, nicht, nicht!]

Ich habe mich schon gewundert, dass gerade die neuen Länder infolge des Karlsruher Urteils nicht begriffen haben, in welcher Lage sie sich selber befinden, wenn die Solidarpaktmittel bis 2019 kontinuierlich abgebaut werden. Ich habe mich auch gewundert, dass die Vertreter des Landes Brandenburg zehn Minuten nach der Urteilsverkündung sofort den Gedanken der Fusion aufgegeben haben. Dies halte ich nach wie vor für falsch. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass ein gemeinsames Land besser wäre, und zwar nicht nur für die Entwicklung Berlins, sondern auch die der gesamten Republik.

[Beifall aller Fraktionen]

Wir haben in den letzten Jahren viel bewegt, um Berlin auf eigene Füße zu stellen: Mit der Sanierung der öffentlichen Unternehmen, mit der Effektivierung unserer Wirtschaftsförderung, mit der Ausrichtung unserer Forschungs- und Technologiepolitik auf die Zukunftsfelder der Stadt, mit der Reform der Hochschulmedizin und unseres Bildungswesens! – Wir werden alles tun, damit in den nächsten Jahren die Saat unserer Strukturveränderungen aufgeht, damit aus Wissen und Kreativität noch mehr Arbeit wird. Das sind die wichtigsten Rohstoffe, über die Berlin verfügt.

Das Bundesverfassungsgericht hat in unserem Staatsaufbau eine wichtige Rolle. Es hat diese Rolle wahrgenommen, in diesem Fall gegen Berlin. Die SPD und ich als Regierender Bürgermeister haben von den Bürgerinnen

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

und Bürgern am 17. September den Regierungsauftrag erhalten, um den sozialen Frieden zu bewahren und die Integration in der Stadt zu fördern. Wir sind gewählt worden, um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung zu schaffen. Und wir sind gewählt worden, um die innere Sicherheit in der Hauptstadt zu gewährleisten. Dieser Wählerauftrag gilt für mich persönlich, und er gilt für die Parteien, die den neuen Senat bilden werden. Diese Verantwortung kann uns niemand abnehmen, und wir werden dieser Verantwortung gerecht werden.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Die Grundlagen sind gelegt. Berlin hat den Mentalitätswechsel geschafft. Die Berlinerinnen und Berliner haben eine enorme Opferbereitschaft gezeigt. Diese enorme gemeinsame Leistung sollte uns alle nicht nur stolz machen, sondern auch mutig. Jetzt geht es darum, den Kurs der Vernunft fortzusetzen. Es geht nicht um eine Abkehr vom Konsolidierungskurs, sondern darum, dass die begonnene Konsolidierung dauerhaft wirkt. Und das schafft man nicht mit kurzfristigem Aktionismus, mit dem überstürzten Verkauf von Vermögen oder mit einem radikalen Kurswechsel.

Ich vertraue auf die Kraft, die in Berlin steckt. Auf die Kreativität, für die Berlin berühmt ist und die uns hilft, mit schwierigen Situationen umzugehen. Auf sie werden wir bauen. Viele Bürgerinnen und Bürger machen sich nach dem Karlsruher Urteil Sorgen und geben uns wichtige Ratschläge. Viele Institutionen, Organisationen und Verbände tun das ebenfalls. Auch über die Stadt hinaus gibt es viele, die wissen, wie wichtig eine Hauptstadt ist, die auf das ganze Land ausstrahlt. Und es gibt auch viele, die sich sehr wohl bewusst sind, was wir in Berlin in den letzten Jahren geleistet haben. Ein Beispiel von heute Morgen: Es war der Staatspräsident der Republik Benin da und parallel eine Besuchergruppe eines Bundestagsabgeordneten aus Warendorf. Beide Gruppen waren von dieser Stadt begeistert und haben sich faszinieren lassen. Das ist auch die Wahrheit. Neben der Häme und der Abgrenzung gibt es Menschen im In- und Ausland, die auf Berlin bauen und stolz darauf sind, dass Deutschland diese Hauptstadt hat.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Ich danke allen, die nach diesem schweren Urteil in Solidarität zu uns gestanden haben. Ich bedanke mich auch bei denen, die sich im Wege eines bürgerschaftlichen Engagements in die Debatten einbringen wollen. Nicht alle Ratschläge können befolgt werden. Sie müssen abgewogen werden. Wir werden alle Ratschläge prüfen und in den Dialog mit denen eintreten, die glauben, gute Rezepte für die Weiterentwicklung dieser Stadt zu haben. Wir sind nicht der Meinung, wir könnten alles allein oder besser, aber die politische Abwägung muss eine Regierung bzw. ein Parlament treffen. Darum kommen wir nicht umhin. Wir haben diese Abwägung getroffen und werden sie für die nächste Legislaturperiode in der Koalitionsvereinbarung festlegen. Wir legen ein deutliches Bekenntnis zu sozialer Gerechtigkeit und Zukunftsinvestitionen in Kitas,

Bildung, Hochschulen und Ausbildung für eine Generationengerechtigkeit in Berlin, der Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, ab.

Ich bitte Sie um ihre Unterstützung für die Zukunft Berlins. Ich bin sicher, dass Berlin auch diese Krise bewältigen wird. Wir haben allen Grund, auf das stolz zu sein, was wir aus eigener Kraft geschaffen haben. Ich bin sicher: Berlin wird es schaffen!

[Anhaltender Beifall bei der SPD
und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Wir kommen jetzt zur Aussprache mit einer Redezeit von 30 Minuten, die sich an der Redezeit des Regierenden Bürgermeisters orientiert. Die Beratung kann in freier Zeitaufteilung in maximal zwei Redebeiträgen erfolgen. Jetzt spricht der Vorsitzende der CDU-Fraktion. – Bitte schön, Herr Pflüger!

Dr. Friedbert Pflüger (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Heute halte ich meine Jungfernrede hier im Abgeordnetenhaus. Ich habe in der letzten Woche mein Amt als Staatssekretär der Bundesregierung aufgegeben, um mich ganz auf Berlin zu konzentrieren. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, auf kontroverse Debatten zum Wohle unserer Hauptstadt und aller Berlinerinnen und Berliner.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD,
der Linksfraktion und den Grünen]

Hermann Hesse sagte: Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne. – Ich merke gerade etwas von dem Zauber der Berliner Parteien- und Fraktionslandschaft, auch vom Zauber der eigenen Partei. Es ist ein schönes Gefühl, eine neue Aufgabe hier im Abgeordnetenhaus anzufangen. Ich muss allerdings sagen, Herr Regierender Bürgermeister: Von Ihrer Rede ging heute keine Kraft, sicher kein Zauber aus.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Das ist schade, denn Berlin ist in einer ungewöhnlich schwierigen Situation. Ich habe keine Vision gehört, keinen Appell: Lasst uns alle zusammenhalten und diese Aufgabe annehmen! Ich habe vielmehr einen Mix aus „Weiter so!“, Trotzreaktion und mangelnder Führung erlebt. Ich glaube, dass Sie heute angesichts der enormen Herausforderung, die das Karlsruher Urteil an uns alle stellt, zu kurzgesprungen sind.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Zunächst zu den Aspekten, bei denen ich Ihnen und dem Kollegen Lehmann-Brauns mit seiner eindrucksvollen Rede zustimme: Ich finde auch, dass das Urteil die Berliner Sonderlage zu wenig würdigt. Das Gericht sagte, der Bund und die Länder könnten nicht für die Fehler der

Dr. Friedbert Pflüger

Berliner Stadtpolitik entstehen. Das hat aber auch niemand verlangt. Mit unseren Fehlern werden wir alleine fertig, gleich welcher Senat sie begeht. Aber das, was die eigentliche Herausforderung, der Hauptgrund für den Schuldenberg in Höhe von 60 Milliarden € ist, können wir trotz aller Appelle an die eigenen Kräfte der Berliner, die wir gerne mobilisieren wollen, nicht allein schaffen. Das ist nicht unsere Schuld. Es gibt natürlich auch Dinge, die Berliner Parteien gemeinsam falsch gemacht haben, aber im Wesentlichen liegt unsere schwierige Lage an der Tatsache, dass unsere Stadt geteilt war, dass wir Doppelstrukturen übernehmen mussten, dass Berlinförderung und -hilfe nach der Wende zu schnell zurückgeführt wurden. Das hat eine enorme Last für die Stadt gebracht.

Hinzu kommt der Punkt, dass wir damals gesagt haben: Wir müssen es in dieser Stadt möglich machen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Ost und West zu zahlen. Das war richtig und notwendig. Das verstehen die Leute in Bayern und Baden-Württemberg bis heute nicht. Aber wenn man in einer Stadt wie Berlin lebt, dann geht es eben nicht an, dass der Müllmann aus Kreuzberg, der auf dem gleichen Wagen sitzt wie der aus Friedrichshain, nicht das Gleiche verdient. Es war richtig, diesen Weg zu gehen. Den musste man in Berlin gehen. Das hätte das Gericht sehen müssen.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Das Gericht hat diese Sondersituation in Berlin nicht ausreichend gewürdigt.

Aber, Herr Regierender Bürgermeister, dennoch hilft die Urteilschelte wenig. Lesen Sie das Gerichtsurteil nach. Auf Seite 101 steht folgender Satz:

Dass die besondere Lage Berlins als weder reines altes Land noch reines neues Land eine andere Betrachtung gebietet, hat der Antragsteller, der Senat von Berlin, nicht nachvollziehbar dargelegt.

[Andreas Gram (CDU): Aha!]

Es ist Ihnen einfach nicht gelungen, diesen wesentlichen Punkt, über den wir gerade Einverständnis erzielt haben, dem Gericht deutlich zu machen. Das ist nicht das Versäumnis des Gerichts, sondern des Senats und seiner Antragsbegründung.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Schlimm ist, dass es Ihnen auch nicht gelungen ist, die deutsche Öffentlichkeit, die Kommentatoren, die Ministerpräsidenten, die Bundesregierung, nicht einmal den von Ihrer eigenen Partei gestellten Bundesfinanzminister davon zu überzeugen. Ich glaube, wir hätten parallel zu der Klage, die von Anfang an von meiner Fraktion unterstützt wurde, in ganz Deutschland eine Aufklärungskampagne starten müssen, warum wir diese Klage einreichen. Nicht, weil wir so sind wie das Saarland und Hamburg, sondern weil wir die lange geteilte Hauptstadt Deutschlands sind, die Anspruch auf die Hilfe der anderen hat. Das haben Sie

nicht gemacht. Das war ein unverzeihlicher Fehler, wie sich dieser Tage herausgestellt hat.

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Anstatt zu werben, haben Sie es vorgezogen zu provozieren. Sie haben eben selbst Ihren Vorschlag, den Sie kurz vor der Wahl gemacht haben, angesprochen, nämlich drei gebührenfreie Kitajahre einzuführen.

[Burgunde Grosse (SPD): Das ist doch richtig!]

– Natürlich ist die Forderung an sich richtig. Sie haben Ursula von der Leyen zitiert. Meine Fraktion hat auch immer gesagt, dass das als Ziel wünschenswert ist. – Wenn ich mich in die Lage der Richter, der anderen Bundesländer, der Ministerpräsidenten versetze, die im Sommer zusammenkommen und die Linie dieser Urteilsbegründung besprechen und plötzlich mit einer Agenturmeldung konfrontiert werden, die besagt, dass Wowereit genug Geld hat, um mal eben so drei gebührenfreie Kitajahre anzukündigen, dann kann ich verstehen, dass sich die Leute auf den Arm genommen fühlen. Sie, Herr Bürgermeister, haben in Ihren Wahlversammlungen immer gesagt: Ich will euch nicht verscheißern. – So haben Sie sich laut „Berliner Zeitung“ ausgedrückt: Wenn ich in fünf Jahren nicht wiederkomme und dieses Wahlversprechen erfüllt habe, dann könnt ihr sagen „Wowi, du hast uns verscheißert.“ Wissen Sie, wer sich – um in Ihrer Sprache zu bleiben – „verscheißert“ gefühlt hat? – Das Gericht. Sie klagen auf Haushaltsnotlage und ziehen neue Spendierhosen an und machen Versprechungen. Das ist ein falscher Weg, und das hat das Gericht als Provokation aufgefasst.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP –
Zuruf von Burgunde Grosse (SPD)]

Ich finde, dass spätestens nach diesem Vorstoß der Berliner Antrag viel von seiner Glaubwürdigkeit verloren hat. Die anderen Ministerpräsidenten haben danach gefragt: Weshalb klagen die auf Hilfen von uns, wenn sie Dinge einführen wollen und versprechen, die wir selbst unseren Bürgern und Bürgerinnen vorenthalten? – Das können Sie niemandem erklären. Deshalb war es strategisch und taktisch unklug, das vor der Wahl zu machen. Sie wollten Stimmen sammeln, haben damit aber der Stadt geschadet, Herr Regierender Bürgermeister!

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Dann haben Sie erklärt, Sie könnten sich mehr der Bundespolitik zuwenden, denn in Berlin seien die Trümmer weggeräumt. Was soll denn da weggeräumt sein? – Sie stehen vor den Trümmern Ihrer Politik. Größer war der Trümmerberg lange nicht, wie jetzt in dieser Situation.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Ich glaube, das alles hatte viel mit Wahlkampf zu tun. Sie wollten in Berlin das Gefühl verbreiten, es sei alles in Ordnung. Es ist aber eben nicht alles in Ordnung. Ich will Ihnen in Erinnerung rufen, was Sie gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ am 12. Febru-

Dr. Friedbert Pflüger

ar 2006 auf die Frage, wie Berlin 2015 aussehen werde, geantwortet haben:

Die Stadt hat dann keine finanziellen Probleme mehr.

[Heiterkeit bei der CDU und den Grünen]

Die Schulden sind durch die erfolgreiche Klage vor dem Bundesverfassungsgericht deutlich reduziert.

[Andreas Gram (CDU): Ein Prophet! –
Mieke Senftleben (FDP): Aha!]

Sie befinden sich durch die Hilfe des Bundes und der anderen Länder auf einem Niveau, das Berlin aus eigener Kraft gestalten kann.

Dieses Klima, Herr Regierender Bürgermeister, haben Sie verbreitet: Wir bekommen 34 Milliarden € War das Naivität oder Täuschung im Wahljahr, Herr Regierender Bürgermeister?

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Das Urteil ist für uns in Berlin nicht schön. Keiner kann das mit Schadenfreude sehen. Aber es gehört zur ganzen Wahrheit dazu, dass es auch eine dramatische Niederlage des rot-roten Senats ist. Es ist eine dramatische Niederlage, die stärkstmögliche Klatsche, die je ein Regierungschef vom höchsten deutschen Gericht empfangen hat.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Noch schlimmer fast als das Urteil ist das, was wir auch sehen und beobachten: die schleichende Entsolidarisierung mit der Hauptstadt. Sie haben recht, wenn jemand aus Benin kommt oder aus irgendeinem Teil Deutschlands – aus Warendorf oder sonst woher –: Natürlich ist Berlin eine tolle Stadt. Jeder findet Berlin toll. Aber trotzdem, lesen Sie die Kommentare. Die Leute finden Berlin schön als Tourismusstadt, als Kulturstadt, als Wissenschaftsstadt, aber gleichwohl sagen sie landauf landab, es handele sich um ein Fass ohne Boden. Es mag richtig sein, dass Herr Wolf es als Person geschafft hat, bei den Wirtschaftsverbänden einiges von dem Misstrauen gegenüber der PDS abzubauen, aber zur Wahrheit gehört eben auch, dass im Bund, bei den Bundesbürgern dieses Misstrauen nach wie vor besteht. Gucken Sie auf die Häme in den Kommentaren bis hin zum „Spiegel“ in dieser Woche. Die Kommentatoren glauben nicht, dass Rot-Rot es schaffen kann, dass Sie in der Lage sind, das Ruder herumzureißen. Deswegen sind sie so zugeknöpft gegenüber den Forderungen aus Berlin. Mit Rot-Rot werden Sie es nicht schaffen, Herr Regierender Bürgermeister, das sage ich Ihnen voraus.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP –
Zuruf von Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion)]

Sie haben eben über Herrn Platzeck gesprochen. Das muss doch nun wirklich ein Alarmsignal sein, dass nicht nur Herr Stoiber und die anderen CDU-Ministerpräsidenten mit viel zu viel Häme Kritik geübt haben – und von denen wir mehr Solidarität erwarten –, sondern es ist

Ihr – unser – direkter Nachbar. Mit Herrn Platzeck haben Sie gerade beim Großflughafen BBI gemeinsam die Schaufeln angehoben, ein tolles Ereignis noch kurz vor den Wahlen. Herr Platzeck sagt Ihnen – wo wir Tegel aufgeben wollen, wo Sie Tempelhof schließen wollen, wo wir nach Brandenburg gehen, dort Arbeitsplätze und Steueraufkommen schaffen – hämisch: Länderfusion, das könnt ihr vergessen! – Das ist doch ein Schlag in das Kontor.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Hier findet Entsolidarisierung statt, und dafür tragen Sie ein großes Stück Verantwortung.

Einer muss sich fragen, ob er eigentlich so weitermachen kann, das ist der Finanzsenator Dr. Sarrazin. Sie haben sich einen Ruf erworben, Herr Sarrazin. Sie sind der Sanierer, Sie sind hart vorangegangen. Wir finden zwar, dass dies einige Male zu oft mit dem Rasenmäher geschehen ist, aber Sie haben einen klaren Kurs gehabt. Dass Sie diesen Versuch unternommen haben, ehrt Sie persönlich. Aber jetzt müssen Sie uns verraten, wie Sie in einer Koalition weiterarbeiten wollen, in der der Partner PDS sagt, das Ziel, im Jahr 2011 einen verfassungsmäßigen Haushalt zu erreichen, sei für ihn kein Ziel, das er unterschreibe. Nicht nur, dass der jetzige Haushalt nach dem Karlsruher Spruch nicht verfassungsgemäß ist, nein, die PDS sagt, das Ziel an sich, einem Parlament einen verfassungsmäßigen Haushalt vorzulegen, trägt nicht. Ich kann nur sagen: Herr Sarrazin, Sie haben auch einen Ruf zu verlieren. Mit solchen Leuten kann man nicht in einer Demokratie koalieren, das geht nicht. Zumindest das Ziel muss aufrechterhalten werden.

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Wie lauten die bisherigen Vorschläge zum Sparen? – In der Presse ist zu lesen, Herr Sarrazin geht in die Koalitionsverhandlungen und legt Vorschläge zur Konsolidierung in Höhe von 1 Milliarde € auf den Tisch. Heraus kommt er aus den Verhandlungen mit 50 Millionen € Mehrausgaben. Angesichts dessen müssen Sie sich fragen, Herr Sarrazin, ob Sie schizophoren werden wollen, wenn Sie weiterhin in dieser Regierung mitarbeiten. Was wir bisher von den Koalitionsverhandlungen hören, ist alles andere als eine in sich stimmige Antwort.

[Beifall bei der CDU –

Beifall von Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)
und Volker Ratzmann (Grüne)]

Herr Müller! Ich gebe zu, es ist unendlich schwer, und es wäre für jeden von uns schwer.

[Martina Michels (Linksfraktion): Jetzt sagen Sie, wie!]

Aber Sie regieren, Sie haben diesen Anspruch, Sie haben die Verantwortung auf sich genommen.

[Martina Michels (Linksfraktion):
Machen Sie Vorschläge!]

Deshalb sage ich: So werden Sie die Probleme Berlins nicht lösen können.

Dr. Friedbert Pflüger

Wir sehen die Entsolidarisierung auch in anderen Bereichen – Exzellenzuniversitäten. Berlin ist nicht dabei. „bread and butter“ geht. Das, Herr Wowereit, ist nun wirklich etwas, wo Sie überlegen müssen, ob es nicht langsam gefährlich wird. Als die großen Industrieunternehmen gegangen sind, haben Sie gesagt, wir befänden uns in postindustriellen Zeiten, das hänge mit der Globalisierung zusammen, und Sie haben das postindustrielle Zeitalter in Berlin ausgerufen. Jetzt jedoch gehen Ihre ureigensten Bereiche wie Mode weg. Passen Sie auf, eines Tages stehen Sie hier allein mit der Love Parade und dem Christopher Street Day. Das wollen wir nicht, das müssen wir verhindern.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Im „Tagesspiegel“ erklären Sie am 24. Oktober:

Weil wir keine Hilfe bekommen, sind wir jetzt völlig frei in unserem Handeln.

An diesem Satz ist so ziemlich alles falsch. Zunächst einmal: Wieso bekommen wir keine Hilfen? – Das Land Berlin erhält nach wie vor 5 Milliarden € aus dem Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen. 5 Milliarden € sind bei einem Haushalt mit einem Volumen von 20 Milliarden € kein Pappentstiel.

Herr Müller war dabei, wir haben sogar nebeneinander gesessen, wir haben die Eröffnung des Bode-Museums gefeiert – ein fantastisches Museum. Was tut der Bund nicht alles für die Museumsinsel. – Staatsoper. Sie haben gefordert, der Bund müsse jetzt etwas für die Staatsoper tun. Der Bund tut etwas dafür. Ich habe mich mit Frau Grütters zusammen dafür eingesetzt. 50 Millionen € haben wir sogar noch im Wahlkampf zugesagt. Daran sehen Sie, dass uns die Stadt Berlin wichtiger ist als der Wahlkampf. Der Unternehmer Dussmann hat eine Initiative gestartet, die bringt 30 Millionen € ein. Jetzt brauchen wir noch zusätzlich 30 Millionen € Anstatt dass Sie sich mit uns gemeinsam Gedanken darüber machen, wie wir diese Summe aufbringen können, werfen Sie dem Bund alles vor die Füße und fordern: Übernehmt das Ganze. – So kann man die anderen nicht von der Seriosität des Antrags auf Entschuldungshilfe überzeugen. Das ist der falsche Weg. Wir werden die Oper erhalten, aber nicht auf diese Art und Weise des Trotzens. Das führt in die Sackgasse, Herr Regierender Bürgermeister!

[Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP]

Sind wir wirklich frei? – Wir sind in der Schuldenfalle gefangen, das ist doch die Wahrheit! Diese Wahrheit ist überaus traurig. Der Finanzsenator weiß das. Ganz egal, was wir machen, es wird Jahrzehnte dauern. Wenn wir jetzt nicht die richtigen Entscheidungen treffen, werden das unsere Kinder und spätestens unsere Enkel massiv zu spüren bekommen.

Im Jahr 2001, als Sie angefangen haben, Herr Wowereit, hatte Berlin 40 Milliarden € Schulden. Heute sind es über 60 Milliarden € Schulden. Das ist eine Steigerung um 50 %, also um die Hälfte in nur fünf Jahren. Im Jahr 2001

hat Berlin 2,1 Milliarden € Zinsen gezahlt. Heute bezahlen wir bereits 2,5 Milliarden € Zinsen. Das sind 400 Millionen €, die inzwischen für Bildung, Sicherheit und Soziales fehlen, ohne dass ein Euro des Schuldenberges getilgt worden wäre. Sie haben quasi das Geld von den Schulen zu den Banken umgebucht. Und dafür, dass es nur 400 Millionen € sind, müssen Sie noch dankbar sein, denn das Zinsniveau ist so niedrig, dass man fast sagen könnte, es ist das denkbar günstigste Zinsniveau.

Es wird sehr schwer werden. Wenn es so weitergeht, wie wir es jetzt hören, dann werden wir am Ende dieser Wahlperiode 75 Milliarden € Schulden haben. Sie können natürlich sagen, dass Sie jetzt ein Steueraufkommen haben, das ein wenig höher liegt. Dieser Auffassung können Sie selbstverständlich sein, sodass Sie noch ein bisschen länger weiterwursteln können. Aber ich sage Ihnen: Mit jedem Tag wird es weniger Spielräume für uns als Politiker geben, diese Stadt zu führen. Aber unsere Kinder und Enkel werden irgendwann vor einem gigantischen Schuldenberg stehen. Nein, Sie verschieben die Probleme unverantwortlicher Weise weiter in die Zukunft. Sie handeln jetzt nicht, das nehmen wir Ihnen übel, das wird Ihnen auch die Geschichte nicht verzeihen!

[Beifall bei der CDU und den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Sie haben ja völlig recht – wer wollte das bestreiten –, wenn Sie sagen: Die Hauptstadt ist auf Hilfe angewiesen. Selbstverständlich muss der Bund mehr als bisher tun. Ich bin sofort dafür, dass weitere Bundesministerien nach Berlin kommen. Das finde ich absolut richtig und notwendig. Im Übrigen weiß ich noch aus meiner Zeit aus dem Bundesministerium für Verteidigung, dass alle darüber fluchen, dass sie ständig pendeln müssen. Es ist nicht gut für eine Hauptstadt, wenn der eine Teil der Regierung da und der andere dort ist. Da müssen wir gemeinsam daran arbeiten. Das ist eine wesentliche Aufgabe!

Ich finde es richtig, dass Sie sich jetzt mit dem Bund über die Kanzlerlinie unterhalten. Aber bitte nicht in der Haltung: Das müssen die jetzt machen! – Sondern: Wie finden wir Wege? – Warum denken Sie nicht intensiver über Private-Public-Partnership nach, darüber, wie wir vielleicht generell mehr privates Kapital für die großen Probleme generieren können?

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Ha, ha!]

Was ist mit der inneren Sicherheit? – Da haben wir heute eine klare Ansage bekommen. Eine klare Ansage vonseiten der Bundesregierung, die ich bedauere, denn Berlin gibt sehr viel mehr aus für die innere Sicherheit in dieser Stadt, auch für die innere Sicherheit für die bundesbedingten Aufgaben, als es vom Bund zurückerhält. Eine völlig legitime Forderung! Aber bitte glauben Sie nicht, dass Sie mit dieser Grundhaltung: Nun macht mal! –, mit diesem Trotz, irgendetwas erreichen. Kommen Sie doch einfach auf uns alle zu, auch auf die Opposition, und sagen: Wie können wir das gemeinsam hinbekommen mit der Bundesregierung, dass wir mehr Mittel vom Bund be-

Dr. Friedbert Pflüger

kommen, um Berlins Aufgaben vor dem Hintergrund der notwendigen Hauptstadtaufgaben wirklich zu erfüllen?

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Toller Vorschlag!]

Ich sage Ihnen deutlich und in aller Form: Wir sind Opposition.

[Gelächter bei der Linksfraktion –
Beifall von Christian Gaebler (SPD)]

Das wissen wir, das haben wir verinnerlicht.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Stefan Liebich (Linksfraktion): Ha, ha!]

– Da sollten Sie jetzt nicht so hämisch sein! Wir wissen auch, Herr Gaebler, dass Opposition nicht nur Kritik heißt – das ist auch die Aufgabe der Opposition –, sondern dass es auch bedeutet, für die Stadt Verantwortung zu übernehmen, wenn es erforderlich wird. –

[Uwe Doering (Linksfraktion): Dann machen Sie doch mal einen Vorschlag!]

Wir sind bereit, mit dem Regierenden Bürgermeister konstruktive Gespräche zu führen, wenn er es denn will, und wenn er es entgegen der bisherigen Selbstgerechtigkeit für richtig hält, von seinem hohen Ross heruntersteigen und zu sagen: Jetzt ist das ganze Berlin und sind alle Parteien gefordert!

[Beifall bei der CDU, den Grünen und
der FDP]

Ich will Ihnen einige Punkte zu dem nennen, was wir für richtig halten.

Erstens: Wir brauchen bis zum Jahr 2011 einen verfassungskonformen Haushalt.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Das ist doch schon mal gut!]

Dieses Ziel muss festgeschrieben werden. Dazu, Herr Sarrazin, darf es nicht nur ein rhetorisches Bekunden geben, sondern es muss in dem, was die Koalition beschließt, klar werden, dass das eine Zielmarke ist, die Sie ernst nehmen. Der jetzige Haushalt ist zwar bereits heute nicht verfassungsmäßig, aber es ist absolut notwendig, dass dieses Ziel zukünftig eingehalten wird.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Wie schaffen Sie das?]

Ich sage Ihnen noch einmal, Herr Sarrazin: Kommen Sie mit Ihren Vorschlägen – das ist die Aufgabe der Regierung –, wir sind bereit – auch wenn es unpopulär werden sollte –, in dieser Stadt Verantwortung zu übernehmen!

Lesen Sie heute Herrn Zawotka im „Tagesspiegel“. Er schreibt:

[Jutta Matuschek (Linksfraktion): Eigene Vorschläge haben Sie wohl nicht?]

Nachhaltigkeit ist nicht nur ein gutes Prinzip für den Umweltschutz, sondern auch für die öffentlichen Finanzen. Der Regierende Bürgermeister

Wowereit sollte sich davor hüten, wichtige Verfassungsnormen aus Gründen der Koalitionsrason zu beschädigen. Die Vorschrift im Grundgesetz und in der Länderverfassung, dass die Neuverschuldung die staatlichen Investitionen nur in begründeten Ausnahmefällen überschreiten darf, ist keine lebensferne Norm, sondern schützt die nächste Generation vor der finanziellen Ausplünderung.

Genau das ist richtig!

[Beifall bei der CDU und den Grünen]

Wenn wir den Eindruck haben, dass Sie im Jahr 2011 keinen verfassungsmäßigen Haushalt vorlegen wollen, dann werden wir gegen diesen Haushalt klagen.

[Beifall bei der CDU]

Dann werden Sie die bittere Zeche für das, was Sie hier in diesen Tagen und Stunden nicht leisten, bezahlen müssen.

[Zuruf von Christian Gaebler (SPD) –
Zurufe von der Linksfraktion]

Zweitens: Nachdem die Klage abgewiesen worden ist, brauchen wir einen Hauptstadtpakt der Solidarität von Bund, Ländern und der Stadt Berlin.

[Zuruf von Wolfgang Brauer (Linksfraktion)]

Ich finde es gut, dass der Kollege Ratzmann eine Berlinkonferenz vorgeschlagen hat. Ich finde es gut, dass die Hertie-Stiftung „Hertie School of Governance“ mit renommierten Experten ein wichtiges Vorhaben gestartet und eine Vorlage gemacht hat, die wir übrigens in unserer Fraktion noch im November während einer Klausurtagung diskutieren werden.

Ich finde es gut, dass es eine Menge konstruktiver Vorschläge in der Stadt gibt, wie wir weiterkommen können. Wir müssen bei allem, was wir tun, Solidarität von Bund und Ländern erhalten. Und das nicht, weil wir es trotzig einfordern, sondern indem wir auf sie zugehen. Dass es eine Chance dafür gibt, hat der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff gezeigt. Er hat in der letzten Woche erklärt: Ja, Berlin hat Anspruch auf Hilfen des Bundes, denn es ist die Hauptstadt aller Deutschen! – Nehmen wir Herrn Wulff beim Wort und versuchen wir, daraus etwas für die ganze Stadt zu machen, gemeinsam und ohne Häme! Das sage ich in Richtung der Kollegin von der Linksfraktion.

[Beifall bei der CDU –
Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Wir warten noch immer auf Ihre Vorschläge!]

Drittens: Wir teilen die Auffassung, dass bei Schule, bei Kultur, bei Wissenschaft und Tourismus nicht gespart werden darf,

[Zurufe von der Linksfraktion –
Stefan Liebich (Linksfraktion): Ach!]

denn das sind die Lebensadern der Stadt. Sie sind tatsächlich von großer Bedeutung. Das gilt ebenso für die innere Sicherheit. Wer jetzt bei der inneren Sicherheit, bei der Polizei, weiter sparen will und den Rotstift anlegt, der

Dr. Friedbert Pflüger

macht unsere Stadt noch unsicherer. Das ist kein guter Punkt für den Standort Berlin!

[Beifall bei der CDU]

Viertens: Wir werden niemals die Probleme dieser Stadt in den Griff bekommen, wenn es uns nicht gelingt, wieder Wirtschafts- und Arbeitsplätze nach Berlin zu holen, neue Unternehmen anzusiedeln. Solange Rot-Rot in dieser Stadt regiert, wird das nicht möglich sein! Wenn Sie Tempelhof schließen, machen Sie das Schlimmste dafür! Sie geben an die Welt das Signal, dass diese Stadt nicht mehr an ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung glaubt.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Fünftens: Wir brauchen eine umfassende Verwaltungsreform. Warum haben Sie die eigentlich in der letzten Legislaturperiode zu Grabe getragen?

[Uwe Doering (Linksfraktion): Wie bitte?]

Sie ist so unendlich wichtig! Rainer Jacobs, Chef der Ideal Versicherung mit Sitz in Berlin, sagt:

Ich bin der festen Überzeugung, dass der Stadt mit der Art, wie hier Verwaltung betrieben wird, Milliarden an Investitionen vorenthalten werden.

Machen Sie die Verwaltung doch endlich schlanker! Ich bin, genau wie meine Fraktion, wie die meisten hier im Haus, für die Zweistufigkeit unserer Verwaltung. Aber dass man sie betriebswirtschaftlich besser ausrichten kann,

[Mieke Senftleben (FDP): Logisch!]

dass man Aufgabenkritik betreiben muss und dass man sie verschlanken kann, das ist in der Tat notwendig. Der Staat, so wie wir ihn bisher haben, ist einfach zu teuer. An diese Aufgabe gehen wir gemeinsam. Wir warten auf Ihre Vorschläge, Herr Sarrazin. Wir machen mit, wenn sie konkret und gut sind.

[Beifall bei der CDU]

Sechstens: Ich komme nun zum Thema Studiengebühren. Sie haben das einfach vom Tisch gewischt. Studiengebühren wünscht sich niemand. Die Forderung fällt niemandem leicht. Wenn Sie sich aber in der jetzigen Situation, in der die meisten Bundesländer Studiengebühren erheben, immer noch dagegen wehren, obwohl das genau die Qualität von Forschung und Lehre in Berlin wieder anheben würde, obwohl das die Möglichkeit böte, in diesem zukunftsreichen Bereich erfolgreicher zu arbeiten, dann haben Sie nicht erkannt, was die Stunde geschlagen hat. Wir sind bereit, gemeinsam mit Ihnen Studiengebühren in Berlin einzuführen. Das ist sozialverträglich gestaltbar. Das sollten wir tun.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Daniel Buchholz (SPD): Bloß nicht!]

Siebtens: Wir kommen zum Thema Wohnungsbau. Sie haben klar gesagt, dass es nicht Ihr Ansinnen sei und dass Sie sich massiv dagegen wehren würden, weitere Wohnungen zu privatisieren.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Sie doch auch! Da gab es wohl eine Meinungsänderung bei der CDU –
Mario Czaja (CDU): Einfach mal zuhören!]

Ich will Ihnen dazu nur Folgendes nach dem Urteil sagen: Wir sollten nicht so ideologisch an diese Fragestellung herangehen. Ich finde es völlig falsch zu sagen, dass Privatisierung an sich etwas Positives ist. Ich finde es genauso falsch zu sagen, dass Privatisierung auf keinen Fall in Frage kommt. Man muss sich vielmehr den einzelnen Fall ansehen. Wollen Sie wirklich so weitermachen wie bisher? Sie haben heute in der „Berliner Morgenpost“ lesen können, wie die städtische Wohnungsgesellschaft GESO-BAU 60 € mehr im Monat für die Mieten verlangt. Das sind Mietsteigerungen bis zu 20 %. Da ist dann plötzlich der Senat, die öffentliche Hand, die eigentliche Heuschrecke, wenn Sie zusätzlich zur Erhöhung der Grundsteuer jetzt auch noch die Mieten anheben. Es ist nicht sozial, einerseits den Bürgern in die Tasche zu greifen, andererseits aber zu sagen, der Verkauf von Wohnungen sei tabu, weil die Mieten stabil gehalten werden wollen. Damit lügen Sie den Leuten etwas vor. Lassen Sie uns unvoreingenommen über all diese Themen reden. Herr Sarrazin hat dazu seine Meinung geäußert. Wir sind bereit, uns das anzuhören und im Einzelfall zu prüfen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Sie sehen an all dem, dass wir bereit sind, den Weg mit Ihnen zu gehen. Ich rate Ihnen und im Interesse Berlins dazu. Sie haben eine denkbar knappe Mehrheit. Kommen Sie von dem selbstgerechten Ross herunter.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Sie werden es nicht schaffen, mit einer so kleinen Mehrheit über die fünf Jahre zu kommen. Gehen Sie mit der Opposition anders um! Sie haben immer wieder die Frage der Regierungsfähigkeit der Opposition aufgeworfen. Nach diesem Urteil sollten Sie etwas demütiger sein. Rot-Rot ist in dieser Stadt nicht regierungsfähig.

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen und bei der FDP]

Schlagen Sie unser Angebot nicht leichtfertig aus! Wir sind bereit, mit Ihnen Verantwortung für die Stadt zu tragen, wenn Sie auf uns zukommen. Das allerdings kann Ihnen niemand abnehmen. Der Regierungsauftrag ist an Herrn Wowereit gegangen. Er will es mit Rot-Rot machen. Er muss nun kommen und Vorschläge auf den Tisch legen. Dann werden wir sie bewerten. Wir sind bereit, mit Ihnen einen Weg zu gehen im Interesse und zum Wohl unserer Stadt. Wir können diese Krise überwinden wie so viele andere Krisen auch. Dazu bedarf es aber politischer Führung und politischen Mutes. Wir sind dazu bereit. Sie sollten jedoch zum Wohl aller Berliner aus der selbstgerechten Position herunterkommen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen und bei der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Pflüger! – Für die Fraktion der SPD hat nunmehr der Kollege Müller das Wort. – Bitte schön, Herr Müller!

Michael Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist eine bittere Niederlage für Berlin. Es ist ein zudem ein ärgerliches Urteil. Es ist bitter, weil es klarstellt, dass wir für Jahrzehnte keine Hilfen zur Schuldentilgung in Berlin bekommen werden. Es ist auch bitter, weil die Reaktionen der anderen Bundesländer eine erschreckende Entsolidarisierung mit der deutschen Hauptstadt verdeutlichen.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Jetzt geht die Heulerei weiter!]

– Nein, es ist keine Jammerei und Heulerei. – Herr Pflüger, hier hilft auch keine Aufklärungskampagne. Wir müssen offensichtlich schlichtweg zur Kenntnis nehmen, dass die Taschen in anderen Bundesländern geschlossen sind, wenn es um das Geld geht. Das ist die Situation, auf die wir gestoßen sind.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Eine selbstverständliche Solidarität mit der Hauptstadt und mit den Aufgaben der Hauptstadt gibt es offensichtlich nicht. Das ist das Ärgerliche.

Ärgerlich ist auch, dass viele Faktoren, die bei der Einschätzung der Situation der Stadt zu berücksichtigen waren, offenbar keine Rolle gespielt haben. Das betrifft auch unsere Hauptstadtfunktion. Wir übernehmen Aufgaben und Last für den Bund und die anderen Bundesländer. Wir haben hier eine entsprechende repräsentative Funktion. Man kann erwarten, dass die Lasten entsprechend mitgetragen werden. Unsere soziale Situation hat scheinbar keine Rolle gespielt, obwohl wir das alles beim Einreichen der Klage deutlich gemacht haben, wie sich die Situation in der Stadt darstellt.

Sie sagen, es würden Geschenke verteilt und das Gericht werde mit der Ankündigung der Kitajahre vor den Kopf gestoßen. Man muss immer wieder deutlich sagen, dass wir hier keine Geschenke und Wohltaten verteilen wollen, sondern mit der Ankündigung und der Umsetzung der gebührenfreien Kitajahre auf eine konkrete soziale Situation in der Stadt reagieren wollen, wo wir uns dieses Betreuungsangebot leisten wollen und müssen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Unsere Konsolidierungsbemühungen haben offensichtlich keine Rolle gespielt. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass wir viele Spar- und Konsolidierungsschritte in Berlin gegangen sind, die andere Bundesländer noch vor sich haben. Wir waren Vorreiter bei Einsparungen im öffentlichen Dienst und anderen Strukturentscheidungen. Das hat auch leider keine Rolle gespielt. Nicht zuletzt haben – darin besteht Einvernehmen – die Lasten der Teilung bei

der Urteilsfindung keine Rolle gespielt. Wir haben in Berlin die Lasten der Teilung getragen, wie keine andere deutsche Stadt. Ganz im Gegenteil gibt es Länder und Städte, die von dieser Teilung profitiert haben, wie Frankfurt und München mit dem Umzug von Banken und Siemens und all denen, die nach dem Mauerbau weggegangen sind. Wir haben bis heute darunter zu leiden, dass wir diese Unternehmenszentralen nicht in Berlin haben.

Offensichtlich gibt es auf der Bundesebene diese Erkenntnisse, Herr Pflüger. Dafür muss man nicht erst werden. Ich möchte an unseren Bundespräsidenten Johannes Rau erinnern, langjähriger Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Bonn-Befürworter, der es sehr gut auf den Punkt gebracht hat:

Wir alle wissen auch, dass sich kein Land und keine Stadt in Deutschland in vergleichbarer Lage befindet, in einer Lage, die auf besondere Art das Ergebnis der deutschen Geschichte ist.

Er führt weiter aus:

Berlin weiß, dass es seine Hausaufgaben erledigen muss. Aber Stadt und Land Berlin erwarten zu Recht, dass sie nicht allein gelassen werden. Selbst in der Zeit, als die Wirtschaft Preußens und des Reichs florierte, hat Berlin die Kosten seiner vielfältigen Aufgaben nie vollständig aus eigener Kraft bestreiten können.

All das ist auf Bundesebene und in den Ländern bekannt, Herr Pflüger. Es gibt nicht die automatische und selbstverständliche Solidarität. Wir müssen alle gemeinsam immer an diesen Punkten die Situation in der Stadt deutlich machen. Das ist kein Jammern. Wir werden es auch in den nächsten Jahren tun.

[Beifall bei der SPD]

Mit diesem Urteil stehen wir in Berlin vor der größten Herausforderung der letzten Jahrzehnte. Wir werden in absehbarer Zeit keine Hilfen zur Schuldentilgung erhalten. Es gibt auch nicht den einen erfolgversprechenden Weg, um in den nächsten Jahren aus eigener Kraft den vorhandenen Schuldenberg zu bewältigen. Auch alle Experten, die uns in letzter Zeit beraten haben und Ratschläge gaben, sagen, dass es zwar Handlungsspielräume gibt, diese aber in Bezug auf den Schuldenberg nur dann erfolgversprechend sein werden, wenn es zusätzlich Hilfe von außen gibt. Dass diese Hilfe nun nicht kommt, heißt nicht, dass man sich der Situation ergibt. Es kann nicht Stillstand der Politik heißen. Wir müssen und werden daher alles tun, um unseren Primärüberschuss, den wir spätestens im nächsten Jahr haben werden, zu stabilisieren, um das Defizit Schritt für Schritt abzubauen und uns aus unserer Schuldenfalle zu befreien. Ich weiß gar nicht, welcher Popanz an dieser Stelle aufgebaut wird. Natürlich bleibt es immer Ziel, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, dass dies ein Ziel ist, Herr Pflüger. Nur: Wir müssen doch hier nicht so tun, als ob wir nicht wüssten, in welcher Lage wir sind. Wir haben doch alle die Klage unterstützt. Wir haben doch geklagt, weil es eben nicht so einfach ist

Michael Müller

und nicht von heute auf morgen geht, sondern weil es ein schwieriger Weg ist. Dieses Ziel anzustreben, ist völlig richtig, aber es ist unredlich zu sagen, es muss morgen oder übermorgen erreicht sein. Es ist ein langer und steiniger Weg, für den Sie keine konkreten Vorschläge gemacht haben, Herr Pflüger!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zuruf von Dr. Friedbert Pflüger (CDU)]

Die Konsolidierungspolitik wird fortgesetzt. Das ist völlig unstrittig. Auch bei einem positiven Signal aus Karlsruhe wäre der Konsolidierungskurs, unser vereinbarter Sparkurs, fortgesetzt worden. Weil er in der Stadt schon viel bewegt und erreicht hat, hat es darauf in der Vergangenheit heftige Reaktionen gegeben. Viele haben gespürt, dass es nicht so weitergeht wie in früheren Jahrzehnten, dass man nicht einfach alles finanzieren kann. Und nach diesem Urteil ist ganz klar, dass zusätzliche Anstrengungen notwendig sind, dass die Spielräume noch einmal enger werden. Es wird weitergehen. Es wird weitergehen mit dem Personalabbau. Es wird weitergehen damit, dass der öffentliche Dienst auch in den Jahren nach 2009 einen Sparbeitrag leisten muss. Wie kommen Sie dazu zu sagen, wir haben uns von der Verwaltungsreform verabschiedet? Die Verwaltungsreform ist ein wichtiges Projekt, auch in dieser Legislaturperiode, mit einer klaren und harten Aufgabenkritik, die ansteht.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Was heißt denn hier „auch“?]

Da ist viel einzusparen. Und das werden wir auch machen.

In den letzten Jahren hat es bereits viele wichtige Einsparungen und Strukturentscheidungen gegeben. Der Regierende Bürgermeister hat vieles aufgezählt. Während in anderen Bundesländern in den letzten Jahren die Ausgaben erhöht wurden, hat Berlin seine Ausgaben seit 1996 deutlich gesenkt. Der rot-rote Senat hat sich des Verschuldungsproblems noch einmal angenommen und Konsequenzen gezogen wie keine Landesregierung zuvor. Wir haben beim Personal im öffentlichen Dienst erhebliche Einschnitte vorgenommen. Zum Ausstieg aus der Anschlussförderung fehlte vorher immer die Kraft, auch in Zeiten der großen Koalition. Wir haben privatisiert, wir haben wichtige Strukturentscheidungen getroffen hinsichtlich der Hochschulen, hinsichtlich der Kultur. Das waren wichtige und richtige Schritte. Nach Karlsruhe lautet die Botschaft ganz klar: Berlin wird diesen Weg weitergehen und seine Zukunft jetzt aus eigener Kraft gestalten.

Viele Menschen machen sich seit diesem Urteil Gedanken und entwickeln Ideen, wie Berlin mit dieser Situation umgehen kann. Wir nehmen diese Ideen sehr gerne auf, denn Politik, wir alle brauchen Unterstützung und Beratung, brauchen Bündnispartner für diesen schweren Weg, der vor uns liegt, Bündnispartner bei Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Kulturschaffenden und Wissenschaftlern. Wir müssen gemeinsam die Kraft dieser Stadt aktivieren und gemeinsam nach intelligenten Sparwegen

suchen. Ähnlich, wie wir es schon bei der Enquetekommission gemacht haben, wo unser Verständigen auf bestimmte wirtschaftspolitische Schwerpunkte und Cluster ein konkretes Ergebnis war, kann es weitere Runden auch in dieser Richtung geben.

Auch die Opposition – Herr Pflüger, Sie haben dieses Angebot gemacht – ist herzlich eingeladen, mit Ideen zu glänzen. Das ist eine hervorragende Situation für Sie. Für die Regierung ist es nun einmal so: Wir müssen immer den Ausgleich suchen. Wir müssen werben für unseren Weg. Alles, was wir ankündigen, müssen wir umsetzen. Die Opposition ist völlig frei nach dem Urteil und ohne Verantwortung. Sie können nur so sprühen vor Ideen und Ihre Konzepte vorlegen

[Zuruf von Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)]

und sagen, wohin es nach Ihrer Meinung gehen soll. Aber was kommt da? – Es kommt die alte Nummer: Alles, was Rot-Rot macht, ist entweder zu viel oder zu wenig oder die falsche Stelle. Die FDP kommt wieder mit den Privatisierungen. Die Grünen schlagen vor, die Parkgebühren zu erhöhen.

[Heiterkeit –
Zuruf von Mario Czaja (CDU)]

– Und Sie, Herr Pflüger – es tut mir leid, aber Sie haben gar keine Idee gehabt. Das wird nicht reichen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zuruf von Uwe Goetze (CDU)]

Letztlich wird wohl ein Maßnahmenmix erfolgreich sein. Da gibt es nicht den einen Königsweg.

Und – das ist kein Trotz – auch die Hauptstadtdebatte ist zu führen. Nach dem Urteil muss in Deutschland endlich eine Debatte darüber geführt werden, was dem Bund und den Ländern ihre Hauptstadt wert ist. Berlin ist im Grundgesetz als Bundeshauptstadt verankert, und die Kompetenz des Bundes zur Repräsentation des Gesamtstaates ist hinsichtlich der Hauptstadt ausdrücklich verfassungsrechtlich festgeschrieben. In den Verhandlungen mit dem Bund müssen wir die Verpflichtung des Bundes gegenüber seiner Hauptstadt klar einfordern, jetzt noch stärker als vor Karlsruhe. Das Ergebnis muss sein, dass der Bund voll für die hauptstadtbedingten Kosten aufkommt. Da ist es ganz klar, dass wir auch konkrete Projekte benennen. Man kann nicht einfach sagen, wir verhandeln einmal, was geht und was nicht geht, sondern es gibt Gemeinschaftsaktivitäten, wo der Bund davon ausgegangen ist, dass wir unseren Teil beitragen können. Da müssen wir nach dem Urteil ganz klar sehen, dass wir unter dem Eindruck dieses Urteils und noch einmal knapperer und engerer Spielräume das finanzieren, das ausstatten, was für den Lebensnerv der Stadt wichtig ist. Da geht es dann eben nicht, dass wir uns am Humboldt-Forum beteiligen oder an der U5. Wenn der Bund das will, wird er in Zukunft diese Lasten auch tragen müssen, genauso wie in der inneren Sicherheit, wo wir konkrete Aufgaben übernehmen und schon seit vielen Jahren verhandeln. Es muss klar sein: Wenn man hier seiner Verpflichtung nicht

Michael Müller

nachkommt, kann es zur Konsequenz haben, dass wir bestimmte Standards herunterfahren. Das muss gelernt werden, dass man nach diesem Urteil bestimmte Dinge nicht mehr weiterfinanzieren kann.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Ich bin sehr froh, dass wir uns darin offensichtlich einig sind. Dann können wir gemeinsam in der großen Koalition auf Bundesebene dafür werben.

Wir müssen in diesem Zusammenhang auch das Bonn-Berlin-Gesetz thematisieren. 17 Jahre nach der Wiedervereinigung ist nicht mehr zu verstehen, dass immer noch große Teile einzelner Ministerien ihren Sitz in Bonn haben und nicht in der Hauptstadt.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Auch der komplette Hauptstadtzug wäre ein klares Signal und ein klares Bekenntnis für Berlin. Das fordere ich von unseren Bundespolitikern auch ein.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Also: Maßnahmenmix, Hauptstadtdebatte, konsolidieren. Das heißt aber nicht „kaputtsparen“. Wir müssen sehen, dass wir alles das aus eigener Kraft tun, was wir tun können, ohne den Lebenslauf Berlins zu zerstören. Aus meiner Sicht ist es auch so, dass das Urteil ganz klar ein Einstieg in einen knallharten Wettbewerbsföderalismus ist. Also muss es auch darum gehen, eigene Stärken auszubauen, Einnahmen zu erhöhen.

Wir haben Entscheidungen in der Steuerpolitik getroffen. Ich glaube, dass es nötig war, diese Entscheidungen zu treffen, sage aber auch ganz klar, dass es da Grenzen gibt, Grenzen dessen, was man den Menschen zumuten kann, den Mieterinnen und Mietern, auch den Grundstücksbesitzern. Aber insbesondere gibt es in der Steuerpolitik Grenzen dessen, was man der Wirtschaft zumuten kann. Wenn wir die soziale Situation, wenn wir die Einnahmesituation in der Stadt verbessern wollen, müssen wir alles tun – auch unter der Überschrift dieses Wettbewerbsföderalismus –, damit wir die Unternehmen in der Stadt stabilisieren, damit wir neue Unternehmen und damit zusätzliche Arbeitsplätze in die Stadt bekommen. Das muss in den nächsten fünf Jahren auch unser Ziel sein. Wir werden ganz engagiert daran arbeiten.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Genauso wichtig und richtig ist es, Schwerpunkte in der Kultur und in der Wissenschaft zu setzen. Die Kultur ist nicht nur wichtig für das Lebensgefühl der Menschen, der Berlinerinnen und Berliner, sie ist auch wichtig aus wirtschaftspolitischen Gründen. Sie bringt Touristen in die Stadt, bringt Einnahmen für Handel und für Dienstleistung. Auch die Wissenschaft ist ein Pfund Berlins. Dort werden inzwischen viele Zehntausend Arbeitsplätze erhalten und gesichert. Es wäre ein Fehler, hier die Axt anzusetzen.

Aber ich will bezüglich der Wissenschaft trotzdem etwas hinzufügen. Berlin bildet bereits Studierende für die gesamte Republik aus, mehr als jedes andere Bundesland.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Das haben wir schon gehört!]

– Es ist wichtig, Herr Dr. Lindner, ob Sie es begreifen wollen oder nicht! Sie müssen verstehen, dass es nach diesem Urteil Konsequenzen in mehrere Richtungen gibt. –

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Es hat zur Konsequenz, dass wir unseren Konsolidierungskurs verschärfen müssen. Aber es hat auch zur Konsequenz, dass wir in Zukunft mit dem Bund und den anderen Bundesländern eine andere Debatte führen als bisher. Es ist nun einmal so, dass wir Studierende aus all den Ländern aufnehmen, die am letzten Donnerstag voller Häme gesagt haben, Berlin soll es allein machen. Da erwarte ich, dass wir zusammenstehen und sagen: Wir übernehmen gern Aufgaben für den Bund und die Bundesländer. – Es bereichert Berlin im Übrigen auch. Es ist nicht so, dass es ganz furchtbar ist, dass die Studierenden nach Berlin kommen. – Aber wenn wir diese Aufgaben übernehmen, erwarten wir auch eine entsprechende finanzielle Beteiligung des Bundes.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Bei den Schwerpunkten ist ganz klar, dass wir weiterhin in die Bildung in der Stadt investieren werden. Wir haben gestern Abend und gestern Nacht die entsprechenden Beschlüsse gefasst. Es wird in den nächsten fünf Jahren ganz deutlich sein, dass auch unter diesen schwierigen Bedingungen die Bildungspolitik ein Schwerpunkt ist. Das ist, wie ich schon gesagt habe, der sozialen Situation der Stadt geschuldet. Aber es ist auch für die Zukunftsfähigkeit der Stadt richtig und wichtig, weiter im Bildungsbereich zu investieren.

Ich möchte noch etwas zum Thema Privatisierung sagen, weil wir immer wieder damit konfrontiert werden, warum wir nicht mehr privatisieren. Der Regierende Bürgermeister hat es schon angesprochen, dass wir prüfen werden, ob die GSG privatisiert werden kann. Ich sage das ganz ehrlich: Ich habe daran keinen großen Spaß.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Es ist möglicherweise nötig. Aber auch die GSG ist ein wirtschaftspolitisches Element für kleine und mittlere Unternehmen in der Stadt.

[Zuruf von Joachim Eßer (Grüne)]

Da helfe ich nicht Siemens oder irgendwelchen Großunternehmen. Da helfe ich denen, die hier in der Stadt hauptsächlich mit der GSG aktiv sind.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Deswegen sage ich: Das kann eine Möglichkeit sein, die wir prüfen werden, aber keine Möglichkeit, um die ich mich reiße.

Michael Müller

[Joachim Eßer (Grüne): Aber nicht in der Form! –
Dr. Martin Lindner (FDP): Aber auf jeden Fall!
Als ersten Schritt!]

Aber es geht um etwas ganz anderes, es geht um die Wohnungsbaugesellschaften. Dazu hat es gestern im RBB wieder einen großen Beitrag gegeben. Und die Journalistin hat – ganz engagiert – gesagt: Jetzt muss die Berliner Politik endlich das tun, was uns Dresden vorgemacht hat. – Herr Meyer hat sofort sekundiert und gesagt: Genau, das ist der richtige Weg, alle kommunalen Wohnungen zu verkaufen.

[Dr. Frank Steffel (CDU): Wer ist Meyer?]

Ganz unabhängig davon, dass ich inhaltlich eine ganz andere Position dazu habe, finde ich, dass es zu unserer Aufgabe gehört, 15 % an kommunalem Wohnungsbestand in der öffentlichen Hand zu behalten, um Einflussmöglichkeiten zu haben.

[Zuruf von Joachim Eßer (Grüne)]

Aber da muss man inhaltlich gar nicht einer Meinung sein, ganz unabhängig davon, dass andere Städte schon auf einem ganz anderen Trip sind: In München werden inzwischen kommunale Wohnungen zurückgekauft.

[Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

In Hamburg sagte Ole von Beust ganz klar, als darüber diskutiert wurde, ob nicht drei Viertel des kommunalen Wohnungsbestands von Hamburg privatisiert werden sollten: nicht mit mir.

[Volker Ratzmann (Grüne): Ein bisschen mehr!]

Das war eine klare Absage in Hamburg, ganz unabhängig davon, dass es offensichtlich schon ganz andere Erfahrungen mit privaten Investoren gibt.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Halten Sie uns lieber die schwarzen Sozis vor!]

Warten wir ab, wie es im nächsten Jahr in Dresden läuft. Da ist es noch nicht so lange her, dass privatisiert wurde.

Ganz unabhängig von all diesen Dingen gibt es einen grundlegenden Unterschied: Dresden hat es geschafft, sich mit dieser Privatisierungsmaßnahme komplett zu entschulden. Sie waren damit tatsächlich alle Schulden los. Das ist ein Unterschied, Herr Lindner! Bei uns ist es so, dass wir, wenn wir alle kommunalen Wohnungen verkaufen würden, gerade einmal 8 % unseres Schuldenbergs getilgt hätten und wir nach wie vor in der Zins- und Schuldenfalle wären. Herr Meyer hat selbst gesagt, wir würden Luft gewinnen für die nächsten zwei Jahre.

[Dr. Martin Lindner (FDP): 100 Millionen €pro Jahr!]

Da sage ich ganz klar: Ich bin nicht bereit, mich aus der Verantwortung in der kommunalen Wohnungsversorgung zu verabschieden, um für zwei Jahre Luft zu gewinnen. Das wird es nicht geben.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zuruf von Dr. Martin Lindner (FDP)]

Es wird mit uns kein Modell Dresden geben. Da können Sie schreien soviel Sie wollen. Es wird in den Bereichen der Daseinsvorsorge keine Komplettprivatisierung geben.

Ich wundere mich über Ihre Einlassungen, Herr Pflüger. Das war etwas ganz anderes als im Wahlkampf, den wir gerade geführt haben.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Ja!]

Da haben Sie auch immer gesagt: In diese Bereiche – öffentliche Bereiche, Wohnungen, Daseinsvorsorge – greifen wir auf keinen Fall ein. – Jetzt prüfen Sie, ob man bei Wohnungen nicht doch etwas machen soll oder kann. Auch an der Stelle frage ich Sie: Wie ist Ihre Haltung dazu? Wie ist Ihre Haltung zur Privatisierung in den Bereichen der Daseinsvorsorge? Dazu müssen Sie eine Antwort geben.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Uwe Goetze (CDU): Machen Sie doch
wenigstens einen Vorschlag!]

Die sehr strenge Auslegung der Bedingungen, unter denen ein Bundesland überhaupt einen Anspruch auf Sanierungshilfen hat, kann keinem Ministerpräsidenten entgangen sein. Wenn Berlin den Anspruch nicht hat, gilt das mit Sicherheit auch für alle anderen Bundesländer. Ich bin sicher, dass einige Bundesländer das Urteil, das sie jetzt beklatscht haben, in ein paar Jahren in einem völlig anderen Licht sehen werden.

[Dr. Frank Steffel (CDU): Beck zum Beispiel!]

Statt mit Häme zu reagieren, sollten sich einige Ministerpräsidenten fragen, was sie tatsächlich unter Solidarität verstehen. Das Urteil zeigt, dass die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu geordnet werden müssen, und die dazugehörige Debatte kommt jetzt erst richtig in Gang. Die Länder müssen untereinander einen Weg finden, wie sie den Graben zwischen Arm und Reich zuschütten. Für viele Bundesländer ist die Klärung dieser Frage von existenzieller Bedeutung. Und die Ministerpräsidenten sollten sich dieser Herausforderung sofort stellen.

Ich will an der Stelle etwas zu Brandenburg sagen, weil auch ich über die Brandenburger Reaktion einigermaßen erstaunt war. Die Urteilsverkündung lief gerade zehn Minuten, da kam die Absage zur Länderfusion. Ich freue mich darüber überhaupt nicht. Offensichtlich müssen wir miteinander zur Kenntnis nehmen, dass es im Moment in Brandenburg keine Bereitschaft zu einer Länderfusion gibt. Aber, Herr Pflüger, das heißt noch lange nicht, dass wir sagen können, nun sollen es Wowerit und Platzeck regeln. Das heißt doch nur, dass wir alle miteinander mit unseren Parteifreunden in Brandenburg darüber streiten müssen, dass es nach wie vor ein richtiges und wichtiges Ziel ist, dass wir zu einer Länderfusion kommen. Es ist gerade nach dem Karlsruher Urteil ein wichtiges Ziel, die Region zu stärken und die Kompetenzen und Ressourcen zusammenzuwerfen und sich keine Konkurrenz zu machen. Dafür will ich in den nächsten Jahren werben.

Michael Müller

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Beifall von Dr. Friedbert Pflüger (CDU)
und Uwe Goetze (CDU)]

Niemand in Berlin hat allen Ernstes vom Verfassungsgericht die Lösung aller Haushaltsprobleme erwartet, aber angesichts der Geschichte unserer Stadt und der besonderen Probleme und Belastungen, die sich daraus ergeben, haben wir ein Stück Solidarität des Bundes und der Länder für die Hauptstadt erwartet. Jetzt ist Berlin auf sich selbst gestellt, und die Stadt steht nicht zum ersten Mal in ihrer Geschichte vor einer ungewöhnlichen Herausforderung. Daraus ergibt sich für die Berliner Politik, insbesondere aber für die künftige Koalition, ein besonderer Gestaltungsauftrag. Die SPD stellt sich diesem Auftrag. Wir sind aber auch in einer Situation, in der viele zusammenarbeiten müssen. Gemeinsam können wir diese Aufgabe bewältigen und unsere Zukunft in die Hand nehmen. In dieser Stadt steckt viel Kraft. Das hat die Vergangenheit gezeigt, das wird auch die Zukunft beweisen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Müller! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nunmehr Frau Eichstädt-Bohlig, die Fraktionsvorsitzende, das Wort. – Bitte schön, Frau Eichstädt-Bohlig!

Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ihnen und dem ganzen Präsidium Glückwunsch zur Wahl – und auf gute Zusammenarbeit! – Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Es gab einmal ein Staatsgebilde, das DDR hieß, das mit dem 9. November 1989 untergegangen ist. Die DDR ist untergegangen, weil sie ein totalitärer Unrechtsstaat war. Die DDR ist aber auch untergegangen, weil die damals regierende Partei sie wirtschaftlich und finanziell in den Ruin getrieben hat. Ich glaube, das sollten wir uns zur Lehre nehmen.

[Beifall von Dr. Martin Lindner (FDP) –
Uwe Doering (Linksfraktion):
Auch noch Beifall von der FDP!]

Wir Grünen möchten Berlin einen vergleichbaren Bankrott ersparen. Ich sehe mit großer Sorge, dass nach einigen aner kennenswerten Sparleistungen der letzten fünf Jahre jetzt eine Regierung der Hasenfüße gebildet werden soll, die vor lauter Angst, dem einen oder anderen heute wehzutun, Berlin dadurch systematisch in den Abgrund reißen will, dass sie die Verschuldung von jetzt 61 Milliarden € auf bald 70 Milliarden € bis 80 Milliarden € erhöht. Und schon im Jahr 2015 werden wir 100 Milliarden € Schulden haben, wenn das so wird, wie Sie, Herr Regierender Bürgermeister, uns heute erläutert haben und wie wir es am Montag nach Bekanntgabe Ihres sogenannten Sparpakets gehört haben. Das ist eine dramatische Entwicklung, die für Berlin die völlige Handlungs unfähigkeit in bereits zehn Jahren mit sich bringt. Das

dürfen wir nicht zulassen. Das werden wir ganz systematisch bekämpfen.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Ich sage Ihnen ganz klar: Wenn Sie heute nicht mutiger an die Aufgabe, die das Karlsruher Gericht uns allen – der Politik insgesamt – für diese Stadt gestellt hat, herangehen, dann werden Sie in fünf, spätestens zehn Jahren so weit sein, dass Sie genau das machen müssen, und zwar erbarmungslos ohne Wenn und Aber, was heute im FDP-Antrag steht. Wir wollen dieses FDP-Konzept eines Totalausverkaufs nicht.

[Zuruf von Carl Wechselberg (Linksfraktion)]

Wir wollen Berlin nicht kaputtsparen, sondern wieder gesundsparen. Dazu braucht Berlin aber endlich ein klares und umfassendes Sanierungskonzept und einen überarbeiteten Finanzplan, der die Lasten gerecht auf viele Schultern verteilt, und Berlin muss bis spätestens 2011

[Zuruf von Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion)]

– nicht im Jahr 2007 oder 2008, das fordern wir nicht –, aber noch in dieser Legislaturperiode bis spätestens 2011 wieder einen verfassungskonformen Haushalt dem Abgeordnetenhaus zur Verabschiedung vorlegen.

[Beifall bei den Grünen –
Beifall von Dr. Friedbert Pflüger (CDU)]

Und das muss gelingen. Insofern – ich habe heute kein Wort, weder von Ihnen noch von Ihnen, Herr Müller, zu dem Thema verfassungsgemäßer Haushalt gehört.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Das ist nicht wahr!
Zuhören!]

– Nein, haben Sie nicht gesagt. – Irgendwann, aber Sie haben nicht zugesagt, dass wir das in dieser Legislaturperiode bekommen sollen, und das ist die entscheidende Aufgabe, um die es geht. – Und Sie, Herr Liebich, seien Sie ganz still! Sie wollen überhaupt nicht an das Thema heran. Schulden von morgen brauchen uns heute überhaupt nicht zu interessieren – das ist Ihre Grundhaltung.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Wir Grünen haben die Klage in Karlsruhe unterstützt, und wir hätten uns sehr gewünscht, dass das Bundesverfassungsgericht für eine Unterstützung Berlins durch den Bund und die Ländergemeinschaft plädiert hätte. Ich glaube aber, dass die beleidigte Trotzhaltung und dieses mutlose Selbstmitleid – heute hier im Saal Ihre Rede vor allem, Herr Regierender Bürgermeister, teilweise aber auch Herr Müller – vergrößert das Problem, und das schädigt Berlin genau so nachhaltig, wie die Probleme sind, die das Urteil uns gebracht hat. Daher werden wir gegen diesen Kleinmut systematisch ankämpfen.

Berlin hat schon viel schwierigere Situationen gemeistert und sehr viel spartanischere Zeiten erlebt. Berlin braucht jetzt eine mutige und selbstbewusste Politik und viel Gemeinsinn und bürgerschaftliche Unterstützung, um diesen steinigen Weg der Deckelung des Schuldenbergs zu gehen und systematisch Schritt für Schritt auf das Ende des

Franziska Eichstädt-Bohlig

weiteren Anwachsens der Schulden hinzuarbeiten. Und das sollte hier gemeinsam getan werden, statt dass ständig gesagt wird, wo es nicht getan werden kann. Damit entsolidarisieren Sie sowohl diese Stadt als auch Berlin von der Ländergemeinschaft und vom Bund und treiben das Land sehenden Auges Schritt für Schritt weiter in den Bankrott. Das ist unverantwortlich.

[Beifall bei den Grünen]

Ich will Ihnen sagen, warum ich meine, dass Sie allein schon mental derzeit dabei sind, die Probleme eher zu vergrößern, als an ihrer Lösung systematisch und konsequent und durchaus auch mit Berliner Selbstbewusstsein zu arbeiten. Das Erste ist: Allen schönen Worten zum Trotz nehmen Sie das Karlsruher Urteil nicht an, sondern meinen, sich einfach wegducken zu können. Das ist der erste und entscheidende Fehler. Nehmen Sie dieses Urteil endlich ernst und nehmen Sie es an! Wer sich ständig in Gerichtsschelte ergeht, der muss damit rechnen, dass künftig die Diebe auf den Rechtsstaat pfeifen, wenn sie sehen, wie hier Regierender Bürgermeister und Stadtregierung meinen, über ein Verfassungsgerichtsurteil reden zu können.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Ich finde, Sie sollten das Urteil etwas deutlicher lesen. Dieses verweist sehr klar auf gravierende Fehler Berlins, auf die jahrzehntelange falsche Wohnungspolitik, auf den unsäglichen Bankenskandal, auf die nach wie vor großzügige Verwaltungsausstattung und weitere Punkte. Das Berliner Jammern, das Sie kultivieren – niemand würde unsere besondere Geschichte der Teilung beachten –, wird dort sehr nüchtern gekontert. Ich finde, das muss diese Stadt auch einmal zur Kenntnis nehmen.

Berlin bekommt bereits eine Menge Geld zum Ausgleich für wirtschaftliche und finanzielle Nachteile und für die Nachteile der deutschen Teilung und der besonderen Berliner Betroffenheit, zurzeit 5,3 Milliarden € aus dem Länderfinanzausgleich 2,8 Milliarden € als normale Bundesergänzungszuweisung 566 Millionen € und aus dem Solidarpakt Ost für teilungsbedingte Lasten aktuell knapp 2 Milliarden €. Wer behauptet, der Bund und die Ländergemeinschaft täten nicht genug, um die teilungsbedingten Lasten insgesamt für Ostdeutschland und für unser ganzes Land Schritt für Schritt zu kompensieren und aufzuarbeiten – das finde ich allmählich ein bisschen unanständig, was hier dauernd herumgejammert wird. Denn insgesamt trägt unser Land an diesen Lasten in enormem Maße. Ich finde, es gehört auch dazu, dass Berlin das endlich anerkennt. Im Detail kann man sich über das eine oder andere streiten, aber dieser Jammerton, wie er hier gepflegt wird, ist unerträglich.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Das führt mich zum Zweiten, worin eines der großen Berliner mentalen Probleme liegt. Nach dem Urteil verstärken Sie, Herr Regierender Bürgermeister, zusammen mit der PDS Berlins schlechten Ruf, wir könnten und dürften hier in unserer Stadt munter weiter auf Kosten anderer leben. Dieser Vorwurf zieht sich wie ein roter Faden

durch das Gerichtsurteil. Man sollte den Hohn der anderen Länder einmal ernstnehmen. Der ist nicht schön, der tut weh, aber einfach so zu tun, als wären die alle blöde und nur wir das berechnete Opfer, dem man endlich irgendetwas zu Füßen legen muss, das ist eine Haltung, die schädlich für Berlin ist. Die hat allein in der letzten Woche sehr viel von dem zerstört, was bisher das gute Image von Berlin gewesen ist.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Darum kann es nicht sein, dass immer wieder diese Berliner Sehnsucht gepflegt wird, andere müssten unsere Probleme lösen und diese Stadt müsste ihre Hausaufgaben gar nicht so machen, wie das notwendig ist. Ich erinnere Sie noch einmal daran: Das Karlsruher Urteil fordert nicht – wie haben Sie es eben gesagt? – radikalen Kürzungsma-sochismus, sondern es fordert, dass Berlin die einzelnen Positionen anguckt und auf das Maß von Hamburg zurückführt.

[Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit: Wir sind sogar unter Hamburg!]

Also reden Sie doch nicht so, als würde der Weltuntergang gefordert, sondern akzeptieren Sie das, was da gefordert wird! Ich bin durchaus mit Ihnen der Meinung, dass wir Punkte haben, die in Berlin spezifisch im Einzelnen anders gesehen werden müssen. Daher gehören wir genauso zu denen, die sagen: Bildung, Wissenschaft und Kultur sind unser Berliner Profil; da wollen wir uns nicht so messen lassen. Da würde ich auch sagen, da kann man anders verfahren als in diesem Urteil vorgesehen. Aber im Großen und Ganzen sollte man es sich ruhig und anständig angucken, die Punkte aufrufen und schauen, wo man Baustein für Baustein und Schritt für Schritt etwas tun kann.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Das machen wir schon seit 5 Jahren!]

Insofern sehen wir sehr viel mehr Stellen als Sie, wo Berlin nicht weinen muss, sondern wo Berlin schlicht handeln kann und muss. Sie haben für dieses Handeln die Verantwortung übernommen.

[Beifall bei den Grünen]

Meine Aufforderung: Führen Sie nicht erneut Berlin in diese negative Wagenburgmentalität! Das ist schädlich für diese Stadt. Das kostet uns die weitere positive Entwicklung der Wirtschaftskraft. Das kostet uns unser positives Image, das mit Mühe gerade so toll vorankommt, an dem wir alle hängen, auf das wir alle stolz sind.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ach was!]

Sie sind dabei, es kaputt zu machen. Und das ist das Allerschlimmste, was dieser Stadt passieren kann.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Ich möchte es noch einmal konkret in der Beziehung zum Bund sagen. Das am Montag von Ihnen geschnürte sogenannte Sparpaket war ja nur ein klitzekleines Päckchen. Es enthält zur Hälfte wieder typische Anforderungen an den Bund. Erstens sind das Anforderungen, die sowieso

Franziska Eichstädt-Bohlig

nicht im Haushalt stehen, also wenn sie nicht gemacht werden, keinen Sparbeitrag leisten, von dem wir eigentlich heute reden. Sie haben also mit dem Karlsruher Urteil nichts zu tun. Für die U 55 sehe ich das Geld nicht, und Sie sehen es auch nicht. Für das wunderbare Phantom eines Schlossbaus am Schlossplatz sieht sowieso keiner Geld. Und für die Staatsoper haben Sie nicht nur jetzt das Angebot des Bundes, 50 Milliarden € hereinzubringen, sondern Sie sind bereits einen 20-Millionen-Vertrag eingegangen, wo der Bund Leistungen an anderen Stellen – Akademie der Künste, Filmakademie usw. – übernimmt, weil Berlin im Gegenzug die Opernstiftung gegründet und die Staatsoper in die Berliner Verantwortung genommen hat. Sie können sich nicht einfach so aus Verträgen von gestern stehlen, und schon gar nicht auf diese Art, dass Sie patzig vom Bund fordern, jetzt solle er mal endlich etwas tun. Sie müssten statt dessen als Bittsteller kommen. Da soll man endlich ehrlich sein, dass Berlin akzeptieren muss, in dieser Rolle zu sein, und nicht einfach nur fordern kann. Sie machen wie ein Elefant im Porzellanladen die bundespolitische Bereitschaft, zu unterstützen, systematisch kaputt macht. Das ist genau das, was Sie erreicht haben mit der Art, wie Sie in den letzten Tagen mit dem Thema umgegangen sind.

Das dritte mentale Problem ist, dass Sie sehr mutlos, feige und hasenfüßig an die Ihnen gestellte Aufgabe herangehen.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Eben haben Sie das Gegenteil gesagt!]

Das ist das entscheidende Problem. Damit zerstören Sie auch Berlins Ruf.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ich denke, wir sollen demütig sein!]

Denn nur, wenn Berlin selbstbewusst diese Aufgabe angeht und daran weiterarbeitet, dass Berlin eine moderne und vitale Kreativstadt ist, gelingt es, auch den anderen dieses positive Berlingefühl weiter zu erhalten und die Stadt weiter zu stärken. Sie haben allein Berlin in den letzten Tagen deswegen so geschadet, weil Sie eigentlich der Welt und der Nation zeigen, dass Sie nicht in der Lage und vor allem nicht gewillt sind, die Probleme so anzugehen, wie sie jetzt angegangen werden müssen.

Ich sage dazu noch einmal ganz konkret: Niemand erwartet, dass der Schuldenberg plötzlich kleingekocht wird. Wir reden über einen ersten Schritt, bis 2011 einen verfassungsgemäßen Haushalt mit einer Absenkung der Netto-Neuverschuldung um 1,5 Milliarden € und wir reden dann über den sehr viel schwierigeren zweiten Schritt, Schritt für Schritt in den kommenden zehn Jahren danach, also in 2011 und den Folgejahren, die Netto-Neuverschuldung in Berlin herunterzuziehen, bis wir endlich dazu kommen, wenigstens den Schuldenberg zu beherrschen.

[Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Konkrete Maßnahmen!]

– Ja, kommt noch! Nun seien Sie doch ein bisschen geduldig! Ich habe auch ein bisschen Redezeit. Immer cool bleiben! Sie können sich durchaus auch selbst konkrete Maßnahmen ausdenken. So weit kennen Sie sich in Berlin eigentlich schon aus.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Sie haben diesen Job auch übernommen.

Deswegen behaupten Sie erstens nicht, dass es um eine andere Aufgabe geht, sondern nehmen Sie dieses Step-by-Step-Modell – insofern unterscheiden wir uns auch von der FDP –, aber gehen Sie endlich an diese Aufgabe heran, denn so, wie Sie es momentan machen, weil Sie sich eben nicht konkret den Aufgaben stellen, Sie und die Damen und Herren von der SPD, die es nicht nötig haben, zuzuhören, wenn wir über konkrete Maßnahmen reden.

[Zurufe von der Linkspartei]

Sie werden mit der Art, wie Sie herangehen, Berlin praktisch im Jahr 2016, also nach noch einmal zwei Legislaturperioden, 100 Milliarden € Schulden bringen. Damit wird Berlin definitiv am Schuldenberg ersticken, und es gibt keine hoffnungsvollen Impulse mehr, dass sich Berlin positiv weiterentwickeln wird. Es besteht die Gefahr, dass Berlin tatsächlich diese Unterschichtenstadt wird, die uns der „Spiegel“ mit ziemlicher Häme in dieser Woche vorgehalten hat. Wer einmal eine sehr verarmte Hauptstadt sehen will, der schaue nach Washington D.C., da ist ein kleiner schöner Hauptstadtbereich in einer handlungsunfähigen und verarmten Stadt. Das möchten wir nicht für Berlin, und deswegen streiten wir darum, dass jetzt jeder Schritt ausgenutzt und an jeder Stelle gehandelt wird. Ich möchte nicht, dass die jüngere Generation, alle die, die jünger sind als ich, und schon gar die, die heute 20 Jahre und noch jünger sind, dann keinen Handlungsraum mehr haben. Ich möchte, dass dann hier ein Parlament und ein Senat arbeitet, der handlungsfähig ist, der Entscheidungsspielräume hat. Ich möchte, dass es in den Bezirken noch Entscheidungsräume gibt, und ich möchte nicht, dass Sie die systematisch kaputt machen, weil Sie heute zu feige sind zu handeln.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Kommen wir zu den konkreten Punkten,

[Ah! von der SPD und der Linksfraktion]

Als Erstes fällt auf, dass Sie gar kein klares Ziel haben. Sie eiern herum. Sie wissen immer noch nicht, ob Sie einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen wollen. Sie streiten sich darum wie die Kesselflicker. Das ist das Erste, das Sie für sich als Koalition klären müssen, und wir werden darauf reagieren. Herr Sarrazin ist in Ihre Sitzung mit einer Sparliste gegangen, und wie wir der Zeitung entnehmen konnten, ist er weitgehend gescheitert und liegt heute schon als Bettvorleger vor dem rot-roten Kuschelsofa, denn das, was am Montag

[Zurufe von der Linksfraktion]

– ich komme ja da hin – aus Ihrer Koalitionsrunde gekommen ist, ist kein Sanierungsprogramm, sondern es ist

Franziska Eichstädt-Bohlig

eine billige und viel zu kurz gegriffene Dünnbrettbohre. Ihre großmäuligen Anforderungen an den Bund bringen für die Haushaltsdebatte gar nichts, weder U 5 noch Schloss noch Staatsoper, weil sie gar nicht im Haushalt enthalten sind.

Das Zweite: Erhöhung der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer. Wir haben sehr deutlich gesagt: Wir tragen das mit, auch wenn es für die Eigentümer und Mieter schmerzhaft ist,

[Uwe Doering (Linksfraktion): Da haben wir doch etwas gemacht!]

aber wir fordern, dass das in ein gerechtes und viele andere mit einbeziehendes Konzept eingebaut wird, in ein Sparprogramm, das nicht sagt: Den Mieter drücken wir das aufs Auge, aber bei den Kitas entlasten wir auf einmal wieder in der anderen Richtung. – So ungerecht kann man nicht an das Thema herangehen, sondern dann muss man gleichmäßig, jeweils verträglich, belasten.

[Christian Gaebler (SPD): Kitagebühren erhöhen?]

Insofern, weil wir bei dem Thema Steuern und Einnahmenseite sind, sagen wir, und Berlin verträgt das durchaus: Die Gewerbesteuer gehört aus unserer Sicht mit aufgerufen. Und wir sagen auch, die Getränkesteuer, damit der Regierende Bürgermeister, wenn er das nächste Mal wieder so ins Bier weint wie vorhin bei seiner Einstiegsrede, dann auch eine angemessene Steuer dazu zahlt und Berlin ein bisschen was davon hat.

[Beifall bei den Grünen]

Wir sind auch der Meinung, dass so etwas wie eine Touristentaxe oder Kulturtaxe für Berlin durchaus diskutabel ist.

Kommen wir zum zweiten Baustein: Umgang mit den landeseigenen Unternehmen. Da machen Sie geradezu groteske Vogel-Strauß-Politik. Schauen Sie sich den FDP-Antrag genau an! Wenn Sie so arbeiten, wie Sie das jetzt machen, müssen Sie – oder hoffentlich nicht mehr Sie, aber leider dann andere – in fünf bis zehn Jahren alles das beschließen, was in dem Antrag des Kollegen Dr. Lindner steht.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Das wollen Sie doch!]

– Nein, das wollen wir nicht! Das ist genau der Unterschied, das habe ich Ihnen vorhin schon gesagt, und wenn Sie nicht zuhören können, dann sollten Sie es jetzt endlich lernen. Wir wollen nicht, dass hier in zehn Jahren der Insolvenzverwalter steht.

Sie rufen die GSG auf und sagen, Sie wollen prüfen, ob Sie die GSG verkaufen. Wenn ich es damals richtig verstanden habe, haben Sie für die GSG bereits ca. 200 Millionen € von der Investitionsbank Berlin abkassiert. Insofern reden Sie doch nicht über die GSG, sondern reden Sie darüber, dass Sie weiteres Geld aus der Investitionsbank Berlin ziehen wollen, und sagen Sie konkret, wie Sie das machen wollen, statt dass Sie uns hier etwas erzählen, was in dieser Form so überhaupt nicht stimmt.

[Michael Müller (SPD): Das hat doch damit gar nichts zu tun!]

Dann werden Sie an einem solchen Punkt endlich konkret!

[Beifall bei den Grünen]

Die Punkte BEHALA, Großmarkt, Liegenschaftsfonds, Münze werden bislang überhaupt nicht aufgerufen.

Und eines, Herr Kollege Müller: Wenn Sie die städtischen Wohnungsunternehmen nicht verkaufen wollen, habe ich durchaus Verständnis dafür, weil ich weiß, was für wohnungspolitische Probleme das bringt. Aber dann machen Sie das, was sowieso schon seit Jahren nötig gewesen wäre, eine schrittweise Heranführung – auch da bin ich für schrittweises Vorgehen und nicht dafür, heute einfach alles über das Knie zu brechen – an die Zahlung von 200 Millionen € Zinsen, die uns die PDS so wunderschön vorrechnet. Damit Sie im ersten Jahr 50, im zweiten Jahr 100, im dritten Jahr 150 und im vierten Jahr von da ab laufend 200 Millionen € zur Zinsentlastung jährlich von den Wohnungsunternehmen auch wirklich einnehmen, denn das sind die Wohnungsunternehmen Berlin schuldig. Zu meinen, man könnte einen Bogen um die Wohnungsunternehmen machen, eine Art Gartenzaun, damit sie überhaupt keinen Beitrag zur Sanierung des Berliner Haushalts leisten, das kann es nicht sein. Ich weiß, Frau Bluhm wird uns das wieder sagen, dass das den Wohnungsunternehmen nicht zumutbar ist.

[Zurufe von der Linksfraktion]

Ich weiß, dass auch das hart ist. Ich weiß auch, dass das den Mietern Probleme bereitet, aber – das sage ich jetzt auch in die andere Richtung – wir wissen ganz genau, dass ein Verkauf an Cerberus oder andere Heuschrecken sofort dazu führen würde, dass da enorm Geld herausgezogen werden würde. Insofern frage ich mich, warum die Wohnungsunternehmen nicht so effizient und solide wirtschaften können, dass sie Schritt für Schritt an Berlin einen deutlichen Zins abliefern können.

[Beifall bei den Grünen]

Der nächste Punkt: Solidarpakt im öffentlichen Dienst. Da habe ich schon gelesen, dass er irgendwie debattiert werden soll und Sie sich pflaumenweich darum herumdrücken, was da nun passieren oder nicht passieren soll. Und die berühmten 100 000 Beschäftigten bis 2011 pfeifen doch die Spatzen nun schon Jahr für Jahr vom Dach. Das ist doch auch keine Neuerfindung. Das ist keine zusätzliche Sparmaßnahme. Wir sagen ganz konkret: Die 400 Millionen €, die bei einer Fortsetzung des Solidarpakts zu erwarten sind, müssen in dieser Höhe auch jetzt in einen Finanzplan hineingenommen werden, und darum können Sie sich nicht drücken. Der öffentliche Dienst muss in Berlin einen weiteren Beitrag leisten, und eine Koalition, die regieren will, muss sich klare, konkrete Ziele hier und heute und in diesen Koalitionsverhandlungen stellen und kann nicht sagen: Wir wissen ja nicht, ob wir dieses oder jenes bekommen oder nicht. Wenn Sie so wenig von Planung verstehen, Herr Liebich, dann weiß

Franziska Eichstädt-Bohlig

ich nicht, was Sie in den letzten Jahren gelernt und gemacht haben, vor allem im Sozialismus, der gemeint hat, er sei die perfekte Form von Planwirtschaft.

[Beifall bei den Grünen und der CDU –
Zuruf von Stefan Liebich (Linksfraktion)]

Dann ist es mit Ihren Sparvorschlägen schon vorbei. Dann gestattet sich eine Koalition oder eine Verhandlungsgruppe, die Senat werden möchte, in die Hoheit des Parlaments einzugreifen, und beschließt, das Parlament solle auf 130 Abgeordnete verkleinert werden und auf die Diätenerhöhung verzichten.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Schlimm!]

Ich halte beide Vorschläge für gut und richtig und unterstütze sie, und Sie haben auch die Unterstützung unserer Fraktion. Trotzdem bin ich dafür, dass auf die Kleiderordnung geachtet wird und dass nicht ein kommender Senat über die Rechte des Parlaments befindet, sondern dass das dieses Haus tut.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP –
Zurufe von der Linksfraktion]

Jetzt kommen noch ein paar Vorschläge von uns Grünen: Sparmaßnahmen im Beamtenrecht. Hier hat Berlin seit Neuestem Entscheidungshoheit, sollte sie auch nutzen und ein Stück weit herangehen, weil es nicht einzusehen ist, dass die Angestellten im öffentlichen Dienst anders behandelt werden als die Beamten. Hier gibt es durchaus Einsparpotenziale und neue Handlungsmöglichkeiten.

[Stefan Liebich (Linksfraktion): Was genau sollen wir machen?]

Das Zweite sind Kürzungen im Bereich der inneren Sicherheit. Das sehen wir anders als der Kollege Pflüger. Hier gibt es durchaus Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung. Die kann und muss man ausnutzen. Die werden im Karlsruher Urteil sehr deutlich aufgespießt und angeht.

Ein nächster Punkt ist: Wir sparen einiges, wenn die Kitas zu 100 % in freie Trägerschaft übertragen werden. Hier sollte der Senat mutiger herangehen als bisher.

[Beifall bei den Grünen]

Ein nächster Punkt: Überprüfung und Vereinheitlichung der Kostensätze für entgeltfinanzierte Leistungen. Da wird bisher nach dem Lustprinzip herangegangen oder nach Beziehungen, die die einzelnen Träger jeweils zum Senat haben. Das halten wir nicht für richtig. Wir sind für einheitliche Sätze auf dem Niveau des Durchschnitts.

Unsere Vorschläge machen zusätzlich ein Einsparvolumen von etwa 600 Millionen € jährlich aus. Haben Sie den Mut! Was längst in der Diskussion ist und wo Sie momentan nicht so weit springen wollen, sondern ständig davor zurückzucken, macht ein Sparvolumen von 1 Milliarde € aus. Nehmen Sie unsere Vorschläge dazu, dann haben Sie 1,6 Milliarden € und können bis 2011 einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen. Dann sind wir schon einen ersten Schritt weiter. Ich warne davor zu sa-

gen: Weil wir hinterher größere Probleme bekommen – und die bekommen wir tatsächlich, weil der Solidarpakt schrittweise ausläuft und weil Sie Berlin momentan so kaputtreden, dass bald keiner mehr Lust hat, in diese Stadt zu kommen und neue Wirtschaft aufzubauen –, weil wir diese kommenden Probleme haben, ist jeder Euro mehr, der heute bei der Netto-Neuverschuldung gespart wird, existenziell wichtig. Die Art, wie Sie herangehen, vor allem die PDS, die immer sagt: Es lohnt nicht, heute zu sparen, denn morgen werden die Probleme noch größer sein –, das ist hanebüchen. Wer so an die Politik herangeht, sollte sein Geld gleich zurückgeben. Es darf in dieser Stadt nicht passieren, dass so getan wird, als müsse man heute nicht handeln, weil man morgen Probleme hat. Das ist eine Herangehensweise, die ich skandalös finde, schon gar für eine Partei, die meint, sie wolle hier Regierungsverantwortung übernehmen.

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Ich möchte noch etwas Grundsätzliches sagen. Herr Pflüger hat ein Angebot gemacht, das ich für sehr wichtig halte. Die Schulden werden uns jahrzehntelang in dieser Stadt begleiten. Aber diese Sache kann nicht nur in kleinen Koalitionsverhandlungen verhandelt werden, sondern sie braucht eine Grundhaltung, die die gesamte Berliner Gesellschaft mitnimmt und der ganzen Stadt Mut macht, zu handeln und Einschnitte zu akzeptieren. Diese Mentalität – Herr Sarrazin hat gesagt, jeder geht auf seinen Misthaufen und kräht, ich sage, jeder verteidigt sein Terrain und sagt: Bei mir muss nicht gespart werden, weil bei den anderen auch nicht gespart wird – müssen wir in dieser Stadt überwinden. Nur dann kann es gelingen, wenn erstens alle gemeinsam sagen: Wir gehen nach vorne und weisen nicht ständig immer nur nach, wo es nicht geht. Das Zweite ist, wir müssen es gemeinsam in die Bürgerschaft und in die Stadt hinein vermitteln, wir müssen den Gemeinsinn in Berlin stärken, und zwar in einer mutigen Weise, nicht in dieser hasenfüßigen Art, wie Sie es heute machen. Die ist unerträglich. Die hat Berlin nicht verdient. Lassen Sie uns endlich mutig gemeinsam herangehen! Lassen Sie uns die ersten anderthalb Milliarden einsparen! Und lassen Sie uns dann Schritt für Schritt gemeinsam sehen, wie wir in dieser schwierigen Lage in den Jahren ab 2011 weiter vorankommen, wenn die Luft noch einmal deutlich dünner wird. Nur in dieser Art – Sie haben es Hauptstadtpakt genannt, ich empfehle ein Bündnis für Berlin, aber mir ist egal, wie das heißt –, nur wenn die Politik endlich einen Schulterchluss macht und die harten Einschnitte gemeinsam trägt, entwickelt sich in der Stadt ein anderes Bewusstsein. Wir müssen ehrlich mit den Bürgern reden und dürfen nicht so tun, als könnten wir sie vor bestimmten Einschnitten einfach bewahren, denn das können wir nicht. Die Bürger werden es bezahlen.

Vorhin hat hier jemand völlig zu Recht gesagt: Von uns hier wird kaum jemand von den Zinslasten und der Netto-Neuverschuldung geschädigt, die weiter anwachsen.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ich habe es gesagt!]

Franziska Eichstädt-Bohlig

– Danke schön! – Aber die Bürger dieser Stadt müssen es bezahlen. Das Urteil hat sehr deutlich gesagt, dass niemand anderes Berlin diese Lasten abnehmen wird. Deswegen müssen wir mit den Bürgern fair und ehrlich umgehen. Es darf nicht so sein, dass sie im Jahre 2015, 2016 einen Hundertmilliardenberg abgeliefert bekommen und dann gar keine Luft mehr zum Atmen haben. Das sind zunächst Sie, aber dann wir alle der jüngeren Generation schuldig.

[Beifall bei den Grünen und der CDU]

Wenn wir aus dem Parlament hinausgehen, dann steht gleich rechts eine Plakatwand – neu beklebt – neben unserem Abgeordnetenhaus. Da feiert Bethel seinen 125-jähriges Bestehen mit einem Satz von Friedrich von Bodelschwingh:

Neue große Nöte brauchen neue mutige Gedanken.

Herr Wowereit und die neue, sich jetzt bildende Koalition! Ich fordere Sie auf, fassen Sie endlich diesen Mut, hören Sie auf zu jammern, nehmen Sie die Sache in die Hand, und fangen Sie an, uns einen soliden Finanzplan und eine solide Haushaltsentwicklung vorzulegen! Wir werden das mittragen, aber zwingen Sie uns nicht, dass wir noch einmal zum Verfassungsgericht gehen müssen, weil Sie da nicht heranwollen.

[Zurufe von der Linksfraktion]

Wenn Sie jetzt nach diesen Koalitionsverhandlungen und mit Beginn der neuen Regierungszeit keinen Finanzplan vorlegen, der den Weg zu einem verfassungsgemäßen Haushalt bis 2011 weist, dann haben Sie es nicht verdient, auf die Verfassung zu schwören. Das sollten Sie sich überlegen. Und dann zwingen Sie uns zu Maßnahmen, die wir in der Form, wie die FDP das momentan für das nächste Jahr vorsieht, nicht für richtig halten.

[Carola Bluhm (Linksfraktion): Ihnen fällt nichts Neues ein! –

Weitere Zurufe von der Linksfraktion]

– Ja, aber nur, wenn Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben machen. Das ist Ihr Job. Sie müssen jetzt den ersten Schritt machen. Dann können wir – wie Herr Pflüger und wir es vorgeschlagen haben – das durchaus unterstützen. Dazu sind wir bereit, aber nicht in der Form, dass Sie sich bequem zurücklehnen und bei allen Dingen immer nur sagen, dass Sie es nicht nötig hätten, dieses oder jenes zu machen,

[Uwe Doering (Linksfraktion): Das machen wir ja nicht!]

und dass Sie der Bevölkerung gegenüber nicht ehrlich genug die nötigen Einschnitte vertreten wollen. Seien Sie nicht so feige, sondern endlich mutig, wie es Berlin verdient hat!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin Eichstädt-Bohlig! – Jetzt spricht für die Linksfraktion die Frau Fraktionsvorsitzende Bluhm. – Bitte schön!

Carola Bluhm (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe neue Kolleginnen und Kollegen! Berlin kann sich so schlecht von außen betrachten. Frau Eichstädt-Bohlig! Sie haben es gerade viele Minuten lang probiert. Das Wort „Soziales“ habe ich gar nicht gehört. Ich glaube, Sie haben diese Stadt nicht erkannt.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Das Urteil der Verfassungsrichter war einstimmig. Es war eindeutig, und es war, was die Versagung finanzieller Hilfen für Berlin anbelangt, wohl auch endgültig. Es ist eine sehr schwierige Situation entstanden, die niemanden von uns gleichgültig lassen kann. Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Regierende Bürgermeister den Karlsruher Richterspruch zum Anlass für eine Regierungserklärung genommen hat.

Wir haben das Karlsruher Urteil zu akzeptieren. Eine moralische Verpflichtung, es auch in der Sache richtig zu finden, gibt es gleichwohl nicht. Ich meine, dass die Richter in Karlsruhe das falsche Berlin beurteilt haben. Sie meinten das Berlin der Neunzigerjahre mit Verschwendung, Größenwahn, mit Filz und Korruption, und sie treffen Berlin im Jahr 2006, eine Stadt, die sich nach Kräften bemüht, sich aufzurappeln und neu durchzustarten. Der 16. Oktober 2006 war kein guter Tag für Berlin, aber er ist auch kein Anlass, in Depressionen zu verfallen. Berlin hat schon viele schwierige Momente gemeistert und wird es auch diesmal schaffen.

Die Klarheit des Urteils lässt allerdings auch den politischen Streit darüber müßig erscheinen, ob die Klage hinreichend begründet war, ob man vor Gericht geschickter hätte agieren können oder müssen.

[Uwe Goetze (CDU): Das ist ja einfach!]

Berlin hatte – das ist meine feste Überzeugung – von vornherein keine Chance. Der Grund hierfür ist in der Urteilsbegründung ganz klar nachzulesen.

[Uwe Goetze (CDU): Das ist die wowereitsche Theorie!]

Karlsruhe sieht die größten Einsparpotenziale in Berlin ausgerechnet da – hier stimmen wir mit Ihnen, Herr Goetze, überein –, wo die Stadt Wissenschaft und Kultur entwickelt, wo die Potenziale der Stadt liegen. Das sind klare Einsparvorgaben und Überausstattungsanweisungen aus Karlsruhe gewesen. Dieser Gegensatz ist fundamental, und da geht es nicht um Effizienzsteigerungen oder Vereinfachungen von Strukturen. Karlsruhe verlangt eindeutig Abbau, wo mindestens Sicherung, wenn nicht Aufbau angebracht wäre. Was nach Auffassung von Karlsruhe Berlin hätte retten können, würde die Stadt nach unserer Meinung zerstören. Immanent ist das Problem nicht auf-

Carola Bluhm

zulösen. Es muss politisch entschieden werden. Um diese Frage dürfen wir uns nicht drücken.

Da hilft es nicht, Herr Pflüger, wenn Sie mit Verve Antworten des Senats einfordern und dabei hoffen, es möge unbemerkt bleiben, dass die CDU selbst keine hat.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Unruhe bei der CDU]

Herr Pflüger! Das war Ihre erste Rede in diesem Haus. Ich hätte erwartet, dass Sie in diesen über 30 Minuten einen Satz zu der singulären Verantwortung der Berliner CDU für den Schuldenberg, vor dem Berlin jetzt steht, sagen.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD –
Volker Ratzmann (Grüne): Was ist
mit Eurem Koalitionspartner?]

– Herr Müller hat selbstverständlich etwas dazu gesagt, und ich finde, das gehört sich auch so, Verantwortung für vergangene Entscheidungen zu tragen, Lehren daraus zu ziehen und Veränderungen zu treffen.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD –
Uwe Goetze (CDU): Was ist denn
mit dem Erbe der DDR?]

Es hilft auch nicht, Herr Lindner, wenn die FDP das Urteil selektiv wahrnimmt, also das herausstellt, was ihr ideologisch in den Kram passt – Stichwort: Privatisierung –, und vornehm alle Aufforderungen von Karlsruhe, Steuererhöhungen vorzunehmen, verschweigt.

Die absolute Krönung aber waren auch diesmal wieder die Grünen. – Kollege Ratzmann, das war schon eine stramme Leistung –: Ein Urteil, das nicht weniger als die finanzielle Zukunft unserer Stadt zum Gegenstand hat, in erster Linie als Chance zu sehen, nun doch noch zum Senatorenposten zu kommen!

[Beifall bei der Linksfraktion –
Beifall von Dr. Frank Steffel (CDU)]

Ich will Ihnen das auch überhaupt nicht vorwerfen. So sind Sie nun mal! Aber seien Sie so freundlich und verschonen uns künftig mit dem ganzen pomphaften Gerede von der Gestaltung, der Verantwortung, dem Wählerwillen, und dass Ihr Streben nur zum Besten der Menschheit ist. Wir fühlen uns über die Motive Ihres politischen Handelns hinreichend informiert.

[Volker Ratzmann (Grüne): Das glaube ich nicht!]

Wir müssen uns entscheiden, wo wir mit unserer Stadt hinwollen. Das ist Aufgabe der Politik, aber nicht nur ihre. Auch die gesellschaftlichen Kräfte, die Verbände und Interessengruppen, sind in der Verantwortung. Auch hier wird es nicht reichen, im Hauptsatz energisch zusätzliche Sparanstrengungen zu fordern, um sie im Nebensatz lautstark für die jeweils eigenen Bereiche abzulehnen.

Wir sollten unsere eigenen, ebenfalls von allen hier im Haus vertretenen Argumentationen aufrecht erhalten. Wir sollten ihnen vertrauen. Wir sind nach Karlsruhe gegang-

gen, weil wir uns aus eigener Kraft nicht sanieren können. Diese Überzeugung wird nicht dadurch falsch, dass sie von Karlsruhe nicht geteilt wird. Falsch wäre es aber, jetzt so zu tun, als könnten wir es schaffen, wenn wir uns nur genug anstrengen würden. Diese Form nachholenden Gehorsams würde der Stadt mehr schaden als nutzen. Wir würden im Übrigen auch dann kein Geld mehr bekommen, wenn wir jetzt Opern schlossen und alles verkauften, was nicht niet- und nagelfest ist. Machen wir uns nichts vor!

Frau Eichstädt-Bohlig hat angekündigt, dass ich etwas zur öffentlichen Daseinsvorsorge und dem Bekenntnis dazu sagen werde. Ich wollte es vor einem ganz anderen Hintergrund tun, aber schauen wir uns an, was Sie gefordert haben: Wenn wir alle Wohnungsbaugesellschaften des Landes verkaufen würden, dann wäre das eine strukturelle Zinersparnis von 160 bis 200 Millionen €

[Dr. Martin Lindner (FDP): Quatsch!]

Mit einer Steigerung des Leitzinses von nur 0,25 % wäre das verpufft, und gleichzeitig ginge die Steuerungskraft für die ganze Stadt, für den gesamten Wohnungssektor damit verloren. Das Karlsruher Urteil hat uns Hilfe verweigert, aber uns auch die Freiheit gegeben, souverän zum Wohle der Stadt zu entscheiden. Die Richter haben Ratschläge gegeben, aber keine Auflagen erteilt.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Was ist denn das
für eine soziale Logik? –

Zuruf von Franziska Eichstädt-Bohlig (Grüne)]

Wir haben die Aufgabe, mit dieser Freiheit verantwortungsbewusst umzugehen, zum einen auf der nationalen Ebene bei der Föderalismusreform II. Ich bin kampfesmutig, aber nicht euphorisch, was die Erfolgsaussichten anbetrifft. Es gibt nun einmal einen natürlichen Egoismus der reichen Länder, der gegen die notwendige Umverteilung spricht. Wir werden zugleich mit dem Bund und den Ländern über Ausgleichszahlungen verhandeln müssen. Denn von den zurzeit 140 000 Studierenden in Berlin sind 80 000 keine Berlinerinnen oder Berliner. Wir bilden für die Republik und andere Länder aus. Wir geben darüber hinaus 100 Millionen € für hauptstadtbedingte Sicherheitsdienstleistungen aus. Der Bund erstattet lediglich 38 Millionen €. Die Liste ließe sich fortsetzen. Festzuhalten ist, dass Berlin sich nach Karlsruhe solche Geschenke an andere nicht mehr leisten kann.

Wir stehen vor einer doppelten Aufgabe: Wir werden unseren Konsolidierungskurs mit sozialem Augenmaß fortsetzen, und wir werden die Stärken der Stadt weiter stärken. Es darf in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnert werden, welche Konsolidierungsanstrengungen Berlin in den letzten Jahren unternommen hat – schmerzhaft Entscheidungen, massive Proteste. Aber das Ergebnis kann sich im Vergleich mit den anderen Ländern und auch dem Bund sehen lassen. Berlin hat seine Ausgaben um über 11 % gesenkt. Im selben Zeitraum haben der Bund und die Länder ihre Ausgaben durchschnittlich um 11 % angehoben. Wir haben den aktuellen Haushalt, also unsere aktuellen Einnahmen und Ausgaben, in ein ver-

Carola Bluhm

nünftiges Gleichgewicht gebracht. Darauf können wir auch ein wenig stolz sein.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Wir werden den Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzen, aber wir werden Berlin nicht blindwütig kaputtsparen. Das heißt, wir tun, was wir können. Zum Beispiel fangen wir bei der Politik durch die Verkleinerung des Abgeordnetenhauses und der Bezirksämter, durch den Verzicht auf Diätenerhöhungen an, und wir werden auch die Einnahmeseite stärker ins Blickfeld nehmen.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Alles lächerliche Aspekte!]

Steuererhöhungen für Besserverdienende sind nötig, und diese Debatte werden wir auch der Bundesregierung nicht ersparen. Unternehmenssteuerreformen, die weiteres Geld kosten, sind nun völlig fehl am Platz und dürfen von Berlin nicht unterstützt werden. Auch bei den Steuern, die wir auf Landesebene erheben, können wir nachjustieren. Das haben wir verabredet. Das ist nicht schön, geschieht jedoch nicht ohne Sinn.

Was Berlin bietet, hat keine andere Stadt zu bieten: Die Kombination aus erschwinglichen Lebenshaltungskosten inklusive der Mieten in der Innenstadt, das Angebot und die Qualität von Wissenschaft, Kunst und Kultur, die Kita als Bildungseinrichtung, die öffentliche Mobilität und nicht zuletzt und vor allem durch Rot-Rot erlebbar gemachte Geschichte einer ehemals geteilten Stadt.

Berlin ist schnell, vielschichtig, weltoffen, sozial und tolerant – nicht auszudenken, wir würden auch noch freundlicher! Diese Mischung macht es. Die Berliner Lebensverhältnisse, die Lebensqualität, eine Stadt mit Ost-West-Kompetenz: Das ist das Geheimnis der Faszination und beschreibt Berlins Alleinstellung gegenüber anderen Städten. Wenn es uns gelingt, uns im ersten Schritt unserer Stärken bewusst zu werden und im zweiten Schritt unsere Stärken zu stärken, dann ist mir um die Zukunft Berlins nicht bange. Dann können wir sagen: Wir haben verstanden, und wir nehmen die Herausforderung des Standortwettbewerbs an – sehr gern sogar.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Insofern hat es Kalkül, dass wir bei Kinderbetreuung und Bildung mehr machen als andere Städten. Deshalb haben wir uns gestern in den Koalitionsverhandlungen für die Kostenfreiheit der Kita und den Einstieg in die Gemeinschaftsschule entschieden.

Selbstverständlich werden wir benedigt, doch es ist richtig, diese Alleinstellungsmerkmale weiter auszubauen. Dafür steht die Linkspartei. Wir werden mit den Sozialdemokraten weiter verhandeln, und dann wird man sehen, ob die gemeinsame Schnittmenge auch in der schwieriger gewordenen Situation für weitere fünf Jahre Zusammenarbeit reicht. Das ist nicht sicher, aber ich bin bei dem derzeitigen Verhandlungsstand optimistisch. Und für uns gilt immer noch: Wir können regieren, aber wir müssen nicht um jeden Preis.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kollegin Bluhm! – Nun spricht für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Lindner. – Bitte schön!

Dr. Martin Lindner (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Berlin befindet sich in einer seiner größten Haushalts- und Finanzkrisen. Die Ursachen dafür – das ist verschiedentlich angeklungen – sind durchaus vielschichtig. Das will niemand aus der Opposition verschweigen. Da gibt es kein monokausales, eindimensionales Betrachten, sondern es handelt sich um ein vielschichtiges Problem. Aber wir haben ein erhebliches Mitverschulden an diesem Urteil durch Sie, Herr Wowereit, und Ihren Senat. Das muss man an dieser Stelle auch festhalten.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Ich rede jetzt gar nicht von Ihrem selbstgefälligen „Arm, aber sexy“-Geschwafel im Ausland. Davon rede ich gar nicht.

[Zurufe]

Ich finde es übrigens ganz amüsant, wenn dieser Spruch von Abgeordneten, die neu in das Haus gekommen sind, mit diesen T-Shirts aufgenommen wird. Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich sage Ihnen hierzu jedoch Folgendes: Die Diäten sind vielleicht nicht sehr üppig, aber sie sind doch so ausreichend, dass man sich nicht als arm deklarieren kann – von sexy gar nicht zu reden.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen –
Allgemeine Heiterkeit]

Herr Wowereit! Was glauben Sie, wie das bei Ihren Kollegen, den Ministerpräsidenten, bei der Bundeskanzlerin, bei der Bundesregierung und vor allem bei den Richtern am Bundesverfassungsgericht angekommen ist, was Sie in den letzten Wochen und Monaten vor der Entscheidung des Verfassungsgerichts aufgeführt haben? – Die Parteitage von SPD und PDS haben beispielsweise beschlossen, keinerlei Wohnungen mehr zu verkaufen, obwohl Dresden – Sachsen, auch ein neues Bundesland – vorgemacht hat, dass man das sehr wohl tun kann, um aus einer finanziellen Krise herauszukommen. Wie ist es wohl angekommen, wenn auf der einen Seite von Ihnen gefordert wird: Keine Studiengebühren! – das wurde im Wahlkampf so vorgetragen –, während auf der anderen Seite eine alleinerziehende Mutter beispielsweise in Nordrhein-Westfalen mit ihren Steuern das bezahlen soll, was Sie in Karlsruhe begehrten, und deren eigener Sohn oder deren eigene Tochter Studiengebühren an einer Universität in Nordrhein-Westfalen zu entrichten hat? Wie ist es wohl angekommen, wenn beispielsweise in Hessen ein Vater von drei Kindern mit den Steuern, die er bezahlt, Ihr Begehren in Karlsruhe bezahlen soll, während er gleichzeitig für seine drei Kinder etwa 300 oder 400 € monatlich an

Dr. Martin Lindner

Kosten für den Kindergarten zu bezahlen hat? – Sie glauben doch nicht im Ernst daran, dass dies dazu beigetragen hat, Verständnis für Berlin zu wecken und für den berechtigten Kern des Anliegens zu werben. Es hat vielmehr zu Verärgerung und zur Verhärtung der Fronten geführt, und daran sind Sie schuld. Sie haben das Interesse Ihrer Partei und Ihr persönliches Interesse, hier weiter in der Regierung zu sitzen, über das Interesse Berlins und des Landes gestellt. Das ist schändlich, und das ist zu verurteilen.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Sie tragen die Verantwortung dafür. Wir haben heute Morgen im Gottesdienst gehört, dass man auch als Opposition immer Teilerfolge betrachten und wertschätzen muss. Das einzig Erfolgreiche oder Schöne daran ist, dass auf diese Weise das ganze Land gesehen hat, aus welchem Holz Sie geschnitzt sind, und dass damit wenigstens Ihre bundespolitischen Ambitionen begraben wurden. Das gibt wenigstens Hoffnung für das Land, wenn sie schon dieser Stadt durch Ihre Regierungstätigkeit fehlt.

Besonders ärgerlich an dieser Vorgehensweise finde ich, dass Sie mit diesem Handeln, mit dieser Arroganz, mit diesem Attentismus und mit dieser Selbstgefälligkeit genau denjenigen in die Hände gespielt haben, die Berlin schon immer skeptisch bis ablehnend gegenübergestanden haben, den Berlinkritikern und – das kann man sagen – teilweise auch Berlinhassern in den Redaktionsstuben und unter Ihren Kollegen Ministerpräsidenten. Denen haben Sie Wasser auf ihre Mühlen gespült. Das ist genauso ärgerlich und schädlich an dieser ganzen Geschichte.

Ich appelliere aber an die Ministerpräsidenten und an die Bundesregierung und sage ganz klar: Berlin ist nicht Wowereit. Berlin ist auch nicht Rot-Rot. Wir haben einen berechtigten Anspruch auf Solidarität. Es gibt einen erheblichen Teil von Schulden, der völlig unabhängig davon angewachsen ist, wer nach 1990 Regierungsverantwortung übernommen hat. Das ergab sich aus dem Zusammenwachsen der beiden überbordenden Verwaltungen. Niemand hätte diese komplett abbauen können, wie es der Einigungsvertrag ermöglicht hätte. Das ist der Kern, auf den wir Anspruch haben, und das bleibt auch der Anspruch des Landes Berlin. Umso schlimmer ist es, dass Sie das leichtfertig verspielt haben, Herr Wowereit!

Statt dass Sie jetzt mutig und kraftvoll hergehen und die Probleme Berlins lösen, machen Sie das Folgende: Sie versuchen erneut, ein Bündnis mit den Linksozialisten, mit der Linkspartei zu gründen. Lieber Herr Wowereit! Können Sie mir ein Beispiel in der Geschichte dieser Erde sagen, wo Sozialismus dazu beigetragen hat, haushalts- und finanzpolitische Probleme zu lösen?

[Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit: In Cottbus!]

Sozialismus ist Teil des Problems – ganz egal, in welchem Gewand er daherkommt. Das müssen wir doch einmal sehen. Da kann man doch nicht ernsthaft in einer solchen Krise hergehen und mit dieser Partei erneut versuchen, ein Bündnis zu schmieden.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ich bin der Letzte, der große Propaganda für angeblich große Koalitionen oder eine rot-grüne Koalition macht, aber ich sage Ihnen ganz klar: Jedes Bündnis zwischen demokratischen Parteien – diese Einschränkung mache ich – außer Rot-Rot wäre auf jeden Fall besser für diese Stadt. Jede andere Konstellation!

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Aber Sie wollten die. Selbstverständlich! Das sind bewährte Schlittenhunde der Macht.

[Allgemeine Heiterkeit –
Zurufe von der Linksfraktion]

Das ist erprobt. Die gehen, vom Wähler zusammengestaucht und zusammengefaltet, durch jeden Türschlitz. Das ist gar kein Problem. Die sind Ihnen wesentlich bequemer als andere Geschichten. Das verstehe ich gut. Aber es hat wiederum nichts mit dem Interesse des Landes zu tun. Das hat mit Ihrem persönlichen Interesse an einem bequemen Regierungshandeln zu tun, aber nicht mit dem Land Berlin.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Das haben Sie wieder vorgeführt. Statt sich hinzusetzen und ernsthaft darüber nachzudenken, wie wir es anpacken können, setzen Sie sich lieber mit einem Fernsehkoch zusammen und betreiben Urteilsschelte. Ich finde, Herr Birolek soll sich um Ochenschwanz und böhmische Knödel kümmern, aber Sie sollten sich gefälligst darum kümmern, wofür Sie gewählt worden sind und bezahlt werden, nämlich Berlin aus der Krise herauszuführen.

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Zurufe von der Linksfraktion]

Sie haben heute wieder eine Kostprobe gegeben. Sie haben sich hingestellt und darum gebeten, dass man Ihnen zuhört. Ja, gut! Aber außer Larmoyanz, außer dem Beklagen, wie schlecht es Ihnen geht und wie gemein die anderen waren und wie böse alle mit Ihnen umgehen, haben wir nichts Substantielles darüber gehört, was Sie machen wollen.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Jetzt geht's los!]

Das einzige, was Sie beschlossen haben, ist das, was Sozialdemokraten und Sozialisten immer können, nämlich Steuererhöhungen, den Bürgern in die Tasche greifen. Ich komme darauf später noch einmal. Das muss man sich genau anschauen. Aber bevor Sie einen einzigen Konsolidierungsschritt vorgeschlagen, einen einzigen eingreifenden Beitrag geliefert haben, kommen Sie absurderweise wieder mit Steuererhöhungen. Das Dreiste war, sich hinzustellen und zu erzählen, Sie wollten die Verfassung des Landes wahren und achten, während Ihr Koalitionspartner erklärt, es sei absurd und spinnig, einen verfassungsmäßigen Haushalt wenigstens als Ziel zu formulieren. Noch nicht einmal als Ziel wollen Sie das formulieren.

Dr. Martin Lindner

Ich frage Sie, Herr Sarrazin: Was tun Sie hier eigentlich noch zwischen diesen Leute auf der Regierungsbank? Da haben Sie doch – das gebietet auch der persönliche Respekt – nichts mehr verloren. Die haben es doch aufgegeben, den Haushalt zu konsolidieren.

[Beifall bei der FDP]

Haben Sie Respekt vor sich selbst und vor dem, was Sie am Anfang der letzten Legislaturperiode angestoßen haben, und verlassen Sie diese Regierung! Es hat keinen Sinn. Mit diesen Leuten kann man keinen Staat machen und keinen Haushalt sanieren.

[Zuruf von der Linksfraktion: Und jetzt konkret!]

Kein Mensch will klagen. Aber wenn Sie so weitermachen, wird die FDP in der Opposition mit dafür sorgen, dass die Sache wieder vors Landesverfassungsgericht geht. Es ist für eine seriöse, verantwortungsbewusste Opposition selbstverständlich, nicht zuzuschauen, wie Sie das Land gegen die Wand fahren.

[Beifall bei der FDP –

Vereinzelter Beifall bei der CDU –

Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion): Nennen Sie uns Alternativen!]

– Ich nenne Ihnen Alternativen: In einer solchen Krise liegt eine Chance. Zunächst – das klang bereits an – muss ein erheblicher Teil der Landesunternehmen, der Wohnungsbaugesellschaften, der BVG, der BSR, der Hafенbetriebe, von Vivantes und anderen verkauft werden. Das können andere im Wettbewerb genauso gut machen.

Schauen Sie sich die Wohnungsbaugesellschaften an. Es ist schizophoren, was Sie betreiben. Sie stellen sich ernsthaft hin und sagen, Sie wollten die Mieter schützen und deshalb die Wohnungsbaugesellschaften nicht verkaufen. 15 % der Mieter Berlins sitzen in Wohnungen solcher Gesellschaften. Die werden genauso wie die restlichen 85 % eine dicke, fette Rechnung von Ihnen präsentiert bekommen, weil die von Ihnen beschlossene Grundsteuererhöhung natürlich auf die Mieten umgelegt wird. Das ist doch selbstverständlich. Sie sind mir gute Mieterschützer! 15 % wollen Sie im öffentlichen Bestand halten. Die restlichen 85 % kriegen Sie auch noch gleich mit dazu. Was diese schönen Gesellschaften dem Staat bringen, hat man heute gesehen: Die GESOBAU will die Preise um 20 bis 25 % erhöhen. Das kommt auch noch.

Wasserpreise, Straßenausbaubeitragsgesetz – Sie müssen einmal sehen, was Sie in der vergangenen und der anstehenden Legislaturperiode getan haben bzw. beabsichtigen, um die Kosten der Immobilien zu erhöhen. Das können Sie. Dazu sagen wir nein. Natürlich müssen diese Gesellschaften verkauft werden. Die Zeit drängt auch. Die großen US-Pensionskassen haben jetzt Interesse. Jetzt können beachtliche Preise erzielt werden. Frau Kollegin Bluhm, es ist völliger Unsinn, sich in einer Situation, in der man vier bis sechs Milliarden € erzielen kann – was eine Einsparung von ca. 400 Millionen € Zinsen bedeutet –, hinzustellen und zu sagen: Okay, wir sind unfähig, die

Zukunft zu gestalten. Deswegen lassen wir es lieber gleich und verkaufen gar nicht. – Sie müssen alle Gesellschaften komplett verkaufen. Das wird dauern. Einige wird man sofort verkaufen können; andere wird man sukzessive in den Wettbewerb überführen müssen.

Ich bin beim Thema „Chancen für die Bürger“. Ein Beispiel dafür ist die Straßenreinigung. Eine Privatisierung der BSR hat nicht nur für das Land Vorteile, nämlich dass wir die Zuwendungen in einem wettbewerblichen Straßenreinigungssystem reduzieren können, sondern für jeden Bürger, der bei einem Wettbewerbssystem die Kosten für die Hausmüllabfuhr reduzieren kann. Das ist immer so, wenn Wettbewerbe statt Staatsmonopole existieren. Durch die Privatisierung ergeben sich Chancen für die Bürger.

Ich komme zur Verwaltungsreform, dem Stellenabbau im öffentlichen Dienst und der „Hertie School of Governance“. Ihre Zielgröße liegt bei 25 000 bis 35 000 Stellen. Das ist genau die Größe, die meine Partei immer wieder für richtig und vernünftig gehalten hat. Das ist eine Chance zur Verwaltungsreform mit Staatsaufgabenkritik und einer Reduzierung und Konzentration staatlicher Aufgaben. Das bringt nicht nur dem Staat eine deutliche Ersparnis, sondern auch dem Bürger und den Unternehmen den Vorteil einer effizienten Verwaltung. In einer Mangelverwaltung werden hingegen Stellen ohne System gekürzt und die alten, überbordenden Abläufe – teilweise wie zu Wilhelms Zeiten – erhalten.

Das nächste Kapitel betrifft die sozialen Leistungen. Hierzu etwas Grundsätzliches: Niemand – auch nicht der FDP – macht es Spaß, Einschnitte in das soziale Netz vorzunehmen. Aber wir müssen uns anschauen, wo die Stadt steht und welches Image sie hat. Sie hat das Image, üppig ausgestattet zu sein. Das stimmt ja auch. – Sie müssen das Urteil lesen. – Sie hat überdurchschnittliche soziale Leistungen. Die müssen wir reduzieren. Wir müssen in die sozialen Leistungen einschneiden. Die Zielgröße muss der untere Bereich des Durchschnitts der anderen Länder sein. Mehr können wir nicht ausgeben.

[Wolfgang Brauer (Linksfraktion): Sie provozieren Verhältnisse wie in den französischen Banlieus!]

Wir müssen gleichzeitig dafür sorgen, dass die Standortbedingungen Berlins sich so verbessern, dass private Unternehmen hierherkommen und investieren. Das ist die größte soziale Errungenschaft, die wir bekommen können. Das schafft Arbeitsplätze und Perspektiven für die 350 000 arbeitslosen Berlinerinnen und Berliner und bringt mehr als Blindengeld und verbilligte BVG-Karten. Deswegen können wir, verehrte Kollegen von den Grünen, nicht nach der Rasenmähermethode vorgehen, nach dem Motto „Alle müssen leiden“. Wir müssen sehen, dass wir das Image und die Einstellung zu Berlin systematisch ändern. Weniger soziale Leistungen, bessere Standortbedingungen für die Wirtschaft – das hat die Stunde geschlagen.

Dr. Martin Lindner

[Beifall bei der FDP]

Die Bereiche Wissenschaft, Bildung und Kultur müssen gestärkt werden, aber auch hier wird es möglich sein, sich die eine oder andere Stelle vorzunehmen. Auch hier müssen Strukturveränderungen vorgenommen werden. Im Kulturbereich muss beispielsweise geprüft werden, ob eine Mittelkonzentration und die Schaffung von Leuchttürmen besser ist als eine breite Förderung.

[Alice Ströver (Grüne): Was?]

Es ist vollkommener Quatsch, eine kostenfreie Kita anzustreben, Herr Wowereit. Das ist bildungspolitisch kein sinnvolles Ziel. Wir müssen einen Kernbereich der Bildung in den Kindergärten so günstig wie möglich anbieten – meinetwegen auch kostenfrei –, aber ich sehe nicht ein, dass beispielsweise ein doppelt verdienendes Ehepaar seine Kinder sieben bis acht Stunden kostenfrei zulasten der Gesellschaft unterbringen kann. Das ist nicht akzeptabel. In dieser haushaltspolitischen Situation kann es das nicht geben.

[Beifall bei der FDP]

Vielleicht wird es Sie überraschen, dass ich zu den Steuern Folgendes sage: Natürlich wird es einem Unternehmen, das in der Lage ist, Gewerbesteuern zu zahlen, nicht wahnsinnig viel ausmachen, noch ein bisschen mehr Gewerbesteuern zu zahlen. Es wird – für sich betrachtet – auch keiner vom Kauf eines Grundstücks in Berlin abgeschreckt, wenn die Grunderwerbsteuer erhöht wird. Er wird deswegen nicht in Potsdam kaufen. Wahrscheinlich wird man die von Ihnen vorgesehene Grunderwerbsteuererhöhung irgendwie hinbekommen. Das Problem dieser Steuererhöhungen liegt nicht in der isolierten Belastung, sondern in der schädlichen Signalwirkung. Das signalisiert den Menschen im In- und Ausland, dass Sie nicht in der Lage und willens sind, die Probleme durch Strukturänderungen in den Griff zu kriegen, sondern ihr einziges Rezept in der Verteilung der Lasten – auch auf Neuinvestoren – besteht. Das wird dazu führen, dass diese Investoren einen Bogen um Berlin machen. Wenn ich mir dann die Bilanz anschau, den Ertrag aus solchen Steuererhöhungen – hier 20 Millionen € da 30 Millionen € – und die schädliche, abschreckende Wirkung dieser Steuer, werde ich immer zu dem Ergebnis kommen, dass es sich nicht lohnt, dass es sich schlichtweg aus der Sicht Berlins nicht lohnt, sondern dass es Quatsch ist, mit Steuererhöhungen zu kommen.

[Beifall bei der FDP –

Beifall von Dr. Friedbert Pflüger (CDU)]

Die FDP befindet sich mit diesen Forderungen hier in der Minderheit, das ist mir wohl bekannt.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Gott sei Dank!]

– Da danken Sie nicht Gott, sondern danken Sie

[Uwe Doering (Linksfraktion): Dem Wähler!]

dem Wähler, dass er vielleicht nicht ganz genau hingeguckt hat, was Sie ihm vor der Wahl versprochen haben und was vor dem Hintergrund des Haushalts und der realen finanzpolitischen Verhältnisse seriös und richtig ist.

Schauen Sie sich einmal an, wer unsere Verbündeten sind. Das ist die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer. Was wir fordern, haben die längst in ihren Forderungskatalog aufgenommen. Es ist die Bertelsmann-Stiftung,

[Marion Seelig (Linksfraktion): Das wissen wir!]

die im Ländervergleich zu genau den selben wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen gekommen ist. Es ist die Hertie-Stiftung, die hier genau das notiert, was wir als FDP schon lange vertreten. Die IHK, selbst das DIW, nicht unbedingt bekannt als superliberales Institut, Paul Nolte in der „Welt am Sonntag“, „Capital“, das geht alles in die selbe Richtung. Das ist eine Koalition der Vernünftigen, die sich primär außerhalb dieses Hauses – das bedaure ich – aufhält.

[Beifall bei der FDP]

Wir werden auch weiterhin mit diesen Einrichtungen, mit diesen Instituten den Dialog suchen und weiter unserer Verantwortung gerecht werden, Alternativen zu dem traurigen rot-roten Gemurkse vorzustellen.

Ich appelliere in diesem Zusammenhang nicht, Herr Pflüger, dafür, zur großen Allparteienlösung zu kommen. Die Koalition muss und wird das jetzt allein auslöffeln müssen. Wir Oppositionsparteien aber, CDU, Grüne und FDP, sind aufgerufen, auch weiterhin unsere jeweiligen Alternativen vorzustellen. Wir stehen im Wettbewerb, das ist klar. Die Bürger haben einen Anspruch darauf, dass es seriöse Alternativen konservativer, ökologischer, liberaler und – das betone ich – sozialer Art zum Bisherigen gibt. Wir sind aufgerufen, jeweils für uns Alternativen im Wettbewerb darzustellen. Aber ich glaube, die Bürger haben auch einen Anspruch darauf, dass wir drei uns in der Opposition – im Unterschied zur letzten Legislaturperiode – auch ein wenig mehr sortieren und die eine oder andere Gesamtalternative gegenüber Rot-Rot darstellen. Ich lade Sie dazu ein, ich fordere Sie dazu auf: Lassen Sie uns dort, wo es geht, ein Stück gemeinsam gehen. Nur das bringt in der Tat eine Perspektive und bringt Druck in die Veranstaltung, damit es nicht so traurig und läppisch, wie wir es heute erlebt haben, weitergeht.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Lassen Sie uns Rot-Rot ein Stück gemeinsam treiben, Herr Pflüger, Frau Eichstädt-Bohlig, Herr Ratzmann! Lassen Sie sie uns treiben, dass sie entweder springen oder abtreten, dass das Motto der nächsten Regierungserklärung nicht wie heute „Berlin muss sich alleine helfen“ heißt, sondern dass das Motto der nächsten Regierungserklärung heißt: „Berlin hilft sich allein“. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Dr. Lindner! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Regierungserklärung wurde damit abgegeben und besprochen.

Zum Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachennummer 16/0016 wird die Überweisung an den Hauptausschuss gewünscht. Darüber lasse ich zunächst abstimmen. Wer der Überweisung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit ist einstimmig die Überweisung beschlossen.

Bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, möchte ich insbesondere für die neuen Kolleginnen und Kollegen aus gegebenem Anlass auf Folgendes aufmerksam machen: Das Benutzen eines Handys im Plenum ist nicht erlaubt. Dies vor allem deshalb, weil dadurch Störungen an der Lautsprecheranlage auftreten können. Ich bitte Sie deshalb, das Handy im Plenarsaal auszuschalten. Links und rechts sind Telefonzellen, aus denen Sie kostenlos innerhalb des Landes Berlin telefonieren können. Sie brauchen hier kein Handy. Wen ich beim Telefonieren erwische, der erhält einen Ordnungsruf, um das klar zu sagen.

[Beifall]

Ich rufe auf

lfd. Nr. 10 B:

a) Antrag

Gesetz zur Einführung eines Ladenöffnungsgesetzes

Antrag der FDP Drs 16/0014

b) Dringliche Vorlage – zur Beschlussfassung –

Berliner Ladenöffnungsgesetz

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0015

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Herr Kollege Ratzmann, Sie haben das Wort!

Volker Ratzmann (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ungewöhnlich, dass wir in einer konstituierenden Sitzung gleich das erste Gesetz präsentiert bekommen, das der Senat einzubringen gedenkt. Noch viel ungewöhnlicher ist es aber, dass wir ein Gesetz als dringlichen Antrag vorgelegt bekommen, obwohl die Materie dieses Gesetzesentwurfs bereits seit mehreren Jahren Gegenstand nicht nur in der Berliner Landespolitik ist. Etwa vor zwei Jahren hat das Bundesverfassungsgericht zur Rahmengesetzgebung entschieden. Bereits damals war klar, dass wir mehr Handlungsfreiheiten haben. Seit dem 1. September 2006 gilt die Grundgesetzänderung,

[Michael Müller (SPD): Seitdem hatten wir keine Sitzung mehr!]

mit der die Kompetenz des Landes Berlin erweitert worden ist. Seit diesem Zeitpunkt ist klar, dass das Thema

virulent ist. Herr Müller, wir sind im Wahlkampf mehrfach darauf angesprochen worden, was das Land Berlin diesbezüglich vorhat. Wenn man sich die dringliche Vorlage ansieht, fragt man sich, ob der Senat nicht weiß, dass am Mittwoch der Vorwoche vor der Sitzung Drucksachenannahmeschluss ist. Weiß er nicht, dass man solch ein Gesetz ordnungsgemäß zum Druckschluss in die Sitzung hätte einbringen können? Es drängt sich der Verdacht auf, Herr Müller und meine Damen und Herren Senatoren, dass Ihr Gesetzentwurf nicht etwa deshalb eingebracht worden ist, weil Sie die Materie für dringend regelungsbedürftig halten, sondern weil die FDP-Fraktion Ihnen zuvorgekommen ist und einen eigenen Antrag eingebracht hat. Das war nun in der Vergangenheit niemals ein Grund, um eine Dringlichkeit anzuerkennen. Ich glaube, wir sollten diese Gepflogenheit hier nicht einführen.

[Beifall bei den Grünen]

Viel schwerwiegender ist jedoch etwas anderes. Es handelt sich um eine Materie, die viele gesellschaftliche Gruppen, gerade weil Sie in Ihrem Gesetzentwurf vorsehen, dass an vier Sonntage im Jahr die Läden geöffnet werden sollen, interessiert.

[Störgeräusche in der Mikrofonanlage]

Die Kirchen haben ihre Bedenken angemeldet. Als ich 2001 in dieses Parlament gekommen bin, befasste sich eine der ersten Debatten mit dem Thema Sonntagsöffnungszeiten von Videotheken. Sie sind gegen dieses Vorhaben Sturm gelaufen.

[Störgeräusche in der Mikrofonanlage – Michael Müller (SPD): Machen Sie Ihr Handy aus, Herr Ratzmann!]

– Nein, ich habe kein Handy dabei. Ich weiß nicht, wer es ist. Waren Sie es, Herr Momper?

Präsident Walter Momper:

Nein, ich bin es nicht.

[Allgemeine Heiterkeit]

Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. – Ich bitte denjenigen oder diejenige, die das Handy hier im Saal anhaben, es auszuschalten. Die Geräusche, die Sie gerade hören sind die typischen Störungen, die ich angesprochen habe. Bitte, denken Sie nächstes Mal daran, Ihre Handys auszuschalten.

Fahren Sie bitte fort!

Volker Ratzmann (Grüne):

Es sind aber nicht nur die Kirchen

[Störgeräusche in der Mikrofonanlage]

– da stört aber einer nachhaltig –, die dagegen Sturm laufen, sondern es sind auch die Gewerkschaften. Ich kann verstehen, wenn sie sagen, das Land Berlin kann nicht in solch einem Schweinsgalopp ein Gesetz, das eine Materie

Volker Ratzmann

betrifft, die uns alle immer wieder umgetrieben hat, durchpeitschen.

Ich wundere mich insbesondere über die Linksfraktion, die immer auf der Seite der Gewerkschaften dafür gestritten hat, dass die Ladenöffnungszeiten aus guten, nachvollziehbaren Gründen nicht ins Unermessliche ausgedehnt werden. Jetzt kommt plötzlich ein Gesetzentwurf,

[Zuruf von Michael Müller (SPD)]

der im Übrigen von dem abweicht, was wir bisher diskutierten, und er wird als dringlicher gemeinsamer Antrag zwischen Linksfraktion und SPD eingebracht. Das kann nicht sein! Wir müssen den Institutionen die Möglichkeit geben, sich mit ihren Bedenken einzubringen. Das geht nicht in einem Zustand, in dem wir einzig und allein den Hauptausschuss haben. Wir müssen ein ordentliches parlamentarisches Verfahren gewährleisten. Wir können auch, lieber Michael Müller, das wissen Sie ebenfalls, sehr wohl unter der Ägide des alten Gesetzes ein ordentliches Weihnachtsgeschäft garantieren. Deshalb sind das, was Sie an Gründen anführen, keine für die Dringlichkeit. Wir plädieren dafür, das ordnungsgemäße Verfahren und die Beteiligung von Gewerkschaften und Kirchen in einem Prozess zu ermöglichen, der ein ordentliches Gesetz zum Abschluss bringt. Jetzt zu Beginn sofort damit anzufangen, dass Sie im Schweinsgalopp Ihre Kursänderungen in einem Gesetz schnell durchwinken lassen, kann kein Verfahren sein, das eines Landesparlaments würdig ist. Deshalb bitte ich Sie, der Dringlichkeit nicht zuzustimmen.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Präsident Walter Momper:

Dem widerspricht der Kollege Gaebler und hat dazu das Wort!

Christian Gaebler (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Das war wieder ein Musterbeispiel grüner Dialektik. Sind Sie nun dafür, dass so ein Ladenöffnungsgesetz gemacht wird, oder nicht?

[Zurufe von den Grünen]

Wollen Sie das an Sonntagen machen oder nicht?

[Zurufe von den Grünen]

– Habe ich jetzt getroffen, oder warum sind Sie so unruhig? – Ich bin jetzt auf den Redebeitrag von Ihnen, Herr Ratzmann, eingegangen. Das darf man auch in Debatten über die Geschäftsordnung,

[Zuruf von Özcan Mutlu (Grüne)]

– Darf ich nun auf Herrn Ratzmann eingehen oder nicht, Herr Mutlu? – Sich an der Linksfraktion abzuarbeiten, ist ja einfach,

[Gelächter bei der SPD, der CDU, den Grünen
und der FDP –
Beifall bei den Grünen]

aber nicht unbedingt zielführend. Vor allem hat es wenig mit der Dringlichkeit dieses Gesetzes zu tun.

Wir haben die besondere Situation, dass nach dem 1. September Wahlen waren und deshalb das Parlament erst jetzt zusammenkommt. Da mag es zwar schön sein, den Senat dabei zu ertappen, dass er eine Woche länger als vielleicht erforderlich benötigt hat, aber wir haben auch gesehen, dass sich der Rat der Bürgermeister darum bemüht hat, sehr zügig zu arbeiten, um zu ermöglichen, dass die Vorlage schnell ins Parlament gelangt. Ich finde deshalb, dass es auch dem Abgeordnetenhaus gut ansteht, wenn wir es zügig aufnehmen und auf den Weg bringen und es parallel zu dem Gesetzentwurf der FDP behandelt wird.

[Zuruf von Dr.Sibyll-Anka Klotz (Grüne)]

– Nun warten Sie doch erst einmal ab, ich bin doch noch gar nicht fertig! –

[Zurufe von den Grünen]

– Man merkt, dass Sie mehr Leute in der Fraktion geworden sind, es ist noch lauter! –

[Beifall bei den Grünen und der SPD]

Jetzt lassen Sie mich bitte aus meiner Sicht erläutern, was ein sinnvolles Verfahren ist und Ihnen eventuell die Sache mit der Dringlichkeit erleichtert.

Der Hauptausschuss soll sich möglichst schnell konstituieren und dann eine Anhörung mit den Beteiligten durchführen, die sich ja bereits zu dem Thema zu Wort gemeldet haben. Eine Woche später kann die Auswertung erfolgen. In der nächsten Plenarsitzung können wir dann darüber abstimmen. Es ist ein beschleunigtes Anhörungsverfahren, aber es gibt noch eines. Damit dürften Sie dann mit der Dringlichkeit keine Schwierigkeiten mehr haben.

[Oliver Schruoffeneger (Grüne) meldet sich
zu einer Zwischenfrage.]

Präsident Walter Momper:

Wenn es dem Fortgang dient, Herr Gaebler, und Sie es zulassen möchten, kann Herr Schruoffeneger eine Zwischenfrage stellen.

Christian Gaebler (SPD):

Es ist zwar ungewöhnlich, aber ich höre mir gern an, was Herr Schruoffeneger zu fragen hat.

Präsident Walter Momper:

Sie lassen eine Zwischenfrage zu?

Christian Gaebler (SPD):

Ja!

Präsident Walter Momper:

Bitte schön, Herr Kollege Schruoffeneger!

Oliver Schruoffeneger (Grüne):

Es ist ja immer sehr schwierig mit den Überweisungen in die Ausschüsse. Können Sie mir die finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt erklären, die eine Beratung im Hauptausschuss als einzigem Ausschuss sinnvoll erscheinen lässt?

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Herr Gaebler – bitte fahren Sie fort!

Christian Gaebler (SPD):

Sie unterliegen einem Irrtum! Es steht zwar in der Geschäftsordnung, dass Vorlagen, die haushaltmäßige Auswirkungen haben, in den Hauptausschuss überwiesen werden müssen, es steht aber nicht darin, dass die, die keine haushaltmäßigen Auswirkungen haben, nicht in den Hauptausschuss überwiesen werden dürfen.

[Beifall bei der SPD]

Deshalb haben wir kein Problem mit einer solchen Überweisung. Da der Hauptausschuss derzeit neben dem Petitionsausschuss der einzige Ausschuss ist, der eingesetzt ist, ist es sachgerechter, den Vorgang in den Hauptausschuss zu überweisen als in den Petitionsausschuss.

[Allgemeine Heiterkeit]

Vielleicht könnten Sie sich der Vorstellung annähern. Das wäre ein guter Kompromiss in der Sache. Ich gehe davon aus, dass auch die Grünen möchten, dass diese Landesregelung zur Ladenöffnung schnell auf den Weg gebracht wird. Das sollten wir jetzt mit dem notwendigen Tempo gemeinsam vorantreiben. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Gaebler! – Wer der Dringlichkeit der Vorlage des Senats – nur dazu! – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen außer Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Das ist Bündnis 90/Die Grünen. Ersteres war die Mehrheit. Damit ist dem Antrag auf Dringlichkeit zugestimmt worden. Enthaltungen sehe ich nicht.

Ich eröffne jeweils die I. Lesung und frage, ob Beratungsbedarf besteht. – Das ist nicht der Fall. Die Überweisung an den Hauptausschuss wurde vorgeschlagen. Hierüber lasse ich abstimmen. Wer den Antrag der Fraktion der FDP und die Senatsvorlage zur Beratung an den Hauptausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Die Gegenprobe! –

Keine Gegenstimmen. Enthaltungen sehe ich ebenfalls nicht. Damit ist das einstimmig so beschlossen worden.

Weiterhin beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Überweisung an die künftig für Rechtsfragen, Wirtschaft und für Arbeit, berufliche Bildung und Frauen zuständigen Ausschüsse. Auch hierüber lasse ich abstimmen. Wer diesem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen die Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen. Die Gegenprobe! – Das sind die anderen Fraktionen. Letzteres war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt. Enthaltungen sehe ich nicht.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 11:

Wahl

Vertrauensleute und Vertreter für den bei dem Finanzgericht Berlin-Brandenburg zu bestellenden Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und ehrenamtlichen Richter

Wahlvorlage Drs 16/0008

Zur Wahl wurden vorgeschlagen: von der Fraktion der SPD als Mitglied Frau Heidemarie Fischer und als Vertreter Herr Dr. Bert Flemming; von der Fraktion der CDU als Mitglied Herr Ulrich F. Krüger und als Vertreter Herr Norbert Loga; von der Fraktion Die Linke als Mitglied Herr Lutz Dühr und als Stellvertreter Herr Matthias Zarbock; von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Mitglied Herr Roland Otte und als Stellvertreter Frau Sabine Bangert.

Wer die genannten Mitglieder und ihre Vertreter zu wählen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Die Gegenprobe! – Das war einstimmig. Enthaltungen sehe ich nicht.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 12:

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Entlastung wegen der Einnahmen und Ausgaben des Rechnungshofs von Berlin im Haushaltsjahr 2005

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0009

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Der Ältestenrat der 15. Wahlperiode hat die Überweisung der Vorlage an den Hauptausschuss empfohlen. – Ich höre gegen diesen Vorschlag keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 13:

Vorlage – zur Beschlussfassung –

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2005 in Anspruch genommenen

Präsident Walter Momper

**über- und außerplanmäßigen Ausgaben und
Verpflichtungsermächtigungen für die
Hauptverwaltung**

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0012

Auch hier ist eine Beratung nicht vorgesehen. Wiederum wird die Überweisung an den Hauptausschuss empfohlen. – Ich höre dagegen keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende unserer ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses der 16. Wahlperiode angelangt. Die nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses in diesem Jahr finden jeweils donnerstags mit Beginn um 13 Uhr am 9. und 23. November und am 14. Dezember statt. – Die Sitzung ist geschlossen! Ich wünsche einen guten Heimweg!

[Schluss der Sitzung: 15.50 Uhr]

Anlage 1

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 11 Satz 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Herr Abgeordneter Walter M o m p e r

Wahl der Vizepräsidentinnen/der Vizepräsidenten

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 11 Satz 2 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zum Vizepräsidenten/zur Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Herr Abgeordneter Dr. Uwe L e h m a n n - B r a u n s

Frau Abgeordnete Karin S e i d e l - K a l m u t z k i

Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin sind zu Beisitzern im Präsidium des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Frau Abgeordnete Burgunde G r o s s e

Frau Abgeordnete Anja H e r t e l

Herr Abgeordneter Andy J a u c h

Frau Abgeordnete Christa M ü l l e r

Frau Abgeordnete Marion K r o l l

Herr Abgeordneter Oliver S c h o l z

Frau Abgeordnete Cornelia S e i b e l d

Frau Abgeordnete Martina M i c h e l s

Frau Abgeordnete Dr. Steffi S c h u l z e

Frau Abgeordnete Claudia H ä m m e r l i n g

Frau Abgeordnete Alice S t r ö v e r

Frau Abgeordnete Mieke S e n f t l e b e n

Einsetzung des Ältestenrats

Das Abgeordnetenhaus von Berlin setzt gemäß § 17 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses den Ältestenrat ein.

Der Ältestenrat besteht aus 15 Mitgliedern.

Einsetzung des Hauptausschusses

Das Abgeordnetenhaus von Berlin setzt gemäß Artikel 44 Abs. 1 Verfassung von Berlin aus seiner Mitte den Hauptausschuss ein. Die Zusammensetzung des Ausschusses richtet sich nach der Stärke der Fraktionen (Artikel 41 Abs. 2 Satz 4 VvB).

Der Hauptausschuss besteht aus 29 Mitgliedern.

Einsetzung des Petitionsausschusses

Das Abgeordnetenhaus von Berlin setzt gemäß Artikel 46 Verfassung von Berlin den Petitionsausschuss ein. Die Zusammensetzung erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl nach dem Höchstzahlverfahren.

Der Petitionsausschuss besteht aus 13 Mitgliedern.

Einsetzung des Kuratoriums „Louise-Schroeder-Medaille“

Das Abgeordnetenhaus von Berlin setzt auf der Grundlage des Beschlusses des Abgeordnetenhauses über die Stiftung der Louise-Schroeder-Medaille vom 12. September 2002 – Drucksache 15/749 – für die Dauer der 16. Wahlperiode ein Kuratorium „Louise-Schroeder-Medaille“ ein.

Der Stiftungsbeschluss erhält folgende Fassung:

1. Das Abgeordnetenhaus von Berlin stiftet zum Andenken an Louise Schroeder, der Parlamentarierin und Oberbürgermeisterin von Berlin, eine Louise-Schroeder-Medaille.

Die Präsidentin/der Präsident des Abgeordnetenhauses verleiht diese Medaille alljährlich zum 2. April – dem Geburtstag Louise Schroeders – einer Persönlichkeit oder Institution, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in hervorragender Weise Rechnung trägt und sich in besonderer Weise Verdienste um Demokratie, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Gleichstellung von Frauen und Männern erworben hat.

Die Bürgerinnen und Bürger werden rechtzeitig vor jeder Verleihung aufgerufen, sich mit entsprechenden Vorschlägen oder Anregungen an das Abgeordnetenhaus zu wenden.

2. Das Abgeordnetenhaus von Berlin tritt damit als Stifter in die Nachfolge des Regierenden Bürgermeisters, der mit Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 10. April 1997 (Drs 13/1543) um die Einrichtung ei-

ner solchen Stiftung gebeten worden war. Es bittet den Regierenden Bürgermeister, seine Stiftereigenschaft an das Abgeordnetenhaus zurückzugeben und seine „Allgemeine Anweisung über die Stiftung der Louise-Schroeder-Medaille“ vom 17. Februar 1998 außer Kraft zu setzen.

3. Den Entscheidungsvorschlag über die Vergabe der Louise-Schroeder-Medaille trifft ein „Kuratorium Louise-Schroeder-Medaille“. Der Vorschlag hat sich an dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders zu orientieren. Das Kuratorium hat die Aufgabe, bei seiner Entscheidungsfindung die Vorschläge und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger zu würdigen und seinen Entscheidungsvorschlag zu begründen. Der Entscheidungsvorschlag bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Kuratoriums.

Dieser Vorschlag ist unverzüglich der Präsidentin/dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses zuzuleiten, die/der darüber die Entscheidung des Präsidiums des Abgeordnetenhauses herbeiführt.

4. Das „Kuratorium-Louise-Schroeder-Medaille“ wird zu Beginn jeder Wahlperiode vom Abgeordnetenhaus für die Dauer der Wahlperiode eingesetzt. In der 15. Wahlperiode soll die Einsetzung in der Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgen, die der Sitzung nachfolgt, in der dieser Beschluss gefasst wird.

5. Die Mitglieder und ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter werden von den im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen benannt. Dabei haben Fraktionen mit mehr als 30 Mitgliedern das Benennungsrecht für je drei Mitglieder und die übrigen Fraktionen das Benennungsrecht für je zwei Mitglieder. Dabei sollen die Fraktionen, die das Benennungsrecht für je drei Mitglieder haben, je zwei Mitglieder benennen, die nicht dem Abgeordnetenhaus angehören; die übrigen Fraktionen je ein Mitglied, das nicht dem Abgeordnetenhaus angehört. Beim Ausscheiden eines Mitglieds hat die Fraktion das Benennungsrecht, die das ausscheidende Mitglied benannt hat. Nach dem Ende der Wahlperiode bleibt jedes Mitglied bis zur Neuwahl des Kuratoriums im Amt.

Das Kuratorium hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, die von der Präsidentin/von dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses zu genehmigen ist.

§ 5a Abs. 5 des Landesabgeordnetengesetzes vom 21. Juli 1978 (GVBl. S. 1487) in der durch Gesetz vom 3. November 2005 (GVBl. S. 690) geänderten Fassung gilt entsprechend.

Für die Verfahrensweisen im Übrigen gilt die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses in entsprechender Anwendung.

Wahl von Vertrauensleuten und Vertretern für den bei dem Finanzgericht Berlin-Brandenburg zu bestellenden Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und ehrenamtlichen Richter

Das Abgeordnetenhaus oder ein von ihm bestellter Ausschuss wählt gemäß § 23 Abs. 2 der Finanzgerichtsordnung (FGO) in der Fassung vom 28. März 2001 (BGBl. I S. 442), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. März 2005 (BGBl. I S. 837, 2022) in Verbindung mit Artikel 18 des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg vom 26. April 2004 (GVBl. S. 381) auf die Dauer von fünf Jahren vier Personen als Vertrauensleute und vier Personen als deren Vertreterinnen/Vertreter in den bei dem Finanzgericht Berlin-Brandenburg zu bestellenden Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter.

Es wurden gewählt:

<u>Vertrauensleute:</u>	<u>Stellvertreter/in</u>
Heidmarie Fischer	Dr. Bert Flemming
Ulrich F. Krüger	Norbert Loga
Lutz Dühr	Matthias Zarbock
Roland Otte	Sabine Bangert